

GASSER

Liechtensteinisches Stiftungsrecht

PRAXISKOMMENTAR

2. Auflage



Stämpfli Verlag

MANZ



« ... kann bereits kurz nach seinem Erscheinen als ‹ Standardwerk › bezeichnet werden ... stellt einen essenziellen Meilenstein auf dem Weg zur umfassenden Aufarbeitung des neuen liechtensteinischen Stiftungsrechts dar.»

Prof. Dr. Francesco A. Schurr (PSR 2013/04, 200) zur ersten Auflage

Der Praxiskommentar aus der Praxis für die Praxis

Zehn Jahre nach Inkrafttreten des neuen Stiftungsrechts in Liechtenstein und sechs Jahre nach Erscheinen der ersten Auflage legt Johannes Gasser nunmehr die 2. Auflage seines Praxiskommentars zum liechtensteinischen Stiftungsrecht vor.

Die Voraufgabe wurde durch zahlreiche neue, teils unveröffentlichte Gerichtsentscheidungen und Gesetzesänderungen umfassend überarbeitet und neu gestaltet.

Die Entscheidungen der Höchstgerichte, von denen viele auf die Voraufgabe Bezug nahmen, stehen im Mittelpunkt der Arbeit. Die neue Auflage richtet sich wiederum an alle Praktiker, die sich schnell, kompetent und verlässlich einen Überblick im Stiftungsrecht verschaffen wollen.

Dr. Johannes Gasser, LL.M., TEP, ist Rechtsanwalt in Liechtenstein, seit zwanzig Jahren auf Stiftungs-, Trust- und Gesellschaftsrecht spezialisiert und vertritt Klienten aus dem Stiftungsbereich beratend sowie vor Gericht und Behörden.

— GASSER —

Liechtensteinisches Stiftungsrecht

Praxiskommentar
2. Auflage

Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt. Jede Form der Weitergabe an Dritte (entgeltlich oder unentgeltlich) ist untersagt. Die Datei enthält ein verstecktes Wasserzeichen, in dem die Daten des Downloads hinterlegt sind.

Impressum

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, der Verbreitung und der Übersetzung. Das Werk oder Teile davon dürfen ausser in den gesetzlich vorgesehenen Fällen ohne schriftliche Genehmigung des Verlags weder in irgendeiner Form reproduziert (z.B. fotokopiert) noch elektronisch gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Gesamtherstellung:

Stämpfli Publikationen AG, Bern

Printed in Switzerland

© Stämpfli Verlag AG Bern · 2019

© MANZ Verlag Wien · 2019

© Verlag C.H.Beck München · 2019

E-Book ISBN 978-3-7272-0764-8

Dieses Werk ist in unserem Buchshop unter www.staempfliverlag.com erhältlich

ISBN 978-3-7272-0763-1 (Stämpfli)

ISBN 978-3-214-17656-3 (MANZ)

ISBN 978-3-406-72253-0 (C.H.BECK)

Vorwort zur zweiten Auflage

Karl Marx schreibt 1873 im Vorwort zur zweiten Auflage seines „*Kapitals*“, das „*Ideelle [ist] nichts anderes als das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Materielle*“. Als Liechtenstein vor 93 Jahren das alte und vor 10 Jahren das neue Stiftungsrecht aus der Taufe hob, stand zu Beginn das Ideelle, die sensationelle Idee, für freies Eigentum und Vermögen einen zeitgemässen und zugleich zeitlosen Rechtsträger zu erschaffen. Daraus wurde, was Marxistische Ideen Lügen strafen sollte, eine materiell erlebbare Erfolgsgeschichte, Kapital für einen sinnvollen, nachhaltigen und allein Menschen und ihren Werken dienenden Zweck zu verselbständigen. Die liechtensteinische Stiftung ist damit der gelungenen Gegenbeweis Marxscher Irrungen, denn sie ist und bleibt – oft im Stillen – ein energischer Motor und Antrieb für viele Volkswirtschaften und nimmt dank ihrer Wirkung und Bedeutung zu Recht einen zentralen Platz in der modernen Wirtschaftsgeschichte ein.

Seitdem die erste Auflage 2013 erschienen ist, sind viele neue Gerichtsentscheidungen und manche Gesetzesänderungen publiziert worden, die eine Neuauflage des Praxiskommentars zum liechtensteinischen Stiftungsrecht empfahlen. Die Knochenarbeit lag wie beim ersten Mal im Recherchieren, Einpflegen und Anordnen der vielfach brillant verfassten Urteile der Gerichte, die sicherlich massgeblich zum internationalen Ansehen und Ruf unseres Finanzplatzes – und seiner Stiftungen – beitragen. Ihnen gehört daher das Hauptaugenmerk; auf sie mögen Verfasser und Leser gleichsam mit Freude und Interesse in der Praxis zurückgreifen.

Indessen, schreibt Immanuel Kant 1787 in seiner Vorrede zur zweiten Auflage der „*Kritik der reinen Vernunft*“, „*wenn eine Theorie Bestand hat, so dienen Wirkung und Gegenwirkung, die ihr anfänglich grosse Gefahr droheten, mit der Zeit nur dazu, um ihre Unebenheiten abzuschleifen*“. Möge es der zweiten Auflage zumindest ein Stück weit gelingen, die Unebenheiten des liechtensteinischen Stiftungsrechts, das bald seinen 100-jährigen Bestand feiern darf, weiter in der lebhaften Stiftungslandschaft einzuebnen.

Vaduz, im September 2019

Dr. Johannes Gasser, LL M, TEP

Vorwort zur ersten Auflage

Dieser Kommentar richtet sich an die Praxis; an Stifter, Begünstigte, Stiftungsräte, an alle, die dies werden wollen, und an all jene, die in ihrer täglichen Berufspraxis mit dem Stiftungsrecht arbeiten. Im Jahr 2006 stellte der Staatsgerichtshof fest, dass im Bereich des liechtensteinischen Personen- und Gesellschaftsrechts im Allgemeinen und im Bereich des von der Treuhandpraxis geprägten Stiftungsrechts im Besonderen eine Vielzahl von grundlegenden rechtlichen Fragen nach wie vor dogmatisch nicht eindeutig geklärt seien. Das Fehlen von umfassenden Kommentaren zum Stiftungsrecht mache eine Prognose im Hinblick auf einen Prozessausgang generell problematisch. Die in den Vorjahren ergangenen oberstgerichtlichen Entscheidungen hätten nur teilweise zu einer Klärung von Rechtsfragen beitragen können. Bei der Beurteilung von Rechtsfragen aus dem Bereich des Stiftungsrechts, noch dazu kombiniert mit strafrechtlichen Fragen im Zusammenhang mit den betroffenen Vermögenswerten, bleibe daher stets ein erheblicher Interpretationsspielraum bezogen auf die heranzuziehenden Normen, was bewirke, dass der Ausgang von Gerichtsverfahren letztlich nicht vorhersehbar sei, da die auf Wertungen beruhenden Interpretationen der entscheidenden Instanzen de facto nicht vorausgesagt werden könnten (StGH 03.10.2006, StGH 2005/084, GE 2009, 285). Generell, so der StGH in einem U aus 2013, war die „Stiftungsrechtsprechung in den letzten rund 15 Jahren einer starken Dynamik unterworfen, was klare Aussagen zu stiftungsrechtlichen Fragen erschwerte“ (StGH 04.02.2013, StGH 2012/072).

Dieser Kommentar will gemeinsam mit den anderen inzwischen erschienenen Kommentaren einen Beitrag leisten, diese Lücke zu schliessen; dies gelingt aber va mit der Rsp der liechtensteinischen Höchstgerichte, die in den vergangenen Jahren zu wichtigen Stiftungsfragen klärend Stellung bezogen haben. Ein zentrales Anliegen war, diese Rsp praxisfreundlich in den Kontext mit den neuen Bestimmungen des Stiftungsrechts zu setzen. Deshalb werden die wichtigsten Entscheidungen des OGH zum Stiftungsrecht in übersichtlicher und strukturierter Form wiedergegeben. Dessen Rechtsansichten entfalten zwar keine Rechtskraft- und Bindungswirkung in anderen Verfahren, dennoch handelt es sich dabei um Präjudizien (§ 12 ABGB), die von allen Gerichten bei gleichgelagerten Rechtsfragen schon aus Gründen der Rechtssicherheit jedenfalls dann zu beachten sind, wenn sie nach ihrer eigenen Rechtsansicht keine objektiven Argumente für eine von der oberstgerichtlichen Rsp abweichende Lösung der Rechtsfrage ins Treffen führen können (U 05.02.2010, 4 CG.2008.14, LES 2010, 239).

Die Rechtssätze des OGH und StGH gerade zum Stiftungsrecht sind so anschaulich und pointiert formuliert und ganz offensichtlich an die Adresse der Stiftungspraxis gerichtet, dass ein Praxiskommentar nicht umhinkommt, sich in erster Linie daran zu orientieren. Um das „Alleinstellungsmerkmal“ der liechtensteinischen Rsp zum Stiftungsrecht im Gegensatz zum ausländischen „case law“ in geeigneter Form hervorzuheben, wurde nur mit Bedacht und Zurückhaltung auf Lehre und Gesetzesmaterialien zurückgegriffen. Übersichtlichkeit ging vor Vollständigkeit, Kasuistik mit anschaulichen Beispielen vor juristischer Methodik. Deshalb bleibt es bei der Lösung konkreter Rechtsfälle unerlässlich, die hier wiedergegebenen Entscheidungen im Volltext (www.gerichtsentscheide.li; www.stgh.li) selbst genau zu prüfen, sich weiterer Hilfsmittel und gegebenenfalls anwaltlicher Hilfe zu bedienen (www.lirak.li).

Um den Anspruch eines Praxiskommentars erheben zu können, wurden

- rd 300 in- und ausländische, teils unveröffentlichte Entscheidungen, insb jedoch der liechtensteinischen Höchstgerichte Staatsgerichtshof (StGH), Fürstlich Liechtensteinischer Oberster Gerichtshof (OGH) und Fürstliches Obergericht (OG) mit Stiftungsrechtsbezug eingearbeitet;
- die Bestimmungen des „alten“ Stiftungsrechts, das grösstenteils für bestehende, vor 2008 gegründete Stiftungen (sog „altrechtliche Stiftungen“) weiter gilt, mit jenen des neuen Rechts in Beziehung gesetzt, um einen Gesamtüberblick besser verschaffen zu können; bezeichnenderweise findet sich das „alte“ Stiftungsrecht nicht einmal mehr in den amtlichen Sammlungen (www.gesetze.li), obwohl es weiter Geltung beansprucht;
- die höchstgerichtlichen Entscheidungen insoweit berücksichtigt bzw hervorgehoben, als sie nicht durch jüngere Rsp oder Gesetzesänderungen inzwischen überholt sind; dennoch konnte auf einen Abriss der historischen Entwicklungen in der Rsp, die für ein Verständnis des liechtensteinischen Stiftungsrechts unerlässlich sind, nicht verzichtet werden.

Mit heute über 30 000 Stiftungen (2001: 40 000) und allein 400 Neugründungen im Jahr 2012 erweist sich die Stiftung als Erfolgsmodell, das viele andere Jurisdiktionen (Österreich, Jersey, Panama etc) nachahmten. Flexibilität bei der rechtlichen Ausgestaltung, Rechtssicherheit und die Professionalität der

Berufstreuhand am Finanzplatz sicherten ihr international rege Gefolgschaft. Auch die Höchstgerichte stellen die Stiftung „als bedeutendes Produkt des liechtensteinischen Finanzplatzes von zentraler Bedeutung“ (so ausdrücklich StGH 02.07.2013, StGH 2011/193; StGH 2011/8) unter ihren wichtigen Vertrauens- und Bestandsschutz.

Dabei sind rechtliche Auseinandersetzungen um und in Stiftungen in den vergangenen Jahren sprunghaft angestiegen. Die Kommentierung konzentriert sich daher vor allem auf die Rechtssätze der Höchstgerichte aus diesen Stiftungskonflikten, die grösstenteils veröffentlicht, teilweise aber auch unbekannt sind. Die vorliegende Arbeit will – trotzdem oder gerade deswegen – weitere Überzeugungsarbeit leisten, dass Stiftungen ideale Vermögensträger sind, um langfristig Konflikte in Bezug auf Vermögen zu vermeiden und die materiellen Verdienste ausländischer Stifter über Generationen und Grenzen hinweg einem immateriellen Zweck zuführend zu erhalten. Der liechtensteinische Stiftungskodex bleibt damit nach bald 100 Jahren seines Entstehens das Rezeptbuch für Vermögende und Eliten, die in unsicheren Zeiten sichere Wege beschreiten wollen.

Vaduz und Bregenz, im September 2013

Dr Johannes Gasser, LL.M.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	12
Vor Art 552 § 1	20
Art 552 § 1 Umschreibung und Abgrenzung	57
Art 552 § 2 Stiftungszwecke	85
Art 552 § 3 Stiftungsbeteiligte	106
Art 552 § 4 Stifter	111
Art 552 § 5 Begünstigter	131
Art 552 § 6 Begünstigte mit Rechtsanspruch	155
Art 552 § 7 Ermessensbegünstigter (Begünstigter ohne Rechtsanspruch)	163
Art 552 § 8 Letztbegünstigter	167
Art 552 § 9 Auskunftsrechte im Allgemeinen	169
Art 552 § 10 Auskunftsrechte bei Widerrufsrecht des Stifters	208
Art 552 § 11 Auskunftsrechte bei Einrichtung eines Kontrollorgans	210
Art 552 § 12 Auskunftsrechte bei beaufsichtigten Stiftungen	220
Art 552 § 13 Stiftungsvermögen	221
Art 552 § 14 Stiftung unter Lebenden	228
Art 552 § 15 Stiftung von Todes wegen	240
Art 552 § 16 Stiftungsurkunde (Statut)	243
Art 552 § 17 Stiftungszusatzurkunde (Beistatut)	266
Art 552 § 18 Reglemente	269
Art 552 § 19 Eintragung ins Handelsregister	271
Art 552 § 20 Hinterlegung der Gründungsanzeige	276
Art 552 § 21 Prüfbefugnis und Massnahmen	282

Art 552 § 22	Widerruf der Stiftungserklärung durch den Stifter	285
Art 552 § 23	Ausschluss der Erben	287
Art 552 § 24	Der Stiftungsrat im Allgemeinen	289
Art 552 § 25	Pflichten bei der Vermögensverwaltung	354
Art 552 § 26	Pflichten beim Rechnungswesen	364
Art 552 § 27	Revisionsstelle	371
Art 552 § 28	Weitere Organe	378
Art 552 § 29	Aufsicht	389
Art 552 § 30	Rechte des Stifters zum Widerruf oder zur Änderung der Stiftungsdokumente	448
Art 552 § 31	Änderung des Zwecks durch die Stiftungsorgane	463
Art 552 § 32	Änderung anderer Inhalte durch die Stiftungsorgane	476
Art 552 § 33	Änderung des Zwecks durch den Richter	482
Art 552 § 34	Änderung anderer Inhalte durch den Richter	486
Art 552 § 35	Rechte des Richters bei Stiftungen, die nicht der Aufsicht der Stiftungsaufsichtsbehörde unterliegen	488
Art 552 § 36	Vollstreckungsrechtliche Bestimmungen	491
Art 552 § 37	Haftung	503
Art 552 § 38	Anfechtung	512
Art 552 § 39	Auflösungsgründe	544
Art 552 § 40	Liquidation und Beendigung	556
Art 552 § 41	Umwandlung	564
Übergangsbestimmungen		569
Merkblätter		580
Stichwortverzeichnis		654

Abkürzungsverzeichnis

aA	_____	anderer Ansicht	_____
aaO	_____	am angegebenen Ort	_____
ABGB	_____	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch	_____
Abs	_____	Absatz	_____
ADG	_____	(österreichisches) Amtshilfe-Durchführungsgesetz	_____
ADHGB	_____	Allgemeines deutsches Handelsgesetzbuch	_____
aE	_____	am Ende	_____
aF	_____	alte Fassung	_____
AG	_____	Aktiengesellschaft	_____
AIA	_____	Automatischer Informationsaustausch	_____
aM	_____	anderer Meinung	_____
AnfO	_____	(österreichische) Anfechtungsordnung	_____
Anm	_____	Anmerkung	_____
Art	_____	Artikel	_____
ASt	_____	Antragsteller	_____
AStG	_____	(deutsches) Aussensteuergesetz	_____
Aufl	_____	Auflage	_____
AussStrG	_____	Ausserstreitgesetz	_____
AZ	_____	Aktenzeichen	_____
B	_____	Beschluss/Beschlüsse (des OGH)	_____
BankG	_____	Bankengesetz	_____
BB	_____	Betriebs-Berater	_____
Bd	_____	Band	_____
BFH	_____	(deutscher) Bundesfinanzhof	_____
BGB	_____	(deutsches) Bürgerliches Gesetzbuch	_____
BGBI	_____	(österreichisches) Bundesgesetzblatt	_____
BGE	_____	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts	_____
BGer	_____	Schweizerisches Bundesgericht	_____
BGH	_____	(deutscher) Bundesgerichtshof	_____
BJR	_____	Business Judgment Rule	_____

BlgNR	Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrats
Bsp	Beispiel
Bst	Buchstabe
BuA	Berichte und Anträge
BVerfG	(deutsches) Bundesverfassungsgericht
bzgl	bezüglich
bzw	beziehungsweise
ch	schweizerische(s)
CHF	Schweizer Franken
d	deutsche(s)
DBA	Doppelbesteuerungsabkommen
ders	derselbe
dgl	dergleichen
dh	das heisst
dies	dieselbe(n)
Diss	Dissertation
DSG	Datenschutzgesetz
E	Entscheidung(en)
ebda	ebenda
EFTA	European Free Trade Association
EFTA-GH	EFTA-Gerichtshof
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGZPO	Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ELG	Entscheidungen der Liechtensteinischen Gerichtshöfe (bis 1980)
EO	Exekutionsordnung
Erw	Erwägung(en)
et al	und andere
etc	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof

Abkürzungsverzeichnis

EuZW	_____	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht	_____
EV	_____	Einstweilige Verfügung	_____
EvBl	_____	Evidenzblatt (ÖJZ)	_____
evtl	_____	eventuell	_____
EWK	_____	Europäischer Wirtschaftsraum	_____
EWK-A	_____	Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum	_____
f / ff	_____	folgend / fortfolgende	_____
FBG	_____	(österreichisches) Firmenbuchgesetz	_____
FIU	_____	Financial Intelligence Unit	_____
FJ	_____	Finanz Journal	_____
FL	_____	liechtensteinische(s)	_____
FMA	_____	Finanzmarktaufsicht	_____
FN	_____	Fussnote	_____
FS	_____	Festschrift	_____
GBOERA	_____	Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt	_____
GE	_____	Gerichtsentscheide	_____
gem	_____	gemäss	_____
GES	_____	Zeitschrift für Gesellschaftsrecht und angrenzendes Steuerrecht	_____
GesRZ	_____	Der Gesellschafter, Zeitschrift für Gesellschaftsrecht	_____
ggf	_____	gegebenenfalls	_____
ggt	_____	gegenteilig	_____
GmbH	_____	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	_____
GP	_____	Gesetzgebungsperiode	_____
GVG	_____	Grundverkehrsgesetz	_____
hL	_____	herrschende Lehre	_____
hM	_____	herrschende Meinung	_____
HR	_____	Handelsregister	_____
HRegV	_____	(schweizerische) Handelsregisterverordnung	_____
Hrsg	_____	Herausgeber	_____
HRV	_____	Handelsregisterverordnung	_____
HTÜ	_____	Haager Trust-Übereinkommen über das auf Trusts anzuwendende Recht und ihre Anerkennung	_____

iaR	in aller Regel
idF	in der Fassung
idgF	in der geltenden Fassung
idR	in der Regel
idZ	in diesem Zusammenhang
IKS	Internes Kontrollsystem
iHv	in Höhe von
insb	insbesondere
IO	(österreichische) Insolvenzordnung
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRG	Gesetz über das internationale Privatrecht
iRd	im Rahmen der
iS	im Sinne
iSd	im Sinne der(s)
iSv	im Sinne von
iUz	im Unterschied zu(m)
iVm	in Verbindung mit
IWB	Internationales Steuer- und Wirtschaftsrecht
iZm	im Zusammenhang mit
JB	Juristische Blätter
JEV	Journal für Erbrecht und Vermögensnachfolge
JN	Jurisdiktionsnorm
KK	Kurzkommentar (von Schauer [Hrsg] zum FL Stiftungsrecht)
KO	Konkursordnung
krit	kritisch
KSchG	(österreichisches) Konsumentenschutzgesetz
leg cit	legis citatae
LES	Liechtensteinische Entscheidungssammlung (ab 1980)
LG	Fürstliches Landgericht
LGBL	Landesgesetzblatt
LGVK	Landesgrundverkehrskommission

Abkürzungsverzeichnis

lit	litera
LJZ	Liechtensteinische Juristen-Zeitung
LoW	Letter of Wishes
LS	Leitsatz
LV	(liechtensteinische) Landesverfassung
LVG	Landesverwaltungspflegegesetz
m	mit
maW	mit anderen Worten
mBVA	mit Bezugnahme auf die Voraufgabe dieses Praxiskommentars
mE	meines Erachtens
mHa	mit Hinweis auf
Mio	Million(en)
mwN	mit weiteren Nachweisen
N	Randnote
nF	neue Fassung
NGO	non-governmental organisation
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr	Nummer
NZ	Notariats-Zeitung
ö	österreichische(s)
ÖBA	Österreichisches Bankarchiv
odgl	oder dergleichen
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OECD-MA	OECD-Musterabkommen
OG	Fürstlich Liechtensteinisches Obergericht
OGH	Fürstlich Liechtensteinischer Oberster Gerichtshof
ÖJZ	Österreichische Juristenzeitung
OLG	(deutsches) Oberlandesgericht
OR	(schweizerisches) Obligationenrecht
ÖStZ	Österreichische Steuerzeitung
PFG	Pensionsfondsgesetz

PGR	Personen- und Gesellschaftsrecht
PIStB	Praxis Internationale Steuerberatung
Pkt	Punkt
PSG	(österreichisches) Privatstiftungsgesetz
PSR	Die Privatstiftung
PVS	Privatvermögensstrukturen
QI	Qualified Intermediary
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
rd	rund
RdW	Österreichisches Recht der Wirtschaft
RFVG	Rechtsfürsorgeverfahrensgesetz
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
Rk	rechtskräftig
RI	Richtlinie
Rs	Rechtssache (des EuGH)
RSO	Rechtssicherungsordnung
Rsp	Rechtsprechung
RV	Regierungsvorlage
Rz	Randziffer
s	siehe
S	Seite(n)
SchenkMG	(österreichisches) Schenkungsmeldegesetz
SchKG	(schweizerisches) Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs
SchIT	Schluss teil
SchITPGR	Schluss teil Personen- und Gesellschaftsrecht
SE	Societas Europaea
Slg	Sammlung
sog	sogenannt
SPG	Sorgfaltspflichtgesetz
SPV	Sorgfaltspflichtverordnung

Abkürzungsverzeichnis

SR	Sachenrecht
SteG	Steuergesetz
StGB	Strafgesetzbuch
StGH	Staatsgerichtshof
STIFA	Stiftungsaufsichtsbehörde
StiftG	Stiftungsgesetz (Art 552 § 1-41 PGR)
StiftR	(österreichische) Stiftungsrichtlinien
StPO	Strafprozessordnung
stRsp	ständige Rechtsprechung
StRV	Stiftungsrechtsverordnung
SWI	Steuer & Wirtschaft International
SWK	Steuer- und Wirtschaftskartei
SZ	Entscheidungen des österreichischen Obersten Gerichtshofes
SZW	Schweizerische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
taxlex	Talex – Zeitschrift für Steuer und Beratung
THK	Treuhandkammer
TrHG	Treuhändergesetz
TrUG	Treuunternehmensgesetz
tw	teilweise
U	Urteil(e) (des OGH)
ua	unter anderem
uÄ	und Ähnliche
uam	und andere mehr
ÜB	Übergangsbestimmung(en)
udgl	und dergleichen
UGB	(österreichisches) Unternehmensgesetzbuch
usw	und so weiter
uU	unter Umständen
uva	und viele andere
uvm	und viele(s) mehr
va	vor allem

VA	Vorauslage dieses Praxiskommentars
VBI	Verwaltungsbeschwerdeinstanz
VersAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl	vergleiche
VwGH	(österreichischer) Verwaltungsgerichtshof
VWT	Der Wirtschaftstreuhänder
WPRG	Gesetz über die Wirtschaftsprüfer und Revisionsgesellschaften
Z	Ziffer
zB	zum Beispiel
Zerb	Zeitschrift für die Steuer- und Erbrechtspraxis
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZFS	Zeitschrift für Stiftungswesen
ZGB	(schweizerisches) Zivilgesetzbuch
ZIK	Zeitschrift für Insolvenz und Konkursrecht
zit	zitiert (als)
ZPO	Zivilprozessordnung
ZSR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht
zT	zum Teil
zust	zustimmend
ZvglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaften

Für die Stiftung gelten nachfolgende Vorschriften:**Weiterführende Literatur zur liechtensteinischen Stiftung:**

Markus Achatz/Thomas Bieber, Ein körperschaftsteuerrechtlicher Rückblick auf das Jahr 2009, taxlex 2009, 501; *Peter Angst* (Hrsg), Kommentar zur Exekutionsordnung, 2. Aufl, Wien 2008; *Alexander Appel*, Reform und Kodifikation des Liechtensteinischen IPR, RabelsZ 1997, 510; *ders*, Die Auswirkungen der Europäischen Erbrechtsverordnung auf das Fürstentum Liechtenstein, LJZ 2014, 83; *ders*, Die Umwandlungsmöglichkeiten liechtensteinischer Gesellschaften, Stiftungen und Trusts aus Sicht des internationalen Gesellschaftsrecht, LJZ 2019, 31; *Nikolaus Arnold*, Privatstiftungsgesetz, Kommentar, 3. Aufl, Wien 2013; *Nikolaus Arnold/Christian Ludwig*, Stiftungshandbuch, Stiftungsrechtliche und steuerliche Bestimmungen Österreich und Liechtenstein, Wien 2010; *dies*, Geplante Änderung der Stiftungseingangsbesteuerung, taxlex 2008, 190; *dies*, Stiftungshandbuch, Stiftungsrechtliche und steuerliche Bestimmungen Österreich und Liechtenstein, Wien 2014; *Martin Arnold/Christian Stangl/Michael Tanzer*, Privatstiftungs-Steuerrecht: Systematische Kommentierung, Wien 2006; *Martin Attlmayr/Wolfgang Rabanser*, Das neue liechtensteinische Stiftungsrecht, Kurzkomentar, Wien 2008; *Martin Attlmayr/Philip Georg Raich*, Die gemeinnützige Stiftung in Liechtenstein, PSR 2016, 120; *Sebastian Auer*, Die Pfändbarkeit von Treugeberrechten eines FL Trust, Im Spannungsfeld zwischen Gläubigerinteressen und wirksamer Asset Protection, PSR 2019, 24; *Bank Austria* (Hrsg), Privatstiftungsgesetz, Wien 1998; *Jürgen Basedow*, Liechtenstein im Wettbewerb der Rechtsordnungen, LJZ 2006, 5; *Herbert Batliner*, Die privatrechtliche Anstalt im Fürstentum Liechtenstein, Vaduz 1996; *ders*, Die Treuhänderschaft einschliesslich das Treuunternehmen im Fürstentum Liechtenstein, Vaduz 1996; *ders*, Einführung in das liechtensteinische Gesellschaftswesen, Vaduz 1996; *ders*, Die Stiftung im Fürstentum Liechtenstein, Vaduz 1993; *ders*, Stiftungsrecht in der Praxis – Vorteile für den Stifter und den Staat, NZ 1993, 201; *Herbert Batliner/Johannes Gasser*, Sind Schiedsklauseln zulasten Dritter gemäss Art 6 EMRK zulässig?, in Festschrift for Carl Baudenbacher, 2007, 705 ff; *Carl Baudenbacher*, Der EFTA-Gerichtshof, der EuGH, die nationalen Gerichte der EG-Staaten und der Finanzplatz Liechtenstein, Jus & News, 2006, 153; *ders*, Bemerkungen zur Auslegung des EWR-Rechts durch den EFTA-Gerichtshof, Jus & News, 2005, 7; *ders*, Das Vorabentscheidungsverfahren im EFTA-Pfeiler des EWR, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof: Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 1; *Roman Baumann Lorant*, Der Stiftungsrat: Das oberste Organ gewöhnlicher Stiftungen, Diss Zürich 2009; *ders*, Haftung von Stiftungsräten und Begrenzung von Haftungsrisiken, in Francesco A. Schurr (Hrsg), 5 Jahre neues Stiftungsrecht: Unternehmensträgerschaft, Haftung, Anerkennung und Philanthropie, Zürich/Basel/Genf 2017, 161; *Dietmar Baur*, Bestreitungsklauseln bei privatnützigen Stiftungen, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof: Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 23; *Sabine Bazdaric-Lendl*, Die Nachtragsliquidation nach dem liechtensteinischen Personen- und Gesellschaftsrecht (PGR) unter besonderer Berücksichtigung der Praxis des Grund-

buch- und Öffentlichkeitsregisteramtes, Jus & News, 2009, 303; *Stefan Becker*, Übertragbarkeit zivilprozessualer Rechtsinstitute auf das Verwaltungsrecht, dargestellt an der einheitlichen Streitpartei nach § 14 ZPO, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof, Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 41; *Barbara Behrendt-Krüglstein/Viktoria Lang*, Stiftungen in Österreich und Liechtenstein: Vergleich stiftungsrechtlicher und steuerlicher Aspekte, *ecolex* 2019, 488; *Peter Behrens*, Anerkennung, internationale Sitzverlegung und grenzüberschreitende Umstrukturierung von Gesellschaften nach dem Centros-U des EuGH, *JBl* 2001, 341; *Werner Beilstein/Simon Heim/Kurt Schildknecht*, Stiftungsfusionen, *Zürich* 2007; *Reinhold Beiser*, Die ertragsteuerrechtliche Zurechnung bei Stiftungen in Liechtenstein nach der Ruppe-Formel, *RdW* 2012/724; *Martina Benedetter, Patrick Knörzer*, Die Auswirkung eines Widerrufsvorbehalts auf die steuerliche Transparenz privatnütziger Stiftungen im Rechtsvergleich, *ZFS* 2015, 223; *Hans Berndt/Hellmut Götz*, Stiftung und Unternehmen, 8. Aufl Herne 2009; *Hans Christian Blum/Philipp Lennert*, Anmerkung zum U des OLG Stuttgart vom 29.06.2009, *AZ*: 5 U 40/09, Wirksame Errichtung und Rechtsfolgen einer Stiftung liechtensteinischen Rechts, *ZEV* 2010, 265; *Hermann Böckle*, Gründung, Verwaltung, Auflösung von Stiftungen und Abgrenzung zu anderen Verbandspersonen, *LJZ* 2001, 63; *ders*, Die Unternehmensstiftung im Spannungsfeld zum Pflichtteilsrecht, *LJZ* 2013, 141; *Hermann Böckle/Daniel Tschikof*, Eigentümerähnliche Stellung des Stifters in der liechtensteinischen Stiftung, *Liechtenstein-Journal* 2012, 11; *Elisa Bortoluzzi Dubach*, Stiftungen, Der Leitfaden für Geschuesteller, Frauenfeld 2007; *Harald Bösch*, Vermögensopfer und liechtensteinische Stiftung, Zugleich eine Besprechung von *FL OGH* 7.12.2012, 03 *CG*.2011.93, *PSR* 2013/16; *ders*, Monopol des Ausserstreitverfahrens zur Klärung der Rechtswirksamkeit von Stiftungsratsbeschlüssen? – Eine (kritische) Rechtsprechungsanalyse und zugleich ein Beitrag zum stiftungsrechtlichen Beschlussmängelrecht, *LJZ* 2012, 99; *ders*, Liechtensteinisches Stiftungsrecht – Alles beim Alten oder kein Stein mehr auf dem anderen?, in Liechtenstein-Institut (Hrsg), 25 Jahre Liechtenstein-Institut (1986–2011), Schaan 2011, 79; *ders*, Liechtensteinisches Stiftungsrecht, Bern 2005; *ders*, Auskunfts- und Rechnungslegungsanspruch des Pflichtteilsberechtigten gegenüber einer liechtensteinischen Stiftung, *LJZ* 2003, 55; *ders*, Liechtensteinische Trustrezeption und Anwendungsbereich der Bestimmungen über die Treuhänderschaft – Neue Erkenntnisse oder nur alter Wein in neuen Schläuchen?, *LJZ* 2001, 73; *ders*, Schweizerische Spuren im liechtensteinischen Treuhandrecht, *ZSR* 2000, 175; *ders*, Judikaturwende im liechtensteinischen Treuhandrecht – Eine Nachlese und ein Ausblick, *LJZ* 2000, 87; *ders*, Bemerkungen zur Haftung des Treuhänders für falsche Angaben und zu anderen aktuellen Fragen des liechtensteinischen Treuhandrechts, *LJZ* 1999, 73; *ders*, „Stifterrechte“ wie Gründerrechte bei der Anstalt übertrag- und vererbbar? Besprechung des *Us* des *FL OGH* vom 1.7.1996, 6 *C* 410/91–20, *Jus & News*, 1997, 265; *ders*, Trust und Fiduzia im Liechtensteinischen Recht, *Jus & News*, 1997, 12; *ders*, Die liechtensteinische Treuhänderschaft zwischen Trust und Treuhand, Mauren 1995; *ders*, Zur Anwendung der allgemeinen Vorschriften des Personen- und Gesellschaftsrechts auf die Stiftung in *Batliner-FS II*, *Vaduz* 2004, 114; *ders*, Liechtensteinisches Stiftungsrecht – Alles beim

Alten oder kein Stein mehr auf dem anderen?, in Liechtenstein-Institut (Hrsg), 25 Jahre Liechtenstein Institut, Schaan 2011, 79; *ders*, Duty to act impartially – zur Pflicht des trustee, keinen beneficiary ungebührlich zu bevorzugen oder zu benachteiligen, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof: Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 59; *ders*, Vermögensopfer und Stiftung – eine Replik auf Hermann Böckle, die Unternehmensstiftung im Spannungsfeld zum Pflichtteilsrecht, LJZ 2014, 15; *ders*, Richterlich missverständene trust governance in Liechtenstein, Kritische Anmerkungen zu FL OG 12.3.2015 und FL StGH 2015/47, PSR 2016, 183; *Sven Bremer*, Die Erhaltung von Familienvermögen über Anstalten, Stiftungen und Trusts im Fürstentum Liechtenstein, in Siegfried Grotherr (Hrsg), Handbuch der internationalen Steuerplanung, 2003, 1577; *Lukas Brugger*, AIA und Stiftungen in der Schweiz und Liechtenstein – wer muss (tatsächlich) gemeldet werden? Geklärte und ungeklärte Fragen nach nationalen Sorgfaltpflichtbestimmungen, PSR 2017, 73; *Hans Brunhart*, Gemeinnützige Stiftungen – Wichtiges Element der Finanzplatzstrategie, in Francesco A. Schurr (Hrsg), 5 Jahre neues Stiftungsrecht; Unternehmensträgerschaft, Haftung, Anerkennung und Philanthropie, Zürich/Basel/Genf 2017, 41; *Karen E. Boxx*, Asset Protection Trusts in the United States, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Handbuch des Vermögensschutzes für Liechtenstein, Österreich und die Schweiz, Wien 2015, 302; *Robert Briem*, Corporate Governance der Privatstiftung unter dem Blickwinkel der aktuellen Judikatur, GesRZ 2009, 12; *Ulrich Brömmling*, Kommunikation für gemeinnützige Stiftungen – tue Gutes und rede darüber, aber richtig!, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Gemeinnützige Stiftung und Stiftungsmanagement, Zürich 2010, 99; *Karl E. Bruckner/Christa Fries/Rudolf Fries*, Die Familienstiftung im Zivil-, Steuer- und Handelsrecht, Wien 1994; *Markus Büch*, Umgekehrter Durchgriff im Stiftungskontext bei Steuerhinterziehung – zugleich Anmerkung zum U des OLG Düsseldorf vom 30.4.2010, I-22 U 126/06, LJZ 2010, 101; *ders*, Durchgriff und Stiftung, Eine Untersuchung der Rechtsfigur des Haftungsdurchgriffs im liechtensteinischen Recht im Kontext der Rechtsform Stiftung, Schaan 2015; *ders*, Wesen und Merkmale der juristischen Person liechtensteinischen Rechts im Kontext von Rechtsfähigkeit, Trennungsprinzip und Haftungsbeschränkung, LJZ 2016, 5; *Simone Büchel*, Zweckänderungsrechte des Stiftungsrates nach neuer und alter Rechtslage, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Der Generationenwechsel in der Stiftungslandschaft: Band des 4. Liechtensteinischen Stiftungsrechtstages 2011, Zürich 2012, 38; *Alfred Bühler*, Die Stiftung nach dem Recht des Fürstentums Liechtenstein, Hamburg 1980; *Theodor Bühler*, Gesetzliche Anpassung bzw Normierung des Dienstleistungsrechts des Fürstentums Liechtenstein, Ein Postulat, Jus & News 1997, 8; *Peter Bussjäger*, Was ist eine enderledigende Entscheidung?, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof, Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 81; *Alexandra Butterstein*, Die zivilrechtliche Anerkennung der liechtensteinischen Stiftung in Deutschland, Schaan 2015; *dies*, Die liechtensteinische Stiftung im Spannungsverhältnis zwischen der europäischen Niederlassungsfreiheit und dem nationalen Vorbehalt des ordre public, in Francesco A. Schurr (Hrsg), 5 Jahre neues Stiftungsrecht: Unternehmensträgerschaft, Haftung, Anerkennung und Philanthropie, Zürich/Basel/

Genf 2017, 115; *Wolfgang Caspers*, Liechtensteinisches Gesellschaftsrecht im Wettbewerb der Rechtsordnungen, LJZ 2006, 1; *Diego Cavegn*, Die Revision der Revision bei Stiftungen und Vereinen, Diss Zürich 2008; *Jörg S Claus/Manuela Blockwitz*, Leitfaden zur Stiftungserrichtung in der Schweiz, Zürich 2003; *Nicole Conrad/Tamara Pfeffer*, Die Stiftung als Instrument der Asset Protection nach Massgabe des Schweizer – sowie liechtensteinischen Rechts im Rahmen eines Rechtsvergleichs, LJZ 2017, 75; *Peter Csoklich*, Antragslegitimation, Parteistellung und Rechtsmittellegitimation im Privatstiftungsrecht – eine Zwischenbilanz der österreichischen OGH-Judikatur, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof: Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 93; *Peter Csoklich/Bernhard Gröhs*, Stiftungen – Ein Praxisleitfaden, Wien 1993; *Anja Cupal/Matthias Petutschnig*, Zur Einkünftezurechnung und Beweisführung bei Liechtensteinischen Stiftungen, RdW 2013/51; *Dietmar Czernich*, Aspekte des liechtensteinischen internationalen Erbrechts, LJZ 2006, 110; *Dietmar Czernich*, Der Begünstigte und der Gesellschafter im Schiedsverfahren, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Handbuch des Vermögensschutzes für Liechtenstein, Österreich und die Schweiz, Wien 2015, 376; *DACH Europäische Anwaltsvereinigung e.V.*, Die Stiftung – 21. Tagung der DACH in Wien vom 16. – 18.9.1999, Köln/Wien/Zürich 2000; *Felix Dasser*, Die Liechtenstein Rules – Was bringen sie den Stiftungen?, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Wandel im materiellen Stiftungsrecht und grenzüberschreitende Rechtsdurchsetzung durch Schiedsgerichte, Zürich/Basel/Genf 2013, 159; *ders*, Schiedsgerichte und staatliche Gerichte, Nebeneinander, nacheinander, miteinander, gegeneinander – ein Durcheinander?, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof: Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 109; *Hanspeter Daragan*, Wem sind das Vermögen und die Erträge einer kontrollierten Liechtensteiner Stiftung zuzurechnen?, Liechtenstein-Journal 2012, 22; *ders*, Darf Deutschland im Verhältnis zu Liechtenstein die Kapitalverkehrsfreiheit nach Art 40 EWRA wegen fehlender Auskunftspflicht beschränken?, Liechtenstein-Journal 2012, 18; *Veronika Daurer/Karin Simader*, Direkte Steuern, Die Politiken der Gemeinschaft, Jahrbuch Europarecht 2010, 307; *Gert Delle Karth*, Die aktuelle Rechtsprechung des OGH im Stiftungsrecht, LJZ 2008, 51; *ders*, Replik zur Besprechung der E des OGH vom 3.12.2010, 10.HG.2009.247, durch *Francesco A. Schurr* in LJZ 2/2011, LJZ 2011, 120; *Peter Doralt/Susanne Kalss* (Hrsg), Aktuelle Fragen des Privatstiftungsrechts: eine Bilanz nach sieben Jahren, Wien 2001; *Peter Doralt/Christian Nowotny/Kalss Susanne* (Hrsg), Privatstiftungsgesetz (PSG): Kommentar zu den zivilrechtlichen Bestimmungen mit einer allgemeinen Einleitung und einem steuerrechtlichen Anhang, Wien 1995; *Alfons Dür*, Die Beteiligung Österreichs an der Justizpflege des Fürstentums Liechtenstein, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof, Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 127; *Anton A Eberle*, Die strafrechtliche Verantwortlichkeit von juristischen Personen nach den §§ 74a ff StGB, LJZ 2013, 91; *Bernhard Eccher*, Das neue liechtensteinische Ehegattenerbrecht, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof, Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 155; *ders*, Das Spannungsverhältnis zwischen Pflichtteilsberechtigung und

Begünstigtenstellung bei einer Stiftung, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Handbuch des Vermögensschutzes für Liechtenstein, Österreich und die Schweiz, Wien 2015, 229; *Ehrlicke* in Sonderdruck des Instituts für Stiftungsrecht der Bucerius Law School 2004 (Carl Heymanns Verlag), 1 f; *Maximilian Eiselsberg* (Hrsg), Jahrbuch Stiftungsrecht 2008, Wien/Graz 2008; *ders*, Jahrbuch Stiftungsrecht 2010, Wien/Graz 2010; *Oktavian Eiselsberg/Josef Wolff*, Trusts – Zur Anerkennung und Besteuerung des Trust in Österreich, Jahrbuch Stiftungsrecht 2010, 201; *Marco Ender*, Aktuelle Fragen zur Abberufung von Stiftungsräten, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Wandel im materiellen Stiftungsrecht und grenzüberschreitende Rechtsdurchsetzung durch Schiedsgerichte, Zürich/Basel/Genf 2013, 55; *ders*, Die Abberufung des Stiftungsrates nach liechtensteinischem Recht, Vaduz 2012; *Martin Feick*, Stiftung als Nachfolgeinstrument, Zivilrecht, Steuerrecht und internationales Recht, München 2015; *Martin Feick/Mark Pawlytta*, Stiftungen, Asset Protection und anwendbares Recht in deutsch-liechtensteinischen Fällen, Liechtenstein-Journal 2009, 71; *Christian Feltl*, Privatstiftung: Trotz Steuererhöhung (noch) keine Abwanderung ins Ausland, GES 2011, 304; *Stefan Fida/Christina Wrann/Johannes Zollner*, Privatstiftungsgesetz: Systematische Entscheidungssammlung, Wien 2013; *dies*, Privatstiftungsgesetz: Systematische Entscheidungssammlung, Wien 2016; *Martin Ulrich Fischer*, Die liechtensteinische privatrechtliche Anstalt nach Art 534 ff PGR – Ein Wanderer zwischen den Welten, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof, Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 169; *Markus Fivian*, Internes Kontrollsystem (IKS) bei gemeinnützigen Stiftungen in Liechtenstein als stiftungsrechtliche Rahmenbedingungen und Führungsinstrument, Basel 2012; *Friedrich Fraberger*, Die liechtensteinische Familienstiftung im Fokus des österreichischen Steuerrechts, LJZ 2009, 104; *ders*, Grundsatzaussagen zur steuerlichen Abschottungswirkung von liechtensteinischen Stiftungen, ZFS 2015, 295; *ders*, VwGH erteilt „konkludentem“ Mandatsvertrag bei liechtensteinischen Stiftungen endgültige Absage, PSR 2015, 132; *Friedrich Fraberger/Michael Petritz*, UFS, Kein Rechtsirrtum über Besteuerungsfolgen bei liechtensteinischer Stiftung mit Mandatsvertrag, ZFS 2104, 46; *Julia Fagner/Mathias Schimka*, 5. Liechtensteinischer Stiftungsrechtstag, GesRZ 2012, 320; *Axel Freiherr von Campenhausen*, Handbuch des Stiftungsrechts, München 1999; *Aurelia Frick*, Philanthropic Finance – Umfeld für Einsatzmöglichkeiten der gemeinnützigen Stiftung, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Gemeinnützige Stiftung und Stiftungsmanagement, Zürich 2010, 5; *Edy Frick*, Wandel im Finanzdienstleistungssektor Liechtenstein mit besonderem Einbezug der Treuhänder, in Bernd Britzelmaier/Stephan Gebers (Hrsg), Wandel im Finanzdienstleistungssektor: 1. Liechtensteinisches Finanzdienstleistungs-Symposium an der Fachhochschule Liechtenstein, Heidelberg 2001; *Joachim Frick*, Grenzen des Vermögensschutzes mittels ausländischer Stiftungen, SZW 2014, 74; *Marie-Theres Frick*, Die neuere Entwicklung des liechtensteinischen Aktienrechts im Lichte der EWR-Mitglieder, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof: Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 193; *Mario Frick*, Asset Protection und Zivilprozess, LJZ 2012, 14; *ders*, Liechtensteinische Gesellschaften: Ihre internationale Anerkennung und Wirkungen von ausländischen

Urteilen, LJZ 2004, 224; *ders*, Lugano-Übereinkommen: Vor- und Nachteile für den liechtensteinischen Finanzdienstleistungssektor (am Beispiel der Banken), Jus & News 2004, 275; *ders*, Der Trust in der Praxis des liechtensteinischen Rechts, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof, Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 217; *ders*, Liechtenstein als Standort für Vermögensschutzstrukturen und deren Angreifbarkeit durch ausländische Urteile, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Handbuch des Vermögensschutzes für Liechtenstein, Österreich und die Schweiz, Wien 2015, 349; *Marion Frick-Tabarelli*, Die besondere Bedeutung der Treuhänderschaft gemäss Art 897 ff PGR für die privatrechtliche Stiftung nach liechtensteinischem Recht, Mauren 1993; *dies*, Vom gedruckten zum digitalen Landesgesetzblatt, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof, Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 237; *Heinz Frommelt*, Bankgeheimnis light?, in Wolfgang Caspers/Jürgen Wagner/Hans Rainer Künzle (Hrsg), Die liechtensteinische Stiftung: Referate der Tagung „Stiftungsnovellierung – wohin geht die Reise?“ vom 27. Juni 2002 an der Fachhochschule Liechtenstein, Vaduz, Zürich 2002; *Robert Fucik*, Begründen überschießende Feststellungen oder Verstöße gegen das Neuerungsverbot Verfahrensmängel nach der öZPO?, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof: Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 251; *Robert Fucik/Barbara Kloiber*, Ausserstreitgesetz, Kurzkommentar, Wien 2005; *Anna Gamper*, Autochthoner versus europäischer Konstitutionalismus?, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof: Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 263; *Christian Gassauer-Fleissner/Christian Grave*, Stiftungsrecht, 2. Aufl, Wien 2008; *Johannes Gasser*, Das neue Schiedsverfahren in Liechtenstein und die Auswirkungen in der Stiftungspraxis, PSR 2012/33; *ders*, Asset versus Creditor Protection - Exekutions- und anfechtungsfeste Ausgestaltung von Stifter- und Begünstigungsrechten in liechtensteinischen Stiftungen, Delle Karth-FS, 2013; *ders*, Die Business Judgment Rule in Liechtenstein, PSR 2011, 62 ff; *ders*, Neue Pflichten und Gestaltungsmöglichkeiten des Stiftungsrates, in Hochschule Liechtenstein, Vaduz (Hrsg), Das neue Liechtensteinische Stiftungsrecht, Vaduz 2008, 155; *ders*, Rechtswahl im liechtensteinischen und österreichischen Recht, DACH Schriftenreihe 23, Schulthess Verlag Zürich 2006; *ders*, „Quo vadis Trust im Stiftungsrecht?“, Batliner-FS II, Ex Jure Verlag Vaduz 2005; *ders*, Neues zum Internationalen Insolvenzrecht in Liechtenstein unter besonderer Berücksichtigung von Sitz- und Holdinggesellschaften, LJZ 2004, 24; *ders*, Strafrechtliche Verantwortlichkeit von Vorgesetzten für Geldwäscherei ihrer Mitarbeiter, LJZ 2002, 1 ff; *ders*, Information rights in Liechtenstein foundations, reloaded, back to the future?, Trusts & Trustees 2016, 767; *ders*, Amtliche Revision von liechtensteinischen Trusts und analoge Anwendung der Abberufungsgründe aus dem Stiftungsrecht, PSR 2017, 185; *ders*, Probleme der Nichtanerkennung von Stiftungen im Ausland, in Francesco A. Schurr (Hrsg), 5 Jahre neues Stiftungsrecht: Unternehmens-trägerschaft, Haftung, Anerkennung und Philanthropie, Zürich/Basel/Genf 2017, 25; *ders*, Haftungsprävention im Bereich Cross Border Compliance aus zivilrechtlicher Sicht, in Francesco A. Schurr (Hrsg), 5 Jahre neues Stiftungsrecht: Unternehmensträ-

gerschaft, Haftung, Anerkennung und Philanthropie, Zürich/Basel/Genf 2017, 181; *Johannes Gasser/Wolfgang Maute*, Blickpunkt Liechtenstein, StGH-Entscheidung zu „fishing expeditions“, StR 2013, 43; *Johannes Gasser/Ulrich Thun-Hohenstein*, Aktuelle und teils unveröffentlichte Judikatur zum Informations- und Auskunftsrecht bei liechtensteinischen Stiftungen, PSR 2019, 103; *Wolfgang Gassner*, Die liechtensteinische Familienstiftung im österreichischen Steuerrecht, LJZ 2004, 101; *Wolfgang Gassner/Philip Göth/Bernhard Gröhs/Michael Lang*, Privatstiftungen – Gestaltungsmöglichkeiten in der Praxis, Wien 2000; *Stephan Geberl/Hans-Rüdiger Kaufmann/Marco J. Menichetti/Daniel F. Wiesner* (Hrsg), Aktuelle Entwicklungen im Finanzdienstleistungsbe- reich: 3. Liechtensteinisches Finanzdienstleistungs-Symposium an der Fachhochschule Liechtenstein, Heidelberg 2004; *Stefan J. Geibel*, Alternativformen zur Stiftung, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Das neue liechtensteinische Stiftungsrecht – Anwendung, Auslegung und Alternativen, Zürich 2012, 93; *Reinhold Geimer*, Die neue Brüssel I-Verordnung, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof: Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 319; *Katja Gey*, Internationale Amtshilfe im liechtensteinischen Finanzmarkt- und Steuerrecht – Grundprinzipien und neue Entwicklungen, LJZ 2009, 17; *dies*, Internationale Amtshilfe im liechtensteinischen Finanzmarkt- und Steuerrecht, Zürich 2009; *Anja Gierhake/Olaf Gierhake*, Deutsches Erbschaftsteuerklassenprivileg auch für LI-Stiftungen, StR 2019, 73; *Olaf Gierhake*, Rechtliche Fragen der Vermögensnachfolge für deutsche Unternehmer mit deutschen, österreichischen und liechtensteinischen Stiftungen, Zürich 2013; *ders*, Ansässigkeiten und Abkommensvorteile liechtensteinischer Stiftungen, Anstalten, Treuunternehmen und Trusts unter dem neuen Doppelbesteuerungsabkommen Deutschland-Liechtenstein, StR 2014, 415; *ders*, Vermögensschutz durch Privat- und Gemeinnützige Stiftungen in Deutschland, Österreich und Liechtenstein, Rapperswil-Jona 2014; *ders*, Schweizerische und österreichische Einsatzszenarien von liechtensteinischen Stiftungen und stiftungsähnlichen Zweckvermögen unter dem neuen DBA Schweiz-Liechtenstein, PSR 2015, 113; *Olaf Gierhake/Natalie Peter*, Einsatzszenarien von liechtensteinischen Stiftungen und stiftungsähnlichen Zweckvermögen unter dem neuen DBA Schweiz-Liechtenstein, StR 2015, 628; *Anna Katharina Gollan*, Vorstandshaftung in der Stiftung: Eine Untersuchung zur Anwendung der Business Judgment Rule, München 2009; *Vladimir Good*, Das Protektorat im liechtensteinischen Stiftungsrecht, PSR 2019; *ders*, Das Protektorat im liechtensteinischen Stiftungs- und Treuhänderschaftsrecht, Zürich/St. Gallen 2018; *Wulf Gordian Hauser*, Torpedoschutz im Fürstentum, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof, Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 355; *Ernst Grabenwarter* (Hrsg), Die Stiftung in der Praxis, Wien 2002; *Jürg R. Greter*, US-Quellensteuer bei Liechtensteiner Stiftungen und Off-shore Trusts: neue Regeln – offene Fragen, Der Schweizer Treuhänder, 2001, 111; *Johannes Peter Gruber*, BAWAG – haf- ten frühere Vorstandsmitglieder?, Aufsichtsrateaktuell 2011, 28; *ders*, Der Vorstand der Privatstiftung, Aufsichtsrateaktuell 2010, 36; *ders*, Vermögenstransfer nach Liechtenstein, Aufsichtsrateaktuell 2010, 28; *Harold Grüninger*, Die Unternehmensstiftung in der Schweiz: Zulässigkeit – Eignung – Besteuerung, Basel/Frankfurt am Main 1984;

Myriam Gstöhl, Die Schiedsvereinbarung im liechtensteinischen Recht unter besonderer Berücksichtigung der Schiedsklausel in Stiftungsdokumenten; *Bruno B. Güggi*, La fondation de famille en droit liechtensteinois, Vaduz Diss Schaan 2011; *Uta Hammer*, Ausländische Stiftungen und vergleichbare Strukturen im österreichischen Steuerrecht, Diss Wien 2012; *Bernd Hammermann*, Anwendung und Praxis des neuen Stiftungsrechts durch die Stiftungsaufsichtsbehörde, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Das neue liechtensteinische Stiftungsrecht – Anwendung, Auslegung und Alternativen: Band des 3. Liechtensteinischen Stiftungsrechtstages 2010, Zürich 2012, 31; *ders*, Die neue Stiftungsrechtsverordnung, Liechtenstein-Journal 2009, 34; *ders*, Die beim Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt in Vaduz angesiedelte neue Stiftungsaufsichtsbehörde in Hochschule Liechtenstein, Vaduz (Hrsg), Das neue Liechtensteinische Stiftungsrecht, Vaduz 2008, 67; *Franz Hartlieb*, Zivil- und gesellschaftsrechtliche Fragen zur Führung und Abwicklung von Stiftungen, Bericht über den 6. Liechtensteinischen Stiftungsrechtstag 2013, PSR 2013, 195; *Franz Hartlieb/Johannes Zollner*, Entlastung des Stiftungsvorstands, PSR 2012/44; *Hasch & Partner* (Hrsg), PrivatstiftungsG: Kurzkommentar und Entscheidungssammlung, Wien 2003; *Harry Hasler-Maier*, Die notwendigen Anpassungen des Sorgfaltspflichtgesetzes, in Bernd Britzelmaier/Stephan Gebers (Hrsg), Wandel im Finanzdienstleistungssektor: 1. Liechtensteinisches Finanzdienstleistungs-Symposium an der Fachhochschule Liechtenstein, Heidelberg 2001, 147; *Martin Häublein*, Vertragsschluss durch kaufmännisches Bestätigungsschreiben?, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof, Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 333; *Helene Hayden*, Das Änderungs- und Widerrufsrecht im Privatstiftungsgesetz: Unter Berücksichtigung der PSG-Novelle 2017, Wien 2018; *Christian Hausmaninger*, Die Auslegung pathologischer Schiedsvereinbarungen in Österreich, Deutschland und der Schweiz – ein Rechtsvergleich, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof: Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 375; *Helmut Heiss*, Die liechtensteinische Stiftung und die Grundfreiheiten des EWR-Abkommens, Anmerkungen aus Anlass des Urteils des EuGH 14. September 2006 Rs C-368/04 (Centro di Musicologia Walter Stauffer/Finanzamt München für Körperschaften), LJZ 2007, 1; *ders*, Zur Sanierung fehlerhafter Stiftungsstatuten – kein Handlungsbedarf des liechtensteinischen Gesetzgebers infolge des Urteils des StGH vom 18.11.2003, AZ StGH 2003/65, LJZ 2004, 80; *ders*, Die Lebensversicherung als alternatives Gestaltungsinstrument zur Stiftung, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Das neue liechtensteinische Stiftungsrecht – Anwendung, Auslegung und Alternativen: Band des 3. Liechtensteinischen Stiftungsrechtstages 2010, Zürich 2012, 115; *Helmut Heiss/Ariane Ernst*, Das anwendbare Recht im liechtensteinischen Schiedsverfahren, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof: Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 391; *Helmut Heiss/Bernhard Lorenz*, Der erstarrte Stifterwille, in Marxer & Partner (Hrsg), Aktuelle Themen zum Finanzplatz Liechtenstein, Vaduz 2004, 123; *Heino Helbock*, Besondere Aspekte der Segmentierten Verbandsperson (PCC) in Liechtenstein, LJZ 2018, 22; *Rainer Hepberger*, Die Bedeutung Liechtensteins für die Steuerplanung von in Österreich ansässigen Per-

sonen: Stiftung, Anstalt und Treuhänderschaft im österreichischen Aussensteuerrecht, Vaduz/Schrus 2005; *ders*, Die Liechtensteinische Stiftung – Unter besonderer Berücksichtigung der Rechte des Stifters nach deren Errichtung, Schaan 2003; *Rainer Hepberger/Thomas Hosp*, Die liechtensteinische Stiftung im Kreuzfeuer ausländischer Steuerjurisdiktionen – neue Herausforderungen an den Finanzdienstleistungsplatz Liechtenstein, in Stephan Geberl/Hans-Rüdiger Kaufmann/Marco J. Menichetti/Daniel F. Wiesner (Hrsg), Aktuelle Entwicklungen im Finanzdienstleistungsbereich: 3. Liechtensteinisches Finanzdienstleistungs-Symposium an der Fachhochschule Liechtenstein, Heidelberg 2004, 1; *Martina Herberstein*, 3. Liechtensteinischer Stiftungsrechtstag, PSR 2010/60; *Karl Josef Hier*, Der Stiftungszweck der Unternehmensstiftung, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Wandel im materiellen Stiftungsrecht und grenzüberschreitende Rechtsdurchsetzung durch Schiedsgerichte, Zürich/Basel/Genf 2013, 23; *ders*, Die Unternehmensstiftung in Liechtenstein, Vaduz 1995; *Hilmar Hoch*, Staatsgerichtshof und Oberster Gerichtshof in Liechtenstein, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof, Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 415; *Wolfram Höfling*, Die liechtensteinische Grundrechtsordnung, eine kritisch-systematische Bestandsaufnahme der Rsp des Staatsgerichtshofs unter Berücksichtigung der Grundrechtslehren des deutschsprachigen Raums, Vaduz 1994; *Alexander Hofmann*, Der Auskunftsanspruch des Begünstigten einer Privatstiftung, GesRZ 2006, 17; *ders*, Überlegungen zur Verantwortung des Stiftungsvorstands bei Investitionsentscheidungen; *Christian Hofmann*, Die Gesellschafterdirektklage in Liechtenstein, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof, Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 431; *Heinrich Honsell/Nedim Peter Vogt/Geiser Thomas* (Hrsg), Basler Kommentar zum Schweizerischen Privatrecht, Zivilgesetzbuch I, Art 1-456 ZGB, 4. Aufl, Basel/Genf/München 2010; *Gerold Hoop*, Liechtensteinische Stiftung: rechtliche Aspekte und Grenzen der Flexibilität: neue Parameter für die liechtensteinische Stiftung als Instrument für Familienvermögensplanung (Family Estate Planning) unter Berücksichtigung steuer-, zivil- und vollstreckungsrechtlicher Aspekte, in Wolfgang Caspers/Jürgen Wagner/Hans Rainer Künzle (Hrsg), Die liechtensteinische Stiftung: Referate der Tagung „Stiftungsnovellierung – wohin geht die Reise?“ vom 27. Juni 2002 an der Fachhochschule Liechtenstein, Vaduz, Zürich 2002, 67; *Thomas Hosp*, Die Neufassung des § 15 AStG durch den Entwurf zum Jahressteuergesetz 2013: Auswirkungen für liechtensteinische Familienstiftungen, Liechtenstein-Journal 2012, 70; *ders*, Liechtenstein setzt den Internationalen Steuerinformationsaustausch um. Wie wird in der Praxis vorgegangen werden?, ZFS 2010, 59; *ders*, Stiftungsstandort Liechtenstein, quo vadis?, Eine Analyse im Lichte der fundamentalen Änderungen des nationalen Rechts und beim internationalen steuerlichen Informationsaustausch, PSR 2010/4; *ders*, Der internationale Steuerinformationsaustausch Liechtensteins, ZFS 2009, 183; *ders*, Fundamentale Änderungen im liechtensteinischen internationalen Steuerrecht weg vom Image einer unkooperativen Steueroase, taxlex 2009, 160; *ders*, Asset Protection: Ansprüche von Ermessensbegünstigten nicht pfändbar!, ZFS 2009, 135; *ders*, Die neuen Kontrollmechanismen im Liechtensteinischen Stiftungsrecht und deren Bedeutung

für Stiftungen mit Stiftern und/oder Begünstigten aus Österreich, ZFS 2009, 77; *ders*, Steuerliche Änderungen in Liechtenstein und die Folgen für Stiftungen mit österreichischen Stiftern oder Begünstigten, ZFS 2009, 36; *ders*, Liechtensteinische Stiftungen im Lichte des österreichischen Steuerrechts, ÖStZ 2008/391; *ders*, Auskunfts- und Informationsrechte von Begünstigten liechtensteinischer Stiftungen: U des FL-OGH vom 7. Februar 2008 mit Anmerkungen, ZFS 2008, 139; *ders*, Liechtensteinische Stiftungen im Lichte des österreichischen Steuerrechts, ÖStZ 2008, 104; *ders*, Neue Haftungsregeln für Stiftungsvorstände liechtensteinischer Stiftungen, ZFS 2008, 91; *ders*, Die Verantwortlichkeit des Stiftungsrats (Stiftungsvorstands) bei der Delegation von Vermögensverwaltungsaufgaben an Dritte – Überwachungspflicht des Stiftungsrates, ZFS 2008, 66; *ders*, Das neue liechtensteinische Stiftungsrecht und die Auswirkungen auf bereits bestehende Stiftungen, ZFS 2008, 24; *ders*, Die geplante Totalrevision des Stiftungsrechts im Fürstentum Liechtenstein, ZFS 2007, 113; *ders*, Steuergesetzliche Abwehrmassnahmen gegen die Verwendung von Niedrigsteuersystemen am Beispiel Deutschlands – Hintergrund, Darstellung und Ausblick, LJZ 2003, 8; *ders*, Das Kontrollorgan als Element der Foundation Governance – erste Praxiserfahrungen, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof, Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 465; *Thomas Hosp/Martina Benedetter*, Die Attraktivität liechtensteinischer Substiftungen aus der Sicht von österreichischen Stiftern und Begünstigten, ZFS 2015, 6; *dies*, Informations- und Auskunftsrechte von Begünstigten und Anwartschaftsberechtigten liechtensteinischer Familienstiftungen, ZFS 2016, 14; *Thomas Hosp/Matthias Langer*, Das neue DBA Liechtenstein 2011, IWB 2013, 15; *dies*, Das revidierte DBA und Steuerabkommen FL/AT: Chancen und Herausforderungen für den liechtensteinischen Finanzplatz, ZFS 2013, 6; *dies*, Die Steuerabkommen der Schweiz: Wer erhielt den besten Deal?, RIW 2012, 347; *dies*, Die geplante Änderung des liechtensteinischen Steuergesetzes: Auswirkungen auf die Besteuerung liechtensteinischer Stiftungen, ZFS 2012, 169; *dies*, Das neue DBA zwischen Liechtenstein und Deutschland: Cui bono?, PlStB 2012, 135; *dies*, Steuerabkommen CH/AT: Welche Auswirkungen hat dies für liechtensteinische Stiftungen?, ZFS 2012, 66; *dies*, Liechtenstein – Besteuerung von Umstrukturierungen: Einbringung von Betriebsvermögen in eine Kapitalgesellschaft, PlStB 2012, 51; *dies*, Die Steuerabkommen der Schweiz und die Auswirkungen auf Rechtsträger in Liechtenstein, Liechtenstein-Journal 2012, 48; *dies*, Die liechtensteinische Familienstiftung: Nischenprodukt oder erstzunehmende Alternative für den deutschen Investor, BB 2011, 1948; *dies*, Steuerabkommen Schweiz-UK vs Liechtenstein Disclosure Facility, Steuer Revue 2011, 908; *dies*, Das DBA zwischen Deutschland und Liechtenstein, IWB 2011, 878; *dies*, Standortvorteil Liechtenstein: Welche Chancen bietet Liechtenstein ab 2011 dem internationalen Investor?, SteuerRevue 2011, 550; *dies*, EU-geprüfte Steuerplanung: Die Privatvermögensstrukturen in Liechtenstein, IWB 2011, 478; *dies*, Der Praktische Fall: Die Besteuerung einer liechtensteinischen Familienstiftung, PlStB 2011, 232; *dies*, Gemeinnützigkeitsrecht im Vierländereck: Ein Überblick über die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen (Teil I), ZFS 2011, 158; *dies*, Das bilaterale Steuerabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz vom 10. August 2011: Ist es wirklich günstiger als eine „reguläre“ Selbstan-

zeige und könnte es ein Vorbild für weitere Abkommen sein?, ZFS 2011, 121; *dies*, Anmerkung zu BFH U vom 22.12.2010, I R 84/09, Keine Unionsrechtlichen Bedenken gegen die Hinzurechnungsbesteuerung bei einer liechtensteinischen Familienstiftung, ZFS 2011, 90; *dies*, Die Besteuerung der liechtensteinischen Stiftung nach der Totalrevision zum 1.1.2011, PSR 2011/79; *dies*, Privatvermögensstrukturen: Das Mysterium „wirtschaftliche Tätigkeit“, Liechtenstein-Journal 2011, 38; *dies*, Abkommensberechtigung von liechtensteinischen Stiftungen, ZFS 2011, 28; *dies*, Das liechtensteinische Doppelbesteuerungsabkommen, Liechtenstein-Journal, 2; *dies*, EuGH: U in der Rs Rimbaud – Mögliche Auswirkungen auf das Fürstentum Liechtenstein, ZFS 2010, 161; *Thomas Hosp/Martin Moosbrugger*, Das Steuerabkommen zwischen Liechtenstein und Deutschland vom September 2009, IWB 2009, 991; *Reinhold Hotz*, Zur Anwendung des Zivilprozessrechts auf den liechtensteinischen Sozialversicherungsprozess, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof, Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 481; *Christian Huber/Peter Pichler*, DBA-Übersicht, taxlex 2009/45; *Verena Hügel*, Stifterrechte in Österreich und Liechtenstein, Wien 2008; *Waldemar Hummer*, Die Übernahme der „Dienstleistungs-Richtlinie“ im Fürstentum Liechtenstein und die Position der Schweiz, LJZ 2008, 1; *Dominique Jakob*, Die liechtensteinische Stiftung in der aktuellen deutschen Zivilrechtsprechung, Liechtenstein-Journal 2011, 15; *ders*, Die liechtensteinische Stiftung: eine strukturelle Darstellung des Stiftungsrechts nach der Totalrevision vom 26. Juni 2008, Schaan 2009; *ders*, Das neue System der Foundation Governance – interne und externe Stiftungsaufsicht im neuen liechtensteinischen Stiftungsrecht, LJZ 2008, 83; *ders*, Schutz der Stiftung: die Stiftung und ihre Rechtsverhältnisse im Widerstreit der Interessen, Tübingen 2006; *ders*, Ausgewählte Aspekte des neuen Stiftungsrechts aus internationaler Perspektive, in Hochschule Liechtenstein, Vaduz (Hrsg), Das neue Liechtensteinische Stiftungsrecht, Vaduz 2008, 45; *Dominique Jakob* (Hrsg), Stiftungen und Gestalten: Anforderungen an ein zeitgemässes rechtliches Umfeld, Basel 2013; *ders*, Stiftung und Familie, Basel 2015; *ders*, Universum Stiftung, Basel 2017; *Dominique Jakob/Lukas Brugger/Michèle Ritz/Nadine Spahni/Alisa Zehner*, Verein – Stiftung – Trust: Entwicklungen 2017, Bern 2018; *Dominique Jakob/Goran Studen*, Die verschiedenen Stiftungsarten nach der Reform des liechtensteinischen Stiftungsrechts, Liechtenstein-Journal 2009, 81; *dies*, Grundsatzfragen zur Auflösung liechtensteinischer Stiftungen, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Zivil- und gesellschaftsrechtliche Fragen zur Führung und Abwicklung von Stiftungen, Zürich/Basel/Genf 2015, 135; *Benedikt Jehle*, Die Schuldverträge im Internationalen Privatrecht Liechtensteins, Schaan 2008; *Michael Jehle*, Rechtsstellung juristischer Personen im Rahmen von Strafrechtshilfeverfahren unter besonderer Berücksichtigung gelöschter juristischer Personen, LJZ 2013, 1; *Heinz Jirousek*, Die neuen Steuerabkommen mit Liechtenstein, SWI 2013, 48; *Susanne Kalss*, Die Rechtsstellung der Begünstigten der Stiftung im internationalen Vergleich, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Der Generationenwechsel in der Stiftungslandschaft: Band des 4. Liechtensteinischen Stiftungsrechtstages 2011, Zürich 2012, 1; *dies*, Leitung und Kontrolle eines Familienunternehmens durch eine Privatstiftung, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürst-

licher Oberster Gerichtshof, Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 499; *dies*, Aktuelle Fragen des Stiftungsrechts, Acht wesentliche Kernthemen, Wien 2014; *dies*, Asset Protection in der österreichischen Privatstiftung, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Handbuch des Vermögensschutzes für Liechtenstein, Österreich und die Schweiz, Wien 2015, 177; *dies*, Wie hat der Stiftungsvorstand bei der Änderung der Stiftungserklärung vorzugehen?, Der Gesellschafter 2018, 165; *Susanne Kalss/Johannes Zollner*, Die gesetzlichen Rechte der Begünstigten, GesRZ 2008, 125; *Werner Keicher*, Die privatrechtliche Stiftung im Liechtensteinischen Recht, Diss Zürich 1975; *Siegfried Keller*, Die Möglichkeiten des Stifters im Privatstiftungsrecht, Wien 2006; *Christoph Kerres/Peter Melicharek*, Zur Reform des liechtensteinischen Stiftungsrechts, Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Versuch des liechtensteinischen Gesetzgebers, Missbrauchspotenzial im Stiftungsrecht zu beseitigen, ecolex 2005, 292; *Christoph Kerres/Florian Proell*, Aktuelle Entwicklungen zum Bankgeheimnis, ecolex 2009, 623; *dies*, Das neue liechtensteinische Stiftungsrecht, ecolex 2009, 321; *dies*, Das ADG 2009 und der Informationsaustausch nach OECD-MA, Aufsichtsrateaktuell 2009, 10; *dies*, Die neuen gesetzlichen Regelungen zur Stiftungseingangssteuer in Österreich, ecolex 2008, 567; *dies*, Austrian Private Foundation Act: A Practitioner's Guide, Wien 2013; *Daniel Kieber*, Die Beendigung der Stiftung, in Dr. Peter Marxer (Hrsg), Festgabe zum 60. Geburtstag, Vaduz 1993, 193; *Walter Kieber*, Die treuhänderische Errichtung von Familienstiftungen, in Herbert Batliner (Hrsg), Festgabe zum 60. Geburtstag, Vaduz 1988, 273; *Sabine Kirchmayr/Markus Achatz*, Neues Steuerabkommen zwischen Österreich und Liechtenstein, taxlex 2013, 41; *Julia Klatil*, Die Auskunftspflicht der Banken im Verlassenschaftsverfahren, LJZ 2004, 118; *Michael W. Kneller*, Die Haftung für die Verwaltung einer liechtensteinischen Stiftung unter besonderer Berücksichtigung von Art 159 IPRG, Diss Zürich 1993; *Patrick Knörzer/Birgit Stöckl*, Die Besteuerung der liechtensteinischen Stiftung und deren Beteiligter nach der geplanten Revision des liechtensteinischen Steuergesetzes, LJZ 2009, 62; *Patrick Knörzer/Sybille Wünsche*, Das Steuerabkommen zwischen Österreich und der Schweiz im Vergleich mit dem Steuerabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz, FJ 2012, 177; *Nina Köchl*, Möglichkeiten zur Eindämmung des „Schriftsatzunwesens“ in der liechtensteinischen Gerichtspraxis, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof, Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 549; *Georg Kodek*, Unvereinbarkeiten im Privatstiftungsrecht in Österreich – Aktuelle Entwicklungen, LJZ 2011, 57; *ders*, Einstweilige Verfügungen nach Micallef v Malta – eine Nachlese, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof: Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 521; *ders*, Schiedsklauseln als Instrument zur Konfliktregelung bei Privatstiftungen, PSR 2013, 152; *ders*, Zur Vertretung der Privatstiftung – zwei Entscheidungen aus Österreich und Liechtenstein, PSR 2019, 56; *Georg Kofler*, Der steuerliche Durchgriff bei der Privatstiftung: Die Zurechnung von Einkünften aus Kapitalvermögen und Veräußerungsgeschäften, Wien 2001; *Karl Kohlegger*, Liechtenstein – Steueroase oder Wirtschaftszentrum? Rechtsfälle aus der Praxis des Fürstlich Liechtensteinischen Obersten Gerichtshofes, ÖJZ 1990, 577; *Christian Kohler*, Kodifikation und Reform des IPR in Liechtenstein, IPRax 1997, 309; *Andreas*

Kolb, Besteuerung von Stiftungen in der Schweiz und in Liechtenstein, SWI 2001, 270; Barbara Köllensperger, Zum Kostenvorschuss für Sachverständigengebühren bei Beweisaufnahme ex officio, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof: Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 569; Fritz Kortner, Die Besteuerung von Privatstiftungen, FJ 2011, 244; ders, Die Verteilung von Einkünften auf mehrere Besteuerungsperioden, sonstige periodenübergreifende Regelungen und rückwirkende Ereignisse im österreichischen Ertragssteuerrecht (Teil III), FJ 2010, 379; Helmut Koziol/Peter Bydliniski/Raimund Bollenberger, Kurzkommentar zum AGBG, 3. Aufl, Wien 2010; Aline Kratz-Ulmer, Die Anlagestiftung, Entwicklungen eines Rechtsinstituts zwischen beruflicher Vorsorge und Stiftungsrecht, Basel 2016; Katharina Kreuz/Werner Leiter, VwGH entscheidet zur Intransparenz von liechtensteinischer Stiftung, VWT 2015; Katharina Kreuz/Max Sedlacek, Die Grenzen der Transparenz einer liechtensteinischen Stiftung, ecolex 2015, 706; Stefan Kulischek, Steuerliche Behandlung von ausländischen Beteiligungen bei Privatstiftungen, ZFS 2010, 111; Christoph Kraus, Richtig Stiften: Der umfassende Ratgeber zur österreichischen Privatstiftung, Wien 2004; Katharina Kreuz/Werner Leiter, DBA-Qualifikation von Zuwendungen einer Privatstiftung an Begünstigte im Ausland, VWT 2013, 34; Rainer Kulms, Ist das liechtensteinische Personen- und Gesellschaftsrecht kapitalmarktfähig?, LJZ 2004, 6; Siegbert Lampert/Franco Taisch, Stiftungen im liechtensteinischen Recht, in Klaus J. Hopt/Dieter Reuter (Hrsg), Stiftungsrecht in Europa: Stiftungsrecht und Stiftungsrechtsreform in Deutschland, den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, der Schweiz, Liechtenstein und den USA, Köln 2001, 521; Mario A. König, Wahrung des Rechtsschutzes der Begünstigten im liechtensteinischen Schiedsverfahren, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Wandel im materiellen Stiftungsrecht und grenzüberschreitende Rechtsdurchsetzung durch Schiedsgerichte, Zürich/Basel/Genf 2013, 183; Philipp Konzett, Sorgfaltsmassstab bei der Zuwendungssperre – Von der Analogie der Business Judgment Rule auf Art 582 § 37 Abs 2 PGR, PSR 2019, 77; Renatus Kühne, Die Besteuerung der liechtensteinischen Stiftung in Liechtenstein, PSR 2015, 68; Hans Rainer Künzle, Vermögensschutz mit liechtensteinischen Strukturen aus schweizerischer Sicht, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Handbuch des Vermögensschutzes für Liechtenstein, Österreich und die Schweiz, Wien 2015, 120; Mandeep Lakhan, Arbitration and Asset Protection in Trust Disputes, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Handbuch des Vermögensschutzes für Liechtenstein, Österreich und die Schweiz, Wien 2015, 328; Michael Lang, Steuerlicher „Durchgriff“ durch liechtensteinische Stiftungen, ÖStZ 2011/172; Niklas Lang/Peppi Schnieper, Professionelles Management von Stiftungen: Ein Leitfaden für Stiftungspraktiker, Basel 2008; Eduard Lechner, Neues Besteuerungsregime für Auslandsdividenden bei Privatstiftungen, PSR 2010/15; ders, Steuerliche Fragen bei Errichtung liechtensteinischer Substiftungen, ZFS 2015, 190; Werner Leiter/Katharina Kreuz, Das Steuerabkommen mit Liechtenstein, Die wichtigsten Regelungen im Überblick, CFOaktuell 2013, 40; dies, Schleichende Veränderung der Stiftungseingangsbesteuerung, VWT 2013, 143; Roman Leitner/Thomas Bieber/Rainer Brandl, Ergebnisse der 18. Finanzstrafrechtlichen Tagung 2013, Tagungsbericht, taxlex 2013, 192; Roman Leitner/Rainer Brandl, Finanz-

strafrechtlicher Rechtsprechungs- und Literaturüberblick mit Anmerkungen (Teil II), Oktober 2011 bis September 2012, *taxlex* 2013, 20; *dies*, Finanzstrafrechtlicher Rechtsprechungs- und Literaturüberblick mit Anmerkungen, April 2010 bis September 2011, *taxlex* 2011, 437; *dies*, Finanzstrafrechtlicher Rechtsprechungs- und Literaturüberblick mit Anmerkungen, Oktober 2009 bis März 2010, *taxlex* 2010, 274; *Roman Leitner/Yvonne Schuchter*, Nochmals: Repatriierung von Auslandsvermögen, *ecolex* 2009, 894; *Philipp Lennert*, Die Auslegung der Aktorisches Kautio im Lichte des Allgemeinen Europäischen Diskriminierungsverbotes in Art 4 des Abkommens zum Europäischen Wirtschaftsraum: Besprechung U des EFTA-Gerichtshofs vom 17. Dezember 2010, *LJZ* 2011, 25; *ders*, Die weisungsgebundene Liechtensteinische Stiftung ein Vertrag zugunsten Dritter? Besprechung U OLG Stuttgart vom 29. Juni 2009 (AZ: 5 U 40/09), *LJZ* 2010, 28; *SD Prinz Michael von und zu Liechtenstein*, Die konkreten Einsatzmöglichkeiten einer gemeinnützigen Stiftung in Hochschule Liechtenstein, Vaduz (Hrsg), Das neue Liechtensteinische Stiftungsrecht, Vaduz 2008, 109; *Manuel Liatowitsch/Eliane Fischer*, Stiftungen und Schiedsgerichtsbarkeit in der Schweiz, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Wandel im materiellen Stiftungsrecht und grenzüberschreitende Rechtsdurchsetzung durch Schiedsgerichte, Zürich/Basel/Genf 2013, 229; *Christoph Liebscher*, Der parteiernannte Schiedsrichter, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof, Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 593; *Hans Liermann*, Handbuch des Stiftungsrechts – I. Band, Tübingen 1963; *Clemens Limberg*, Privatstiftung und Erbrecht, Wien 2006; *Alexander Lins*, Stiftungsrecht Liechtenstein: Rechtsprechung des Liechtensteinischen Obersten Gerichtshof des Jahres 2010, *Jahrbuch Stiftungsrecht* 2011, 281; *ders*, Stiftungsrechtsreform: Informations- und Auskunftsrechte von (Ermessens-)Begünstigten – Hat der Gesetzgeber seine Ziele erreicht?, *Liechtenstein-Journal* 2009, 38; *ders*, Die Begünstigtenrechte, ihre Ausgestaltungsmöglichkeiten und Auswirkungen, in Hochschule Liechtenstein, Vaduz (Hrsg), Das neue liechtensteinische Stiftungsrecht, Zürich 2008, 83; *Erich Lochmann*, Zurechnung von Vermögen und Einkünften einer liechtensteinischen Stiftung, *SWI* 2012, 137; *Bernhard Lorenz*, Die Kollisionskuratorrechtsprechung des OGH im Stiftungsaufsichtsverfahren – eine kritische Auseinandersetzung, *LJZ* 2011, 156; *ders*, Bindungswirkung ausländischer Urteile aufgrund wirksamer Gerichtsstandsvereinbarungen?, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof: Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 609; *ders*, Pflichten des Stiftungsrates bei Wegfall von Begünstigten, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Zivil- und gesellschaftsrechtliche Fragen zur Führung und Abwicklung von Stiftungen, Zürich/Basel/Genf 2015, 99; *Dietmar Loretz*, Liechtensteinische Stiftungen, Anerkennung und Besteuerung in Österreich, Diss Wien 1993; *Christian von Löwe*, Familienstiftung und Nachfolgegestaltung: Deutschland, Österreich, Schweiz, Liechtenstein, 2. Aufl, Düsseldorf 2006; *ders*, Die liechtensteinische Stiftung – Bermuda-Dreieck zwischen Schenkungssteuer, Steueramnestie und Steuerstrafrecht, *Betriebs-Berater* 2005, 1601; *ders*, Familienstiftung und Nachfolgegestaltung: Deutschland Österreich Schweiz Liechtenstein, München 2016; *Christian Ludwig/Harald Moshhammer*, Steuerliche Sonderfragen zur Liechtenstein-Stiftung, *PSR* 2013/17; *Thomas Lungkofler*, Der Trust – Eine Alternati-

ve zur Stiftung im Rahmen der Asset Protection, der Nachfolgeregelung und des Estate Planning auch in Österreich?, PSR 2010/47; *ders*, Off- und Onshore Produkte sowie Dienstleistungen in Offshore-Finanz-Zentren unter gesellschafts-, zivil- und steuerrechtlichen Implikationen: Das wissenschaftstheoretische Konzept einer Treuhandbetriebswirtschaftslehre eines Treuunternehmens im Fürstentum Liechtenstein, Diss Wien 2003; *Bernhard Madörin*, Vereine und Stiftungen, Bern 2008; *Lucas M. Mair*, Die Privatstiftung in Österreich im Vergleich zur Stiftung in Liechtenstein, Diss Wien 2004; *Thomas Manhart*, Die Aufhebung mit Liquidation von Stiftungen, insb von Personalvorsorgestiftungen, Diss Zürich 1986; *Graziella Marok*, Die privatrechtliche liechtensteinische Anstalt unter besonderer Berücksichtigung der Gründerrechte, Diss Zürich 1994; *Ernst Marschner*, Besteuerung von Portfoliodividenden: U des EuGH, ZFS 2011, 7; *ders*, Besteuerung von Dividenden: Schlussanträge in den Rechtssachen Haribo und Österreichische Salinen, ZFS 2010, 159; *ders*, Stiftungsrichtlinien 2009 veröffentlicht – Analyse der Veränderung gegenüber den Stiftr 2001, ZFS 2009, 170; *ders*, Budgetbegleitgesetz 2009 bringt für Privatstiftungen ua Änderung bei Besteuerung ausländischer Dividenden, PSR 2009/21; *ders*, „Transparente“ Liechtenstein-Stiftung: Schätzung der Kapitaleinkünfte, ZFS 2008, 101; *ders*, Optimierung der Familienstiftung aus der Sicht der Begünstigten, Wien 2006; *Ernst Marschner/Martin Puchinger*, Schenkungsmeldegesezt 2008 „reloaded“ – eine Analyse des beschlossenen Gesetzes, FJ 2008, 221; *Florian Marxer*, Rezeption im liechtensteinischen Gesellschaftsrecht, LJZ 2006, 56; *ders*, Gestaltungsalternativen im Erbrecht einschliesslich des IPR, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Das neue liechtensteinische Stiftungsrecht – Anwendung, Auslegung und Alternativen, Zürich 2012, 175; *Ludwig Marxer*, Die Liechtensteinische Familienstiftung: ihre Eigenart im Verhältnis zum schweizerischen Recht, Schaan 1990; *Mathias Mathauser*, Unternehmensstiftung zur Nachfolgeplanung, Ein Rechtsvergleich zwischen Deutschland und Liechtenstein, Vaduz 2016; *Paul Matthews*, Asset Protection Trusts in English Law, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Handbuch des Vermögensschutzes für Liechtenstein, Österreich und die Schweiz, Wien 2015, 214; *Wolfgang Maute*, Besteuerung von grenzüberschreitenden Stiftungsratsvergütungen, StR 2017, 356; *Wolfgang Maute/Johannes Gasser/Julia Willi*, Besteuerung der liechtensteinischen segmentierten Verbandsperson aus schweizerischer Sicht, SteuerRevue 2015, 548; *Wolfgang Maute/Benjamin Twardosz*, Die liechtensteinische Stiftung im Fokus des österreichischen und des schweizerischen Steuerrechts, StR 2013, 336; *Peter G. Mayr*, Grundlagen des Internationalen Zivilverfahrensrechts aus liechtensteinischer Sicht, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof, Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 645; *Guido Meier*, Die Treuhänderschaft (Trust) im liechtensteinischen Personen- und Gesellschaftsrecht, Vaduz 1997; *Peter Melicharek*, Die Parteistellung der Stiftung im gerichtlichen Abberufungsverfahren, ecolex 2012, 1079; *ders*, Liechtensteinische Stiftungsaufsicht neu: Der zahnlose Tiger, ZFS 2009, 81; *Peter Melicharek/Veronika Haberler/Monika Widmann*, Österreichischer Governance Kodex für Privatstiftungen, Wien 2015; *Martin Melzer*, „Weitere Organe“ im österreichischen Privatstiftungsrecht und im neuen liechtensteinischen Stiftungsrecht, JEV 2010, 51; *ders*, Das österreichische Privat-

stiftungsrecht und das neue liechtensteinische Stiftungsrecht im Vergleich, Wien 2010; *Peter Monauni*, Besonderheiten des Liechtensteiner Stiftungsrechtes, *Jahrbuch Stiftungsrecht* 2010, 225; *Morgan & Morgan Group*, The Private Foundation under Panamanian Law, Panama 1995; *Harald Moshhammer*, Steuerentwicklungen liechtensteinischer Stiftungen im Lichte des neuen Steuerabkommens, *SWI* 2013, 105; *ders.*, (Steuerlich) unattraktive Stiftungen!, *Aufsichtsratsaktuell* 2013, 21; *ders.*, Besteuerung von Liechtenstein-Stiftungen nach dem neuen Steuerabkommen, *Aufsichtsratsaktuell* 2013, 16; *ders.*, Die Wahrheit über Steuervorteile von Stiftungen, *PSR* 2013/6; *ders.*, Besteuerung von Liechtenstein-Stiftungen nach dem neuen Steuerabkommen, *Aufsichtsratsaktuell* 2013, 16; *Kurt Moosmann*, Der angelsächsische Trust und die liechtensteinische Treuhänderschaft unter besonderer Berücksichtigung des wirtschaftlich Begünstigten, Eine rechtsvergleichende Studie mit Erkenntnissen für das Schweizer Treuhandrecht, Zürich 1999; *Bernhard Motal*, Der stiftungsrechtliche Informationsanspruch, Eine rechtsvergleichende Analyse nach liechtensteinischem und österreichischem Recht, Schaan 2014; *ders.*, Durchsetzung von Pflichtteilsansprüchen gegen eine liechtensteinische Stiftung, *JEV* 2013, 38; *ders.*, Informationsanspruch eines Begünstigten für die Vergangenheit, *LJZ* 2015, 91; *ders.*, Grundfragen des liechtensteinischen Personen- und Gesellschaftsrechts: Die allgemeinen Vorschriften für juristische Personen und ihre Anwendung auf die Stiftung, Basel 2018; *Bernhard Motal/Julia Nicolussi*, Reichweite und Grenzen organschaftlicher Vertretungsmacht im liechtensteinischen Stiftungsrecht – zugleich eine Besprechung zu FL OGH 07.09.2018, 08 Cg.2015.438, *LJZ* 2019, 42; *Bernhard Motal/Martin Schauer*, Reichweite der stiftungsrechtlichen Zuwendungssperre, *PSR* 2015, 4; *Erik Müller/Werner Bösch*, Länderbericht Liechtenstein, in *Andreas Richter/Thomas Wachter* (Hrsg), *Handbuch des internationalen Stiftungsrechts*, Angelbachtal 2007, 1063; *Katharina Müller*, Schiedsfähigkeit stiftungsrechtlicher Konflikte – Durchsetzung von Begünstigtenrechten im österreichischen Privatstiftungsrecht, in *Francesco A. Schurr* (Hrsg), *Wandel im materiellen Stiftungsrecht und grenzüberschreitende Rechtsdurchsetzung durch Schiedsgerichte*, Zürich/Basel/Genf 2013, 199; *dies.*, *Handbuch Stiftungsmanagement*, Wien 2014; *Katharina Müller/Martin Melzer*, Die Business Judgment Rule im liechtensteinischen Stiftungsrecht und ein Ausblick ins österreichische Stiftungsrecht, in *Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann* (Hrsg), *90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof, Festschrift für Gert Delle Karth*, Wien 2013, 669; *Michael Müller*, Die Handlungsautonomie des österreichischen Stiftungsvorstands und des liechtensteinischen Stiftungsrats im Vergleich, *JEV* 2015, 11; *ders.*, Die Handlungsautonomie des Stiftungsvorstands, Österreich und Liechtenstein im Vergleich, Wien 2015; *Helmut Neudorfer*, Das liechtensteinische Insolvenzrecht, *LJZ* 1988, 132; *Matthias Niedermüller*, Sind Strafen zivilrechtlich ersatzfähig?, *Einstellungsaufgaben* sind keine Strafen, *Liechtenstein-Journal* 2010, 124; *Philipp Nierlich*, Die Absicherung des Stiftungszwecks in der österreichischen Privatstiftung und der liechtensteinischen Stiftung, *Diss Wien* 2001; *Thomas Nigg*, Informationsrechte von Begünstigten von liechtensteinischen Stiftungen im Spannungsfeld des Steuerrechts, *StR* 2017, 13; *Michael Nueber*, Neue Entwicklungen und grenzüberschreitende Rechtsdurchsetzung

durch Schiedsgerichte im Stiftungsrecht, Der 5. Liechtensteinische Stiftungsrechtstag, PSR 2012/56; *ders*, Schiedsfähigkeit stiftungsrechtlicher Streitigkeiten – zugleich eine Besprechung von FL OGH 05 HG.2011.28, PSR 2012/3; *ders*, Die Privatstiftung als Partei in Verfahren vor „österreichischen“ Schiedsgerichten, GesRZ 2012, 339; *ders*, Schiedsfähigkeit stiftungsrechtlicher Streitigkeiten, PSR 2012, 10; *Michael Nueber/Ulrich Thun-Hohenstein*, Neues zum Informationsanspruch von Begünstigten einer liechtensteinischen Stiftung, Zugleich eine Besprechung von FL OG 05 HG.2015.175, PSR 2018, 20; *Bettina Nummer-Krautgasser*, Verfahrenshilfe versus Prozesskostenfinanzierung für Insolvenzmassen in Österreich, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof: Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 701; *Herbert Oberhuber*, Die erbrechtliche Anfechtung der Stiftung, in Dr. Peter Marxer, Festgabe zum 60. Geburtstag, Vaduz 1993, 275; *Michael Oberhuber*, Gläubigeranfechtung von Stiftungsgeschäften: ein Vergleich zwischen Österreich und Liechtenstein, Wien 2003; *Stephan Ochsner/Dunja Süssli*, Sorgfaltspflichten bei Tätigkeit als Organ einer Sitzgesellschaft, Aktuelle Themen zum Finanzplatz Liechtenstein 2004, 25; *Uwe Öhri*, Die Grundlagen der zivilrechtlichen Verantwortlichkeit der mit der Verwaltung und Geschäftsführung einer AG, Anstalt oder Stiftung betrauten Organe, LJZ 2007, 100; *ders*, Neue Entwicklungen in der Rechtsprechung – Anwendung und Auslegung der neuen Vorschriften durch die Liechtensteinische Rechtsprechung, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Das neue liechtensteinische Stiftungsrecht – Anwendung, Auslegung und Alternativen, Zürich 2012, 1; *ders*, „Differenzierte Solidarität“ im Verantwortlichkeitsrecht?, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof: Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 725; *ders*, Stiftungsrat und Untreue, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Zivil- und gesellschaftsrechtliche Fragen zur Führung und Abwicklung von Stiftungen, Zürich/Basel/Genf 2015, 165; *Andrea Opel*, Steuerliche Behandlung von Familienstiftungen, Stiftern und Begünstigten – in nationalen und internationalen Verhältnissen: unter Einbezug des liechtensteinischen Stiftungsrechts, Diss Basel 2009; *Lieselotte Otto*, Handbuch der Stiftungspraxis, Köln 2015; *Paolo Panico*, Private foundations, Law and Practice, New York 2014; *Michael Petritz*, Das Steuerabkommen mit Liechtenstein, Die wichtigen Aspekte im Überblick – Nachversteuerung für die Vergangenheit, SWK 2013, 323; *ders*, Ausländische Stiftungen und Trusts unter dem Steuerabkommen Österreich – Liechtenstein, LJZ 2013, 122; *ders*, Die Besteuerung des Trusts nach dem SchenkMG, taxlex 2008, 275; *ders*, Österreichische (Höchst-)Gerichte entscheiden zu liechtensteinischen Stiftungen aus steuerlicher Sicht, PSR 2015, 71; *Michael Petritz/Friedrich Fraberger*, Die liechtensteinische Familienstiftung im österreichischen Abgabenrecht, RdW 2008/252; *Matthias Petutschnig*, (K)eine Durchgriffsbesteuerung bei liechtensteinischen Familienstiftungen, JEV 2010, 114; *Adrian Plüss*, Verantwortlichkeit des Stiftungsrats: Risiken erkennen und vermeiden, Liechtenstein-Journal 2009, 2; *Peter Prast*, Anerkennung liechtensteinischer Gesellschaften im Ausland, Jus & News, 2006, 7; *ders*, Anerkennung liechtensteinischer juristischer Personen im Ausland, LJZ 2012, 119; *ders*, Der Stifter und seine Gestaltungsrechte und Verantwortlichkeiten, in Hochschule Liechtenstein, Vaduz (Hrsg), Das neue Liechtensteinische Stiftungsrecht, Vaduz 2008, 95;

Christian Presoly, Rechtliche Grundlagen der Haftung von Stiftungsorganen bei der Vermögensveranlagung nach liechtensteinischem Recht, in Francesco A. Schurr (Hrsg), 5 Jahre neues Stiftungsrecht: Unternehmensträgerschaft, Haftung, Anerkennung und Philanthropie, Zürich/Basel/Genf 2017, 73; *Florian Pröll*, Asset Protection in Österreich und Liechtenstein, Zürich 2012; *ders*, Die stiftungssteuerlichen Auswirkungen des Schenkungsmeldegesetzes 2008, ZFS 2008, 14; *ders*, Formerfordernisse für die Vollstreckung eines Schiedsspruchs gegen eine liechtensteinische Stiftung, ZFS 2007, 108; *Roger Quaderer*, Die Rechtsstellung der Anwartschaftsberechtigten bei der liechtensteinischen Familienstiftung, Diss Schaan 1999; *Christian Rabl*, Der Letztbegünstigte einer Privatstiftung und die Vererblichkeit seiner Rechtsstellung (insb nach einem Widerruf), JEV 2011, 42; *Helene Rebholz*, Das Spurfolgerecht in der liechtensteinischen Rechtsprechung – Kritische Betrachtung, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Das neue liechtensteinische Stiftungsrecht – Anwendung, Auslegung und Alternativen, Zürich 2012, 207; *Helene Rebholz/Benedikt König*, Bestellung eines Kontrollorgans für liechtensteinische Stiftungen ein Hindernisparcours, PSR 2010/14; *Nicolas Reithner/Moritz Blasy*, Aufsichtsverfahren, Schiedsfähigkeit, § 599 ZPO und der Entscheid des OGH 05 HG.2011.28 (LES 2011, 187), LJZ 2012, 26; *dies*, Die Auswirkungen des neuen § 634 ZPO in Liechtenstein, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Der Generationenwechsel in der Stiftungslandschaft: Band des 4. Liechtensteinischen Stiftungsrechtstages 2011, Zürich 2012, 137; *Marcus Rick*, Die Stiftungsrechtsrevision und die Krux mit den „Quasi-Stifterrechten“, LJZ 2010, 89; *ders*, Neues Stiftungsrecht – Stärken und Schwächen bei einer inländischen Betrachtung (ausgewählte Aspekte), in Francesco A. Schurr (Hrsg), 5 Jahre neues Stiftungsrecht: Unternehmensträgerschaft, Haftung, Anerkennung und Philanthropie, Zürich/Basel/Genf 2017, 1; *Helmut Riedmann*, Privatstiftung und Schutz der Gläubiger des Stifters, Wien 2004; *Thomas Ritter*, Auflösung und Beendigung gemeinnütziger Stiftungen – Aufgaben der Stiftungsaufsichtsbehörde (STIFA), in Francesco A. Schurr (Hrsg), Zivil- und gesellschaftsrechtliche Fragen zur Führung und Abwicklung von Stiftungen, Zürich/Basel/Genf 2015, 153; *ders*, Aktuelles aus der Praxis der Stiftungsaufsichtsbehörde (STIFA), in Francesco A. Schurr (Hrsg), 5 Jahre neues Stiftungsrecht: Unternehmensträgerschaft, Haftung, Anerkennung und Philanthropie, Zürich/Basel/Genf 2017, 151; *Cornelia Rohrer-Drechsel*, Privatrechtliche oder gemeinnützige Zweckausrichtung einer liechtensteinischen Stiftung und deren Auswirkungen auf die Foundation Governance, Schaan 2016; *Dieter Roth*, Die Anstalt im liechtensteinischen Recht, Vaduz 2012; *Patrick Roth*, Die Beendigung mit Liquidation von Körperschaften des liechtensteinischen Personen- und Gesellschaftsrechts, Diss Schaan 2001; *Udo Rothenbücher*, Die Europaverträglichkeit spezifischer liechtensteinischer Gesellschaftsformen, Diss Innsbruck 1996; *Nicola Rubatscher*, Die Privatstiftung – ein Vergleich zwischen Österreich und Liechtenstein: Eine zivil- und steuerrechtliche Betrachtung der Stiftungen in beiden Ländern unter besonderer Berücksichtigung der neusten Änderungen im österreichischen Steuerrecht, Diss Innsbruck 2003; *Peter Rummel* (Hrsg), Kommentar zum Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch, 3. Aufl, Wien 2000; *Rolf Santo-Passo*, Family Estate Planning – Verselbständigte Vermögensmassen als Zweckvermögen – eine

liechtensteinische Spezialität?, LJZ 2004, 16; *ders*, Die liechtensteinische Stiftung, Hausgemachte Problematik im Lichte der Stiftungsrechtsreform?, LJZ 2005, 1; *Anton Schäfer*, Was bedeutet „umfassend“ im Stiftungseingangssteuergesetz?, LJZ 2012, 59; *ders*, Was bedeutet „umfassend“ im Stiftungseingangssteuergesetz?, LJZ 2009, 1; *Martin Schauer*, Das neue Stiftungsrecht in der Praxis – eine erste Zwischenbilanz unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Das neue liechtensteinische Stiftungsrecht – Anwendung, Auslegung und Alternativen, Zürich 2012, 51; *ders*, Grundelemente des neuen liechtensteinischen Stiftungsrechts und die rechtsvergleichende Perspektive, in Hochschule Liechtenstein, Vaduz (Hrsg), Das neue Liechtensteinische Stiftungsrecht, Vaduz 2008, 7; *ders*, Vermögensplanung – das liechtensteinische Recht als Gestaltungsalternative, JEV 2010, 6; *ders*, Der Schutz der Stifterinteressen im neuen Stiftungsrecht, LJZ 2009, 40; *ders*, Aktuelle Entwicklungen im Stiftungsrecht, JEV 2009, 14; *ders*, Grundelemente des neuen liechtensteinischen Stiftungsrechts, PSR 2009/3; *ders*, Kurzkomentar zum liechtensteinischen Stiftungsrecht, Basel 2009; *ders*, Die liechtensteinische Stiftung im internationalen Vergleich unter besonderer Berücksichtigung der Familien- und Unterhaltsstiftung, in Marxer & Partner (Hrsg), Aktuelle Themen zum Finanzplatz Liechtenstein, Vaduz 2004, 67; *ders*, Differenzierte Solidarität bei der Haftung von Organen – eine kritische Analyse, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof, Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 781; *ders*, Die Machtbalance zwischen Stifter, Stiftungsrat und Begünstigtem im liechtensteinischen Stiftungsrecht, ZFS 2018, 31; *Martin Schauer/Bernhard Motal*, Die Anstalt als Instrument für Vermögensschutz, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Handbuch des Vermögensschutzes für Liechtenstein, Österreich und die Schweiz, Wien 2015, 267; *Martin Schauer/Marcus Rick/Bernd Hammermann*, Aktuelle Probleme der Übergangsbestimmungen im neuen Stiftungsrecht, Liechtenstein-Journal 2009, 51; *Johann Schilchegger*, Ertragssteuerrechtliche Rahmenbedingungen bei Holdingkonstruktionen, Diss Salzburg 1996; *Martin Schereda*, Der Stiftungsprüfer, Wien 2015; *Georg Schima*, Kontrolldefizite im Österreichischen und Liechtensteinischen Stiftungsrecht, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof: Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 847; *ders*, Governance-Fragen bei der österreichischen und liechtensteinischen Privatstiftung, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Zivil- und gesellschaftsrechtliche Fragen zur Führung und Abwicklung von Stiftungen, Zürich/Basel/Genf 2015, 81; *Matthias Schimka*, Stiftungsrecht 2013, PSR 2013/24; *ders*, Stiftungsrecht 2012/2013, PSR 2013/14; *ders*, Stiftungsrecht 2010/2011, PSR 2011/57; *ders*, Stiftungsrecht 2009/2010, PSR 2010/25; *ders*, Stiftungsrecht 2009, PSR 2009/21; *Roger Schmid*, Die Unternehmensstiftung im geltenden Recht, im Vorentwurf zur Revision des Stiftungsrechts und im Rechtsvergleich, Zürich 1997; *Nadine Schneider*, Der Mythos liechtensteinische Stiftung, Ein Rechtsvergleich zur schweizerischen Stiftung, in Philipp Egger/Bernd Helmig/Robert Purtschert (Hrsg), Stiftung und Gesellschaft: eine komparative Analyse des Stiftungsstandortes Schweiz, Deutschland, Liechtenstein, Österreich, USA, Basel 2006, 171; *Georg von Schnurbein*, Die gemeinnützige Stiftung als neuer Wirtschaftsfaktor, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Gemeinnützige Stiftung

und Stiftungsmanagement, Zürich 2010, 7; *Anton K. Schnyder*, Zu Genesis und Fortentwicklung des liechtensteinischen internationalen Versicherungsrechts, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof, Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 873; *ders*, IPR-Fragen zur Anerkennung liechtensteinischer Stiftungen, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Zivil- und gesellschaftsrechtliche Fragen zur Führung und Abwicklung von Stiftungen, Zürich/Basel/Genf 2015, 1; *Johannes von Schönfeld*, Der Gemeinnützigkeitsbegriff im liechtensteinischen Recht – Pflichtteilsrechtliche Chancen und Möglichkeiten, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Der Generationenwechsel in der Stiftungslandschaft: Band des 4. Liechtensteinischen Stiftungsrechtstages 2011, Zürich 2012, 38; *ders*, Die Partei- und Prozessfähigkeit einer gelöschten Verbandsperson, LJZ 2013, 49; *ders*, Die gemeinnützige Organisation als Instrument zur Asset Protection, Eine liechtensteinische und europäische Betrachtung, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Handbuch des Vermögensschutzes für Liechtenstein, Österreich und die Schweiz, Wien 2015, 248; *Alexander Schopper*, Liechtensteinische und österreichische Stiftung im Internationalen Privatrecht, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof, Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 889; *Benno Schubiger*, Foundation Governance am Beispiel des Swiss Foundation Code, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Gemeinnützige Stiftung und Stiftungsmanagement, Zürich 2010, 121; *Yvonne Schuchter*, Die Behandlung von liechtensteinischen Stiftungen im österreichischen Abgabenrecht, NZ 2009/88; *dies*, Eckpunkte der neuen Stiftungseingangssteuer, taxlex 2008, 229; *dies*, Zuwendungsbesteuerung neu, taxlex 2008, 224; *Hubertus Schumacher*, Richterliche Stiftungsaufsicht im Ausserstreitverfahren, ZVglRWiss 2012, 366; *ders*, Schiedsgerichtsbarkeit zur Lösung stiftungsrechtlicher Streitigkeiten, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Wandel im materiellen Stiftungsrecht und grenzüberschreitende Rechtsdurchsetzung durch Schiedsgerichte, Zürich/Basel/Genf 2013, 145; *ders*, „Abschließend erledigte Streitpunkte“ im Berufungs- und Revisionsverfahren, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof, Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 925; *Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann* (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof, Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013; *Patrick Schürmann*, Pflichtteilsansprüche sowie Privat- bzw Familienstiftungen – eine Rechtsvergleichung der liechtensteinischen Bestimmungen mit den österreichischen, den schweizerischen und den französischen Bestimmungen, Diss Salzburg 2006; *ders*, Gemeinnützige Stiftung und Stiftungsmanagement, Zürich/Basel/Genf 2010; *Francesco A. Schurr*, Begünstigtenrechte im Wandel der Zeit – Auskunft, Zuwendung und Asset Protection, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Wandel im materiellen Stiftungsrecht und grenzüberschreitende Rechtsdurchsetzung durch Schiedsgerichte, Zürich/Basel/Genf 2013, 99; *ders*, Abberufung von Stiftungsorganen in Liechtenstein, PSR 2013/5; *ders*, Die Einflussrechte des Stifters – eine Gratwanderung?, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Der Generationenwechsel in der Stiftungslandschaft: Band des 4. Liechtensteinischen Stiftungsrechtstages 2011, Zürich 2012, 45; *ders*, Haftung des Trustee für Investitionsentscheidungen – Rechtsvergleichende Überlegungen zum Breach of Trust unter

Berücksichtigung der Asset Protection, LJZ 2012, 43; *ders*, Mitsprache des Stifters – Überlegungen zum liechtensteinischen Stiftungsrecht, PSR 2012/4; *ders*, Die Stiftung mit unternehmerischer Verantwortung: Eine Untersuchung der unternehmensbezogenen Enttypisierung der Stiftung in Deutschland, Österreich und Italien, Baden-Baden 1998; *ders*, Spurfolgerecht neu interpretiert oder Ende des liechtensteinischen Trusts?, LJZ 2011, 170; *ders*, Zur Umwandlung einer Familienstiftung in eine gemeinnützige Stiftung – zugleich eine Besprechung des Beschlusses des OGH vom 3.12.2010, 10. HG.2009.247-55, LES 2011, 21, LJZ 2011, 68; *ders*, Verhältnis der Trustee zum Errichter und zu den Begünstigten beim liechtensteinischen Trust, Liechtenstein-Journal 2011, 7; *ders*, Die Rechtsstellung der Begünstigten im liechtensteinischen Trustrecht, PSR 2011/5; *ders*, Der Liechtensteinische Trust als alternatives Gestaltungsinstrument zur Stiftung, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Das neue liechtensteinische Stiftungsrecht – Anwendung, Auslegung und Alternativen, Zürich 2012, 133; *ders*, Die Foundation Governance als Schlüsselement im Wettbewerb der Stiftungsrechtsordnungen, PSR 2010/13; *ders*, Die gemeinnützige Stiftung in Liechtenstein – Potenzial für die Zukunft, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Gemeinnützige Stiftung und Stiftungsmanagement, Zürich 2010, 63; *ders*, Beneficiary Principle als zentrales Element für die Wirksamkeit von Trusts, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof, Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 937; *ders*, Zivil- und gesellschaftsrechtliche Fragen zur Führung und Abwicklung von Stiftungen, Zürich/Basel/Genf 2015; *ders*, Irrtum des wirtschaftlichen Stifters bei Stiftungserrichtung, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Zivil- und gesellschaftsrechtliche Fragen zur Führung und Abwicklung von Stiftungen, Zürich/Basel/Genf 2015, 29; *ders*, Handbuch des Vermögensschutzes für Liechtenstein, Österreich und die Schweiz, Wien 2015; *ders*, Wesensmerkmale der Asset Protection anhand ausgewählter Fragen des liechtensteinischen Rechts, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Handbuch des Vermögensschutzes für Liechtenstein, Österreich und die Schweiz, Wien 2015, 1; *ders*, 5 Jahre neues Stiftungsrecht: Unternehmensträgerschaft, Haftung, Anerkennung und Philanthropie, Zürich/Basel/Genf 2017; *ders*, Aktuelle Fragen zur Behandlung liechtensteinischer Stiftungen im internationalen Privatrecht, in Francesco A. Schurr (Hrsg), 5 Jahre neues Stiftungsrecht: Unternehmensträgerschaft, Haftung, Anerkennung und Philanthropie, Zürich/Basel/Genf 2017, 101; Francesco A. Schurr/Simone Büchel, Überlegungen zur Anpassung und Änderung des Stiftungszwecks durch den Stifter bzw durch ein Organ der Stiftung, Liechtenstein-Journal 2009, 110; Francesco A. Schurr/Alexandra Butterstein, Konfliktvermeidung und Konfliktlösung bei der liechtensteinischen Stiftung, SPWR 2018, 215; Francesco A. Schurr/Johannes Gasser/Thomas Hosp, Verantwortlichkeit und Abberufung des Stiftungsrats – Privatrechtliche und steuerrechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Unternehmensträgerstiftung, LJZ 2012, 166; Francesco A. Schurr/Ines Wohlgenannt, Die Auslegung von Stiftungsdokumenten anhand der Andeutungstheorie im liechtensteinischen Stiftungsrecht, Jahrbuch Stiftungsrecht 2011, 269; *dies*, Einführung der segmentierten Verbandsperson in das liechtensteinische Personen- und Gesellschaftsrecht (PGR), LJZ 2015, 23; Rolf A. Schütze, Prozessrechtsvergleichung, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster

Gerichtshof, Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 913; *Andreas Schwartz*, Die Obliegenheit des Käufers zur Mängelrüge in Liechtenstein aufgrund von § 347 ADHGB im Lichte neuerer Entwicklungen dieses Rechtsinstituts, in *Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann* (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof, Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 951; *Helmut Schwärzler*, Grenzüberschreitende Rechtsdurchsetzung stiftungsrechtlicher Ansprüche, insbesondere von Begünstigtenrechten, in *Francesco A. Schurr* (Hrsg), Wandel im materiellen Stiftungsrecht und grenzüberschreitende Rechtsdurchsetzung durch Schiedsgerichte, Zürich/Basel/Genf 2013, 129; *Helmut Schwärzler/Martin Hermann/Sara Sahranavard*, Vertrauensverlust in Stiftungsräte, Änderungen der Standesrichtlinien der Liechtensteinischen Treuhandskammer, Standesrechtliche Möglichkeiten Organe und Trustees Liechtensteinischer Strukturen auszuwechseln, PSR 2019, 93; *Helmut Schwärzler/Jürgen Wagner*, Verantwortlichkeit im liechtensteinischen Gesellschaftsrecht, Liechtenstein-Journal 2012, 38; *dies*, Verantwortlichkeit im liechtensteinischen Gesellschaftsrecht, 2. Aufl, Schaan 2012; *Michael Schwimann*, Grundriss des internationalen Privatrechts, Wien 1992; *ders*, Internationales Privatrecht, 3. Aufl, Wien 2001; *ders* (Hrsg), Praxiskommentar zum Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch samt Nebengesetzen, 2. Aufl, Wien 1997; *Michael Schyle*, Brennpunkte des liechtensteinischen Stiftungsrechts im Lichte insb der neueren Rechtsprechung, LJZ 2004, 181; *Hugo Sele/Matthias Marxer/Susanne Nardi*, Eine genaue Betrachtung der organinternen Stellvertretung, LJZ 2016, 63; *Demian Sotbarn*, Änderung des Beistatutes einer liechtensteinischen Familienstiftung – gleichzeitig Anmerkung zu OGH LES 2012, 209, LJZ 2013, 59; *Matthias Söffing*, Die transparente liechtensteinische Stiftung, Liechtenstein-Journal 2010, 76; *Thomas Sprecher*, Die Revision des schweizerischen Stiftungsrechts, Zürich/Basel/Genf 2006; *ders*, Foundation Governance Codes – Erfahrungen aus der Schweiz und Chancen für Liechtenstein, in *Francesco A. Schurr* (Hrsg), 5 Jahre neues Stiftungsrecht: Unternehmensträgerschaft, Haftung, Anerkennung und Philanthropie, Zürich/Basel/Genf 2017, 137; *ders*, Stiftungsrecht in a nutshell, Zürich/St. Gallen 2017; *Thomas Sprecher/Philipp Egger/Georg von Schmurbain*, Swiss Foundation Code 2015: Grundsätze und Empfehlungen zur Gründung und Führung von Förderstiftungen, Basel 2015; *Thomas Sprecher/Ulysses von Salis-Lüttolf*, Die schweizerische Stiftung: Ein Leitfaden, Zürich 1999; *Martin Sprenger*, Das liechtensteinische Treuhandgeschäft im Umbruch, Liechtenstein-Journal 2010, 14; *Markus Stadlmann*, Vermögensverwaltung und Vermögenserhaltung bei gemeinnützigen Stiftungen, in *Francesco A. Schurr* (Hrsg), Gemeinnützige Stiftung und Stiftungsmanagement, Zürich 2010, 167; *Jasper Stallmann*, Fehlerhafte Beschlüsse in der Stiftung bürgerlichen Rechts, Hamburg 2014; *Christian Stangl*, Steuerschuldnerschaft bei Zuwendungen an und von intransparente(n) liechtensteinische(n) Stiftungen, ZFS 2015, 217; *Julius Staudinger/Rainer Hüttemann/Peter Rawert*, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, Buch 1: Allgemeiner Teil §§ 80-89 (Stiftungsrecht), Berlin 2011; *Alfred Steinbrugger*, Die Besteuerung der liechtensteinischen Stiftung, ZFS 2006, 21; *ders*, Die Stiftung nach dem Recht des Fürstentums Liechtenstein, Vaduz 1998; *Alfred Steinbrugger/Klaus Stark*, Die Besteuerung der liechtensteinischen Stiftung, ZFS 2006/21; *Gerhard Steiner*, „Fluch oder

Segen" – das Steuerabkommen mit Liechtenstein (Teil II), taxlex 2013, 151; *ders*, Fluch oder Segen – das Steuerabkommen mit Liechtenstein (Teil I), taxlex 2013, 99; *Stefanie Steiner*, Ausschlaggebende Hindernisse auf dem Weg zur Europäisierung des Stiftungsrechts, GES 2012, 171; *Arndt Stengel*, Hessisches Stiftungsgesetz – Kommentar, Wiesbaden 1994; *ders*, Stiftung und Personengesellschaft: Die Beteiligung einer Stiftung an einer Personengesellschaft des Handelsrechts, Baden-Baden 1993; *Christine Mathilde Steufert*, Strafrechtlicher Vermögensschutz in Stiftungen – eine grenzüberschreitende Betrachtung, Hamburg 2014; *Georg A. Stöckl*, Privatstiftung und Pflichtteilsrecht: Stifterrechte nach österreichischem und liechtensteinischem Recht im Spannungsverhältnis erbrechtlicher Pflichtteilsverkürzung, Saarbrücken 2009; *Heinz Josef Stotter* (Hrsg), Die liechtensteinische Konkursordnung (KO), 2. Aufl, Vaduz 1990; *Rudolf Strasser*, Gedanken zu einem aus Begünstigten zusammengesetzten Beirat einer Privatstiftung, JBI 2000, 487; *Wolfgang Strub*, Der Geheimnisschutz im liechtensteinischen Treuhandwesen, Diss Bern 1987; *Carl Otto Stuckel/Alexander Remplik/Thomas Wachter*, Anmerkungen zum Teilurteil des OLG Düsseldorf vom 30.04.2010, AZ: 22 U 126/06 (Unwirksame Errichtung einer liechtensteinischen Familienstiftung bei Steuerhinterziehung als Hauptzweck), ZEV 2010, 528; *Nicole Stürzenbaum*, Vierter liechtensteinischer Stiftungsrechtstag, PSR 2011/55; *Markus Summer*, „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser" – die Auskunftsrechte von Begünstigten im liechtensteinischen Stiftungs- und Treuhandrecht, LJZ 2005, 36; *Pia Summer/Domenik Vogt*, Juristische Personen als Träger von Stiftungsrechten bei altrechtlichen Stiftungen?, PSR 2017, 25; *Helmut Tades/Gerhard Hopf/Georg Kathrein/Johannes Stabentheiner* (Hrsg), Das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch - ABGB, Wien 2009; *Michael Tanzer*, Liechtensteinische (Privat-)Stiftungen und ihre typenmässige Einordnung sowie Einkünfte-trägerschaft im österreichischen Ertragssteuerrecht, ZFS 2012, 13; *ders*, Der ertragsteuerrechtliche Durchgriff durch eine österreichische oder liechtensteinische Privatstiftung, PSR 2010/29; *Gerald Toifl*, Nochmals: Die liechtensteinische Familienstiftung im österreichischen Abgaberecht, RdW 2008/387; *ders*, Liechtensteinische Stiftungen – Irrwege der Intransparenz, taxlex 2008, 234; *Ulrich Torggler*, Zur Business Judgment Rule gem Art 182 Abs 2 PGR, LJZ 2009, 56; *ders*, Rechtsvergleichende Anmerkungen zur liechtensteinischen Foundation Governance, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Das neue liechtensteinische Stiftungsrecht – Anwendung, Auslegung und Alternativen: Band des 3. Liechtensteinischen Stiftungsrechtstages 2010, Zürich 2012, 87; *Valerie Toscani*, 4. Liechtensteinischer Stiftungsrechtstag, GesRZ 2011, 332; *Klaus Tschütscher*, Das neue liechtensteinische Stiftungsrecht – Entstehungsgeschichte und Gesamtüberblick, LJZ 2008, 79; *ders*, Umriss der Stiftungsreform, in Hochschule Liechtenstein, Vaduz (Hrsg), Das neue Liechtensteinische Stiftungsrecht, Vaduz 2008, 1; *Benjamin Twardosz*, Das Steuerabkommen mit Liechtenstein – Ein Vergleich mit dem Abkommen Schweiz und Auswirkungen auf die liechtensteinische Stiftung, ÖBA 2013, 158; *Anton J. Ulmer*, Zur Frage der Anerkennung liechtensteinischer Sitzgesellschaften in Europa: unter besonderer Berücksichtigung der deutschen und österreichischen Rechtslage, Diss Innsbruck 1996; *Michael Umfahrer* (Hrsg), 10 Jahre Privatstiftungsrecht in Österreich: Tag des Lateinischen Notariats

2003, Wien 2004; *Manfred Umlauf*, Zwei zentrale Fragen des Anrechnungsrechts im Pflichtteilsrecht, Kritische Überlegungen zur jüngsten Rechtsprechung des österreichischen Obersten Gerichtshofs, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof: Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 969; *Wilhelm Ungerank*, Rechtsprechung zum Liechtensteinischen Stiftungsrecht (2012), in Francesco A. Schurr (Hrsg), Wandel im materiellen Stiftungsrecht und grenzüberschreitende Rechtsdurchsetzung durch Schiedsgerichte, Zürich/Basel/Genf 2013, 1; *ders*, Aktuelle Rechtsprechung zum Liechtensteinischen Stiftungsrecht, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Wandel im materiellen Stiftungsrecht und grenzüberschreitende Rechtsdurchsetzung durch Schiedsgerichte, Band des 5. Liechtensteinischen Stiftungsrechtstages, 1 (4); *ders*, Rechtsprechung zum liechtensteinischen Stiftungsrecht, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Der Generationenwechsel in der Stiftungslandschaft: Band des 4. Liechtensteinischen Stiftungsrechtstages 2011, Zürich 2012, 38; *ders*, Das neue Verlassenschaftsverfahren, LJZ 2011, 178; *ders*, Zur Zulassung des Nebenintervenienten, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof, Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 985; *ders*, Neulich beim BGH oder, Die Anerkennung der liechtensteinischen Anstalt, LJZ 2015, 44; *ders*, Rechtsprechung zum liechtensteinischen Stiftungsrecht (2013), in Francesco A. Schurr (Hrsg), Zivil- und gesellschaftsrechtliche Fragen zur Führung und Abwicklung von Stiftungen, Zürich/Basel/Genf 2015, 15; *ders*, Rechtsprechung zum liechtensteinischen Stiftungsrecht, in Francesco A. Schurr (Hrsg), 5 Jahre neues Stiftungsrecht: Unternehmensträgerschaft, Haftung, Anerkennung und Philanthropie, Zürich/Basel/Genf 2017, 49; *Daniel Varro*, Steuerabkommen mit Liechtenstein, ecolex 2013, 273; *Philip Vondrak*, SchenkMG 2008 – Änderungen in der Stiftungsbesteuerung, GES 2008, 234; *ders*, Die Zukunft der liechtensteinischen Stiftung aus österreichischer steuerrechtlicher Sicht, ecolex 2013, 914; *ders*, Zuwendungen an in- und ausländische Stiftungen: alle sind gleich, aber manche sind gleicher, ZFS 2013, 50; *Wlfried Vyslozil/Ulla Sensburg*, Vereinbarkeit von Wirtschaftlichkeit und gemeinnützigem Tun, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Gemeinnützige Stiftung und Stiftungsmanagement, Zürich 2010, 151; *Ernst J. Walch/Simon Ott*, Asset Protection – Role Model Liechtensteins, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Handbuch des Vermögensschutzes für Liechtenstein, Österreich und die Schweiz, Wien 2015, 81; *Jasmin Walch*, Überwachung und Beaufsichtigung von privatnützigen Stiftungen unter besonderer Berücksichtigung des Rechtsweges – Aktuelle Problematik und Skizzierung von Lösungsvorschlägen, LJZ 2012, 69; *dies*, Das revidierte liechtensteinische Stiftungsrecht: Eine Präsentation des neuen Modells der Foundation Governance unter besonderer Berücksichtigung der Auskunft- und Informationsrechte der Begünstigten in einer privatnützigen Stiftung, Masterarbeit St Gallen 2009; *Jasmin Walch*, § 1489a ABGB im System des liechtensteinischen Verjährungsrechts, Zürich 2016; *Jürgen Wagner*, Stiftung und Verein, Liechtenstein-Journal, 2012, 77; *ders*, Noch nicht erledigt: die „Anerkennung“ von Gesellschaften, Liechtenstein-Journal 2009, 12; *Jürgen Wagner/Rainer Hepberger*, Neues Stiftungsrecht in Liechtenstein (Teil 1): Schritte zur Reform, Jus & News 2004, 295; *Manuel Walser*, Revisionspflicht bei Holding-Stiftungen, LJZ 2018, 43;

Markus H. Wanger, Die liechtensteinische Stiftung, Art 552 § 1-41 PGR: ein Kommentar für Fachleute und Praktiker, Berlin 2011; *ders*, Family office & private wealth management: a handbook for practitioners and families, Berlin 2011; *ders*, Family Office and Family Secretariat: a handbook for practitioners and families, Berlin 2010; *ders*, Liechtensteinisches Stiftungsrecht: ein Kompendium für Richter, Staatsanwälte, Beamte und Praktiker, Berlin 2010; *ders*, Die liechtensteinische Anstalt: im Spannungsfeld zwischen AG und Stiftung, Berlin 2010; *ders*, Die Liechtensteinische Treuhänderschaft (Trust): ein Kompendium für Praktiker, Berlin 2010; *ders*, Liechtenstein company taxes in a nutshell, Berlin 2010; *ders*, die Stiftung im liechtensteinischen Recht, in Philipp Egger/Bernd Helmig/Robert Purtschert (Hrsg), Stiftung und Gesellschaft: eine komparative Analyse des Stiftungsstandortes Schweiz, Deutschland, Liechtenstein, Österreich, USA, Basel 2006; *ders*, Liechtenstein, in Rupert Strachwitz/Florian Mercker (Hrsg), Stiftungen in Theorie, Recht und Praxis, Handbuch für ein modernes Stiftungswesen, Berlin 2005; *ders*, Stiftungen in Liechtenstein, Schweizer Monatshefte 2004, 23; *ders*, Die liechtensteinische Privatrechtsstiftung: mit einer Darstellung des liechtensteinischen Gerichtssystems, Vaduz 2000; *ders*, Liechtensteinisches Wirtschafts- und Gesellschaftsrecht: AG, Anstalt, Stiftung, Trust und Treuunternehmen: mit einer Einführung in das liechtensteinische Schiedsverfahren, Vaduz 2000; *ders*, Die liechtensteinische Treuhänderschaft zwischen Trust und Treuhand: eine rechtsdogmatische und -vergleichende Untersuchung aufgrund der Weisungsbestimmungen des Art 918 PGR, Mauren 1995; *ders*, Die Stiftung im liechtensteinischen Recht, Vaduz 1994; *Martin Weber*, Feststellungsbegehren und § 43 ZPO – Bedeutet ein Unterliegen mit dem Feststellungsbegehren immer auch ein Unterliegen dem Grunde nach?, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof, Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 1003; *Birgit Weitmeyer*, Neue Tendenzen im europäischen Stiftungsrecht unter besonderer Berücksichtigung des Gemeinnützigkeitsrechts, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Der Generationenwechsel in der Stiftungslandschaft: Band des 4. Liechtensteinischen Stiftungsrechtstages 2011, Zürich 2012, 67; *Stefan Wenaweser*, Ausgewählte Fragen zum liechtensteinischen Treuhänderschaftsrecht, LJZ 2005, 7; *ders*, Zur Rezeptionsfrage der Treuhänderschaft und ihrem Anwendungsbereich nach liechtensteinischem Recht, LJZ 2001, 1; *ders*, Anforderungen an eine gültige Errichtung und Sanierung eines mangelhaften Errichtungsgeschäfts bei altrechtlichen Stiftungen, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Zivil- und gesellschaftsrechtliche Fragen zur Führung und Abwicklung von Stiftungen, Zürich/Basel/Genf 2015, 45; *Alexandra Wilhelm*, Die Anfechtung von Stiftungen: erb-, ehe- und andere zivilrechtliche Aspekte im Vergleich Österreich - Liechtenstein, Diss Wien 2012; *Ines Wohlgenannt*, Wandel im materiellen Stiftungsrecht und grenzüberschreitende Rechtsdurchsetzung durch Schiedsgerichte, Bericht über den 5. Liechtensteinischen Stiftungsrechtstag, IEV 2013, 15; *dies*, Beeinflussung und Befruchtung des österreichischen Privatstiftungsrechts und des liechtensteinischen Stiftungsrechts, Podiumsdiskussion in Vaduz, PSR 2010/24; *dies*, Stiftermehrheit als Mittel zur Asset Protection, Ein Vergleich zwischen Österreich und Liechtenstein, LJZ 2014, 35; *dies*, Verbot von Selbstzweckstiftungen in Österreich und Liechtenstein unter

besonderer Berücksichtigung der Unternehmensträgerstiftung, Wien 2015; *dies*, Vermögensopfertheorie im Spannungsfeld des Vermögensschutzes, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Handbuch des Vermögensschutzes für Liechtenstein, Österreich und die Schweiz, Wien 2015, 204; *Christian Wilplinger/Jacqueline Edelsbrunner*, Die liechtensteinische Stiftung – wann gilt noch das Steuerabkommen mit Österreich?, *ecolex* 2018, 218; *Christian Wilplinger/Caroline Steininger*, Die Steuerabkommen Schweiz bzw Liechtenstein im Lichte des AIA, PSR 2016, 73; *Alexander Wittwer*, Liechtenstein und das Europäische Zivilprozessrecht, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof, Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 1035; *Peter Wolff*, Österreichische Privatstiftung: von der Gründung bis zur Auflösung, Wien 2012; *ders*, Abberufungsverfahren vor dem Schiedsgericht, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Wandel im materiellen Stiftungsrecht und grenzüberschreitende Rechtsdurchsetzung durch Schiedsgerichte, Zürich/Basel/Genf 2013, 173; *Wolfgang Zankl*, Fehler bei der Vermögensweitergabe von Todes wegen, LJZ 2007, 41; *Gerold Zeiler*, Die Stiftung als Partei von Schiedsvereinbarungen im österreichischen Recht, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Wandel im materiellen Stiftungsrecht und grenzüberschreitende Rechtsdurchsetzung durch Schiedsgerichte, Zürich/Basel/Genf 2013, 217; *ders*, Zur schiedsgerichtlichen Anfechtung von Gesellschafterbeschlüssen, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof: Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 1055; *Alexandra Zeiter*, Die Erbstiftung: (Art 493 ZGB), Diss Freiburg 2001; *Johannes Zollner*, Die eigennützige Privatstiftung aus dem Blickwinkel der Stiftungsbeteiligten, Wien 2011; *ders*, Stiftungsdemografie, PSR 2010/40; *ders*, Perspektiven des Stiftungsrechts in der Schweiz und in Europa, 1. Zürcher Stiftungsrechtstag, PSR 2010/23; *ders*, Das Informationsrecht der Begünstigten als Baustein der Foundation Governance – eine kritische Würdigung, PSR 2009/13; *ders*, Der Verzicht auf eine Begünstigtenstellung – Überlegungen zum österreichischen und liechtensteinischen Stiftungsrecht, in Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hrsg), 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof, Festschrift für Gert Delle Karth, Wien 2013, 1075; *ders*, Interessenkollisionen beim Verhalten des Stiftungsrats/Stiftungsvorstands – Eine Untersuchung aus österreichischer und liechtensteinischer Sicht, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Zivil- und gesellschaftsrechtliche Fragen zur Führung und Abwicklung von Stiftungen, Zürich/Basel/Genf 2015, 63; *ders*, Gestaltungsrechte des Stifters im Spannungsfeld zum Vermögensschutz, in Francesco A. Schurr (Hrsg), Handbuch des Vermögensschutzes für Liechtenstein, Österreich und die Schweiz, Wien 2015, 161; *Günther Zorn*, Die gebräuchlichsten Gesellschaftsformen im Fürstentum Liechtenstein, *persaldo* 2000, 35; *Nikolaus Zorn*, VwGH zu nicht betrieblich veranlassten Zinszahlungen an liechtensteinische Stiftung, RdW 2016, 163; *Thomas Zwiefelhofer*, Die Kontroll- und Überwachungsorgane einer Stiftung und ihre Aufgaben, in Hochschule Liechtenstein, Vaduz (Hrsg), Das neue Liechtensteinische Stiftungsrecht, Vaduz 2008, 121.

Inhaltsverzeichnis	Rz
A. Internationales Stiftungsstatut	1
B. Anerkennung liechtensteinischer Stiftungen im Ausland	2
I. Deutschland	2
II. Österreich	3
III. Schweiz	4
IV. EU und EWR	6
V. USA	8
C. Zeitlicher Anwendungsbereich	9
I. Neurechtliche Stiftungen	9
II. Altrechtliche Stiftungen	10
III. Intertemporales Recht	11
IV. Rückwirkende Anwendung der Rechtsprechung und des Verfahrensrechts	12
D. Auf Stiftungen zusätzlich anwendbares Recht	14
I. Stiftungsrechts-Verordnung	14
II. Allgemeine Bestimmungen im PGR	15
III. TrUG	16
E. Gerichtsstand	21

A. Internationales Stiftungsstatut

- 1 Erst mit der Revision LGBL 1997/19 vollzog Liechtenstein nach Schweizer Vorbild (Art 154 Abs 1 chIPRG) einen Paradigmenwechsel dahin, dass es seitdem der sog **Gründungs- oder Inkorporationstheorie** folgt (Art 232 Abs 1 PGR): Je nachdem, ob eine Verbandsperson (juristische Person) nach ausländischem oder inländischem Recht organisiert ist, dh ihre Statuten ausländisches oder inländisches Recht als anwendbar erklären oder sie ausländische oder inländische Publizitäts- oder Registriervorschriften erfüllt oder, falls solche Vorschriften nicht bestehen, sich nach ausländischem oder inländischem Recht organisiert hat, ist sie hinsichtlich des Privatrechts als ausländische oder inländische Verbandsperson anzusehen und das entsprechende ausländische oder das inländische Recht findet auf diese Anwendung. Sie hat im internationalen Verhältnis dort auch ihren Sitz (Art 232 Abs 1 PGR idF LGBL 1997 Nr 19). Erfüllt eine Verbandsperson diese Voraussetzungen nicht, so untersteht sie dem Recht des Staates, in dem sie tatsächlich verwaltet wird (Abs 2 leg cit). Demnach bestimmt das Inkorporationsstatut den Anknüpfungspunkt für das auf die Verbandsperson bzw Stiftung anwendbare Recht. Nur subsidiär, wenn die Verbandsperson die Voraussetzungen des Abs 1 nicht erfüllt, untersteht sie dem Recht des Staates, in dem sie tatsächlich verwaltet wird (vgl U 01.02.2019, 3 CG. 2012.236, LES 2019, 36; U 04.05.2018, 03 CG.2016.312 Erw 8.1., LES 2018, 146; U 07.10.2016, 06 CG.2013.24 Erw 8.2; U 07.10.2016, 08 CG.2009.407, GE 2017, 164 = LJZ 2016, 86/I, Erw 10.1.1 mBVA bestätigt durch StGH 30.10.2017, StGH 2016/124, GE 2018, 292; U 03.12.2015, 07 CG.2014.195, GE 2017, 36; U 10.04.2015, 07 CG.2010.44, GE 2016, 33; U 06.02.2015, OGH.2014.162, OGH

2014.163, OGH.2014.164, GE 2016, 14; U 19.07.2005, 09.Cg.2000.137, LES 2006, 250; U 23.10.1995, S 95 ff zit nach U 01.07.1996, 6 C 410/91-20, LES 1998, 97; *Kohler* in IPRax 1997, 309 [311] = Nachdruck in Jus & News 1997, 281; *Appel* in RabelsZ 61 [1997] 510 f [534, 536]; vgl zur früher vom OGH angewendeten „materiellen Sitztheorie“ U 01.10.2008, 5 CG.1999.109, LES 2009, 67; U 25.02.1991, 02 C 341/87-61, LES 1991, 162). Hinsichtlich der sie betreffenden rechtlichen Beziehungen erlangt also liechtensteinisches Privatrecht, vornehmlich das Personen- und Gesellschaftsrecht vom 20.01.1926, LGBI 1926/4 idgF (PGR), sowie für altrechtliche Stiftungen aufgrund des beschränkten Generalverweises in Art 552 Abs 4 PGR aF das Gesetz vom 10.04.1928 über das Treuunternehmen, LGBI 1928/6 idgF, eingeschoben nach Art 932 PGR als Art 932a §§ 1 bis 170 (TrUG) Geltung.

B. Anerkennung liechtensteinischer Stiftungen im Ausland

I. Deutschland

Grundsätzlich ist eine im EWR-Mitgliedstaat Liechtenstein nach dessen Vorschriften wirksam gegründete Kapitalgesellschaft in einem anderen Vertragsstaat des EWR-Abkommens auf der Grundlage der darin garantierten **Niederlassungsfreiheit** (Art 31 EWR-A) – unabhängig vom Ort ihres tatsächlichen Verwaltungssitzes – in der Rechtsform anzuerkennen, in der sie gegründet wurde. Eine liechtensteinische Kapitalgesellschaft ist daher befugt, ihre vertraglichen Rechte in der Bundesrepublik Deutschland geltend zu machen und gerichtlich durchzusetzen (BGH 19.09.2005, II ZR 372/03, NJW 2005, 3351 = EuZW 2005, 733 betreffend eine liechtensteinische AG). Auf ausländische Stiftungen wendet der BGH **stiftungskollisionsrechtlich** das Recht des Satzungssitzes an; das Personalstatut der Stiftung ist dann auch für die Rechtsstellung als Destinatär und die daraus folgenden Ansprüche massgeblich (BGH 08.09.2016 – III ZR 7/15 [OLG München]: betreffend eine ö Privatstiftung; vgl dazu *Butterstein*, Bestimmung des Stiftungsstatus anhand der Grundsätze des internationalen Gesellschaftsrechts, PSR 2018/22). Liechtensteinische Stiftungen werden in Deutschland aber nicht uneingeschränkt anerkannt. In einem eine Stiftung betreffenden Fall wurde deren Ausstattung mit Vermögenswerten durch einen wirtschaftlichen Stifter, der sich gegenüber der Stiftungsverwaltung (insb betreffend Vermögensverwaltung) mit Mandatsvertrag umfassende Weisungsrechte sowie ein Widerrufsrecht vorbehalten hatte, nach deutschem Recht als **Scheingeschäft** beurteilt, weshalb die **Zustiftung nicht wirksam** erfolgte und sohin durch die Erben des wirtschaftlichen Stifters von den beklagten deutschen Begünstigten zurückgefordert werden konnte (vgl OLG Stuttgart U 29.06.2009, 5 U 40/09 (rk) in ZEV 2010, 265 mit Anm von *Blum/Lennert*). In einem anderen Stiftungsfall wurde eine liechtensteinische Familienstiftung in Deutschland **wegen Verstosses gegen den ordre public nicht anerkannt**, weil sie – was sachverhaltsmässig offensichtlich von den Gerichten freizü-

2

gig unterstellt worden war – angeblich hauptsächlich der Steuerhinterziehung gedient haben soll (vgl OLG Düsseldorf U 30.04.2010, 22 U 126/06 in ZEV 2010, 528 mit Anm von *Stucke* und *Wachter*). In deutschen Verfahren gibt es zudem bei Rechtsstreitigkeiten gegen oder in Bezug auf liechtensteinische Stiftungen und Rechtsträger **kein Verwertungsverbot** für Beweise, die aus dem Ankauf von **gestohlenen Bankdaten** durch deutsche Behörden stammen, was aber in der Schweiz und in Liechtenstein sowohl wegen Verletzung des Bankgeheimnisses als auch wegen wirtschaftlichen Nachrichtendienstes (vgl Art 2 FL Staatsschutzgesetz und Art 273 chStGB) gerichtlich strafbar ist (vgl d BVerfG 9.11.2010, 2 BvR 2101/09); vgl dazu unten Art 552 § 1. Vgl auch *Daragan*, Darf Deutschland im Verhältnis zu Liechtenstein die Kapitalverkehrsfreiheit nach Art 40 EWRA wegen fehlender Auskunftspflicht beschränken?, PSR 2012/6; *Ungerank*, Neulich beim BGH oder: Die Anerkennung der liechtensteinischen Anstalt, LJZ 2015, 44.

II. Österreich

- 3 In Österreich werden liechtensteinische Stiftungen grundsätzlich anerkannt. In einem Zivilurteil zu Anfechtungsfragen urteilte der OÖGH 2010 jedoch kritisch, dass Liechtenstein eine „Steuerroase“ und die liechtensteinische Stiftung ein „Briefkasten“ für Bankkonten oder Wertpapierdepots sowie generell, ua wegen des Konkursprivilegs, der faktischen Beherrschung durch den Stifter, mangelnder gesetzlicher Unvereinbarkeitsbestimmungen oder der Anonymität der Stiftungserrichtung, **„missbrauchsanfällig“** sei. Deshalb seien auch in Anfechtungsverfahren an das Erfordernis der Bösgläubigkeit der Organe einer liechtensteinischen Stiftung, die von einem Anfechtungsschuldner für die Stiftung Vermögenswerte in Empfang nähmen, keine zu hohen Anforderungen zu stellen; komme es im Anfechtungsrecht ansonsten zumindest auf die für den Empfänger erkennbare Benachteiligungsabsicht des Schuldners an, genüge es bei der **„missbrauchsanfälligen“** liechtensteinischen Stiftung, bei der der Stifter weiterhin Einfluss üben könne, offenbar, dass der Stiftungsrat ein **„ahnungsloses, als Werkzeug missbrauchtes“** Opfer war (öOGH U 26.05.2010, 3 Ob 1/10h, PSR 2010, 137 = Ges 2010, 172 = ZFS 2010, 116 (*Hosp*); vgl auch *Zollner*, Die eigennützige Privatstiftung aus dem Blickwinkel der Stiftungsbeteiligten, 67 ff, krit *Schauer*, Das neue Stiftungsrecht in der Praxis – erste Zwischenbilanz unter besonderer Berücksichtigung der Rsp, in Schurr (Hrsg), Das neue liechtensteinische Stiftungsrecht – Anwendung, Auslegung und Alternativen, 83 f).

III. Schweiz

- 4 Auch in der Schweiz werden liechtensteinische Stiftungen grundsätzlich anerkannt. Dies selbst dann, wenn es sich um sog **Familienunterhaltsstiftungen** handelt, die also voraussetzungslose Ausschüttungen an Destinatäre ausrich-

ten, was nach schweizerischem Recht aufgrund des Verbots der Errichtung von Familienfideikommissen (Art 335 Abs 2 ZGB) nicht zulässig ist. Dieses Verbot sieht das Schweizer Bundesgericht aber nicht als eine „*loi d'application immédiate*“ iSv Art 18 chIPRG an, welche die Anwendung eines ausländischen Gesetzes zu verdrängen vermag, die, anders als das Schweizer Recht, die Errichtung von Familienunterhaltstiftungen für zulässig erklärt (BGE 135 III 614, Erw 4; vgl dagegen noch BGE 108 II 398; *Künzle*, Vermögensschutz mit liechtensteinischen Strukturen aus schweizerischer Sicht, in Schurr [Hrsg], Vermögensschutz, 139 ff). Jedoch entschied das Bundesgericht im Zusammenhang mit liechtensteinischen Stiftungen, dass gegenüber dem legitimen Interesse der Erben an Information über allfällige Geldleistungen an liechtensteinische Stiftungen das **Geheimhaltungsinteresse der Stiftung zurücktreten** müsse. Ein Willensvollstrecker sei demnach gegenüber den Erben auskunftspflichtig, selbst wenn dessen (gleichzeitige) Stellung als Organ dieser Stiftung eine Interessenkollision mit sich bringe (BGE 90 II 365; vgl auch BGE 132 III 677 betreffend eine liechtensteinische Anstalt). Parkiert ein (schwedischer) Stifter einer liechtensteinischen Stiftung Gelder bei einer Schweizer Bank, indem er diese dort auf ein Stiftungskonto einzahlt, begründet dies ein Vertragsverhältnis zwischen der Bank und ihm, das nicht nur ihn, sondern auch seine **Erben** zur Auskunft berechtigt. Es genügen sogar nur Anhaltspunkte für solche Einzahlungen, und das **Bankgeheimnis** (Art 47 chBankG) gibt keinen Schutz vor Auskunftsansprüchen der Erben (BGE 133 III 664).

Zum umgekehrten **Haftungsdurchgriff** durch eine liechtensteinische Gesellschaft vor Schweizer Gerichten vgl BGE 108 II 213; vgl zu einer **Sitzverlegung** einer Schweizer Gesellschaft nach Liechtenstein und ihrer Wiedereintragung in der Schweiz wegen Gläubigerschutzes BGE 95 I 60 (Metallinvest).

5

IV. EU und EWR

Art 40 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum vom 2. Mai 1992 (EWR-A) regelt bzw schützt den Kapitalverkehr innerhalb des EWR-Raumes, zu dem auch Liechtenstein zählt. Danach kann jeder EWR-Staatsbürger bzw jede in einem EWR-Staat rechtmässig errichtete Gesellschaft in einem anderen EWR-Staat Grund bzw Gesellschaftsanteile erwerben. Auch liechtensteinische Stiftungen **können** grundsätzlich **im gesamten EU- bzw EWR-Raum Vermögenswerte erwerben** (EuGH 23.09.2003, Rs C-452/01I, *Margarethe Ospelt/Schlössle Weissenberg Familienstiftung*: betreffend landwirtschaftliche Grundstücke, deren Erwerb jedoch grundverkehrsrechtlich beschränkt werden darf). Art 40 EWR-A steht nationalen Rechtsvorschriften jedoch nicht entgegen, wonach Gesellschaften mit satzungsmässigem Sitz im Gebiet eines Mitgliedstaats der Europäischen Union von der Steuer auf den Verkehrswert von im Gebiet dieses Staates belegenen Immobilien befreit sind, während diese Befreiung für eine Gesellschaft mit sat-

6

zungsmässigem Sitz im Gebiet eines zum Europäischen Wirtschaftsraum gehörenden Drittstaats (in casu Anstalt in Liechtenstein) vom Bestehen eines zwischen dem genannten Mitgliedstaat und diesem Drittstaat zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerflucht geschlossenen Amtshilfeabkommens oder davon abhängig ist, dass diese juristischen Personen aufgrund eines Staatsvertrags, der eine Bestimmung über ein Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit enthält, keiner höheren Besteuerung unterworfen werden dürfen als im Gebiet eines Mitgliedstaats ansässige Gesellschaften (EuGH 28.10.2010, Rs C-72/09, **Rimbaud**, IStR 22/2010, 842 mit krit Anm von *Wenz/Wüschel*). Unter solchen Umständen ist also eine **Diskriminierung** liechtensteinischer Stiftungen im EU- bzw EWR-Ausland gerechtfertigt und sohin europarechtskonform (vgl auch EFTA-GH 09.07.2014, E-3/13 – **Fred Olsen and Others v Staten v/Sentralskattekontoret for storbedrifter**, wo es um einen liechtensteinischen **Trust** und dessen steuerliche Behandlung bzw Diskriminierung in Norwegen ging; auch ein Trust kann sich demnach auf die Grundfreiheiten, in concreto auf die Niederlassungsfreiheit [Art 31 EWR-A], berufen, sofern er eine tatsächliche und echte wirtschaftliche Tätigkeit im EWR für eine unbestimmte Zeit und von einer festen Niederlassung aus ausübt. Vgl dazu auch EuGH 14.09.2017, C-646/15 – **Trustees of the P Panayi Accumulation & Maintenance Settlement**; *Zwiefelhofer*, Die Anerkennung des Trusts in der EU und im EWR – der lange Weg bis zum EuGH-Urteil „P Panayi“ vom 14.09.2017 [C-646/15], LJZ 2018, 91 ff).

- 7 Vgl auch EuGH 09.03.1999, Rs C-212/97, Slg 1999 I, 1459, NJW 1999, 2027 (**Centros**); EuGH 05.11.2002, Rs C-208/00, Slg 2002 I, 9919 (**Überseering**), Jus & News 2004, 79; EuGH 30.09.2003, Rs C-167/01 (**Inspire Art**), Jus & News 2004, 97; EuGH 14.09.2006 Rs C-368/04 (**Centro di Musicologia Walter Stauffer/Finanzamt München für Körperschaften**); EuGH 16.12.2008, Slg 2008, I-9641, C-210/06 (**Cartesio**); EuGH 25.10.2017, C-106/16 (**Polbud**); vgl dazu *Heiss*, aaO, LJZ 2007, 1 ff; *Eckert*, Internationales Gesellschaftsrecht (2010), 41 ff; *Verschraegen*, Internationales Privatrecht (2012), 185 ff.

V. USA

- 8 Nach US-amerikanischem Zivilrecht wird die eigene Rechtspersönlichkeit der liechtensteinischen Stiftung ausdrücklich anerkannt; die Stiftung wird folglich **nicht als Trust qualifiziert** (Stiftung v Plains Mktg., L.P., 603 F.3d 295, 298-299 [5th Cir. Tex. 2010]: „Under Liechtenstein law, a stiftung is a „juristische Person“, or juridical person, and is a legally and economically independent entity. Under Liechtenstein law, however, stiftungen are distinct from trusts. Further, whether a stiftung is characterized as a trust for estate tax purposes has no bearing [on this case].“). Nach US-amerikanischem **Steuerrecht** wird hingegen die liechtensteinische Stiftung wie ein trust behandelt (vgl IRS Advice Memorandum 2009-012). Vgl auch U 03.06.2016, 01 CG.2013.421, LES 2016, 181 = GE 2017, 63.

C. Zeitlicher Anwendungsbereich

I. Neurechtliche Stiftungen

Das neue Stiftungsrecht ist mit Gesetz vom 26.06.2008 über die Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (LGBL 2008/220) am **01.04.2009 in Kraft** getreten. Von den in Art 1 Abs 4 der Übergangsbestimmungen des Stiftungsgesetzes genannten Normen abgesehen, kommt **altes Recht für „alte Stiftungen“ und neues Recht für „neue Stiftungen“** zur Anwendung (B 07.09.2018, 08 CG.2015.438, LES 2018, 270 = GE 2018, 337, Erw 12.5; LES 2010, 75; PSR 2013/10; U 03.09.2011, 5 CG.2008.194, LES 2011, 76; U 03.09.2009, 02 CG.2007.145, LES 2010, 84; B 03.09.2009, 9 CG.2006.312, LES 2010, 73; U 04.06.2009, 03 CG.2006.354, LES 2010, 7). Wurde eine Stiftung vor dem 01.04.2009 errichtet und hat sich der zu beurteilende Sachverhalt auch vor diesem Zeitpunkt zugetragen, so ist der Sachverhalt (LES 2011, 76: Verantwortlichkeit des beklagten Stiftungsrates) auch gemäss § 5 ABGB nach „altem Recht“ zu beurteilen. Die Bestimmung des § 5 ABGB (§ 5 öABGB) enthält die Zweifelsregel der **Nichtrückwirkung** eines Gesetzes auf früher verwirklichte Sachverhalte (LES 2011, 76).

9

II. Altrechtliche Stiftungen

Sogenannte **Altstiftungen** sind Stiftungen, die vor dem 01.04.2009 gegründet worden sind. Für die Beurteilung der eine Altstiftung betreffenden Rechtsfragen ist, soweit die Übergangsbestimmungen des neuen Gesetzes nichts Gegenteiliges anordnen, weiterhin das alte Recht und insb auch der Art 552 Abs 4 PGR aF und sind damit die Bestimmungen des Treuunternehmensgesetzes (TrUG: Art 932a §§ 1 bis 170) heranzuziehen, soweit diese analogiefähig sind (B 07.09.2018, 08 CG.2015.438, LES 2018, 270 = GE 2018, 337, Erw 12.5; B 07.09.2017, 07 HG.2015.2790, LES 2017, 180 mBVA; U 06.08.2010, 10 HG.2009.104, LES 2010, 350; LES 2004, 190). Vgl aber Art 552 § 4.

10

III. Intertemporales Recht

Die **Verantwortlichkeit von Stiftungsräten** ist demnach nach „altem“ Recht zu beurteilen, wenn die Stiftung vor dem Stichtag errichtet wurde und sich der massgebliche Sachverhalt auch vor diesem Zeitpunkt zugetragen hat (B 03.09.2009, 9 CG.2006.312, LES 2010, 73; U 05.11.2009, 10 CG.2005.300, LES 2010, 144). Vgl dazu unten Art 552 § 24. Zwar kommt Art 552 § 31 PGR auch für altrechtliche Stiftungen zur Anwendung, doch hat **der Stiftungsrat den Zweck** einer altrechtlichen Stiftung vor Inkrafttreten des neuen Stiftungsrechts durch B **abgeändert**, so prüft und beurteilt der OGH dessen Rechtmässigkeit unter Berufung auf § 5 ABGB nach dem zu diesem Zeitpunkt in Kraft gewesenen (alten) Stiftungsrecht (B 03.12.2010, 10 HG.2009.247, LES 2011, 21); vgl dazu unten Art 552 § 31.

11

IV. Rückwirkende Anwendung der Rsp und des Verfahrensrechts

- 12 Höchstrichterliche Rsp ist kein Gesetzesrecht. Die Urteile des OGH ändern die Rechtslage nicht, sondern stellen diese lediglich aufgrund eines – prinzipiell irrtumsanfälligen – Erkenntnisprozesses fest. Wenn sich die höchstrichterliche Rsp unter einer gegebenen Rechtslage ändert, ist die **neue Rsp grundsätzlich auch auf Fallkonstellationen anzuwenden**, bei denen die für die Beurteilung der Rechtssache massgeblichen Tatsachen **zu einer Zeit** gesetzt worden sind, **in der die Änderung der Rsp noch nicht stattgefunden** hat. Die rechtliche Beurteilung von zeitlich zurückliegenden Sachverhalten hat deshalb stets auf die jeweils aktuelle Rsp des OGH Bedacht zu nehmen. Dies schliesst es beispielsweise nicht aus, die Frage des Verschuldens und der Zumutbarkeit rechtmässigen Verhaltens in einem Schadenersatzprozess ex post im Lichte der seinerzeit massgebenden Judikatur zu beurteilen (U 07.01.2009, 1 CG.2006.303, LES 2009, 202).
- 13 Für **Verfahrensvorschriften** gilt der Grundsatz, dass Gesetze **immer nach dem neuesten Stand anzuwenden** und daher – sofern nicht ausdrücklich eine andere Regelung (Übergangsbestimmung) getroffen wurde – auch während eines Verfahrens eingetretene Rechtsänderungen zu berücksichtigen sind (B 01.03.2001, Hp 36/99-17, LES 2001, 156). Vgl aber zB zur *perpetuatio fori* unten Art 552 § 9 Rz 7.

D. Auf Stiftungen zusätzlich anwendbares Recht

I. Stiftungsrechts-Verordnung

- 14 Für die Stiftung ist auch die **Stiftungsrechts-Verordnung** (StRV LGBI 2009 Nr 114) massgebend. Diese Verordnung regelt die Ausübung der Prüfbefugnis durch die Stiftungsaufsichtsbehörde nach Art 552 § 21 PGR, die Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Bestellung einer Revisionsstelle nach Art 552 § 27 Abs 5 PGR, die Ausübung der Aufsicht nach Art 552 § 29 PGR sowie die Gebühren und Kosten für die Tätigkeit der Stiftungsaufsichtsbehörde.

II. Allgemeine Bestimmungen im PGR

- 15 Das Personen- und Gesellschaftsrecht (PGR) regelt in seiner zweiten Abteilung die Verbandspersonen (juristische Personen), zu denen auch eine Stiftung gehört. Die allgemeinen Vorschriften, welche für diese Verbandspersonen gelten, sind im dritten Titel (Art 106 bis 245 PGR) angeführt und gelten für sämtliche Verbandspersonen. Dies ergibt sich auch aus der Bestimmung des Art 561 PGR aF, der hinsichtlich der Organe altrechtlicher Stiftungen auf die entsprechenden Vorschriften bei einer Anstalt verweist. Art 551 PGR aF wiederum enthält nur ganz allgemeine die Organe der Anstalt betreffende Bestimmungen und verweist

im Übrigen ua auf die allgemeinen Vorschriften über die Verbandspersonen, somit Art 106 bis 245 PGR (B 02.07.1998, 3 C 9/98, LES 1999, 43). Schon Art 245 Abs 1 PGR aF hat im Zusammenhang mit dem Stiftungsrecht ua auf die allgemeinen Vorschriften über die Verbandspersonen verwiesen, soweit sich aus den für sie aufgestellten besonderen Vorschriften oder aus den einzelnen Bestimmungen des betreffenden Titels keine Abweichung ergibt (B 07.09.2018, 08 CG.2015.438, LES 2018, 270 = GE 2018, 337, Erw 12.6). Die allgemeinen Bestimmungen des PGR sind aber nicht generell auch auf Stiftungen anzuwenden, sondern deren Anwendbarkeit ist unter Berücksichtigung des Wesens der Stiftung zu prüfen (StGH 17.09.2007, StGH 2007/040, GE 2009, 304). Bei Anwendung der **allgemeinen Bestimmungen des PGR** im Stiftungsrecht ist allemal zunächst die konkrete Rechtsproblematik, insb das System, die Besonderheiten und die Teleologie des Stiftungsrechtes zu hinterfragen. Stehen stiftungsspezifische Besonderheiten einer solchen Anwendung entgegen, dann ist nicht nach der Verweisungsnorm des Art 245 Abs 1 PGR („Den allgemeinen Vorschriften dieses Titels unterliegen im übrigen alle in den folgenden Titeln geregelten Körperschaften und Anstalten, einschliesslich Stiftungen, soweit sich aus den für sie aufgestellten besondern Vorschriften oder aus den einzelnen Bestimmungen dieses Titels eine Abweichung nicht ergibt.“) vorzugehen (U 07.02.2007, 03 CG.2004.342, LES 2008, 29, bestätigt in StGH 17.09.2007, StGH 2007/040, GE 2009, 304). Mit dem neuen Stiftungsrecht hat sich daran nichts geändert. Dadurch konnte sowohl eine Überladung der spezialgesetzlichen Regelungen des materiellen Stiftungsrechts mit allgemeinen Rechtsfragen rund um die Verbandsperson als auch die Schaffung von diesbezüglichen Doppelgleisigkeiten, welche eine systematische Abkopplung des Stiftungsrechts vom PGR zwingend mit sich gebracht hätte, vermieden werden (vgl BuA 2008/13, 15). Vgl dazu eingehend *Motal*, Grundfragen des liechtensteinischen PGR, 77 ff.

Bsp aus der Praxis und Rsp für die Anwendung der allgemeinen Bestimmungen des PGR im Stiftungsrecht sind **Art 111 Abs 6** (Verantwortlichkeitsansprüche; vgl Art 552 § 24 Rz 50), **Art 114** (allgemeiner Gerichtsstand für Verbandspersonen: Rz 21), **Art 115** (Persönlichkeitsrechte der Stiftung; vgl Art 552 § 39 Rz 2a), **Art 125 Abs 3** und **Art 129 Abs 2** (Vernichtbarkeitsverfahren; vgl Art 552 § 14 Rz 10), **Art 132** (amtliche Liquidation; vgl Art 552 § 40 Rz 1b), **Art 139** (Nachtragsliquidation; vgl Art 552 § 40 Rz 8), **Art 141 Abs 1** (Geltendmachung von Ansprüchen einer gelöschten Stiftung oder gegen eine gelöschte Stiftung; vgl Art 552 § 24 Rz 74a und § 40 Abs 5), **Art 142 Abs 3** (Einsichtsrechte Dritter in Akte gelöschter Stiftungen; vgl Art 552 § 9 Rz 31a), **Art 182 Abs 2** (Business Judgment Rule; Art 552 § 24 Rz 71), **Art 187a Abs 3** (Vertretungswirkung bei Kompetenzüberschreitung von Stiftungsorganen; vgl Art 552 § 24 Rz 23a), **Art 218, 226 Abs 1** (Verantwortlichkeit; vgl Art 552 § 24 Rz 56) oder **Art 232 PGR** (Stiftungsstatut; vgl oben Rz 1 und Art 552 § 24 Rz 1a).

15a

- 15b Umgekehrt lassen sich aber die stiftungsrechtlichen Bestimmungen idR **nicht auch auf andere Verbandspersonen anwenden**. So hat der OGH in diesem Kontext klargestellt, dass zB Art 552 § 9 betreffend Auskunftsrechte der Stiftungsbeteiligten nicht auf alle Verbandspersonen, sondern nur auf Stiftungen anwendbar sei (B 07.10.2016, 07 HG.2016.17, LES 2016, 269 = GE 2017, 44).

III. TrUG

- 16 Zum alten Stiftungsrecht, das heute noch teilweise auf altrechtliche Stiftungen anwendbar ist, verfügt Art 552 Abs 4 PGR aF, dass die Vorschriften über das **Treuunternehmen** mit Persönlichkeit auf Stiftungen, insb hinsichtlich der Stiftungsbeteiligten (Stifter, Stiftungsvorstand, Stiftungsgeniesser), entsprechende Anwendung finden, wenn und soweit sich aus den nachfolgenden Bestimmungen oder den Stiftungsstatuten oder aus den Vorschriften über die Anmeldungspflicht der Treuunternehmen nicht Abweichungen ergeben. Mangels Vorhandenseins von Spezialbestimmungen gelangt daher das **TrUG ergänzend zur Lückenfüllung im Stiftungsrecht** zumindest für altrechtliche Stiftungen zur Anwendung (U 02.II.2006, 09 CG.2005.203, LES 2007, 358; LES 2006, 12). Die Heranziehung einschlägiger treuhandrechtlicher Bestimmungen für die Stiftungen setzt neben einer Gesetzeslücke im Stiftungsrecht die grundsätzliche Eignung bzw Analogiefähigkeit der Bezugsnorm und damit voraus, dass diese Norm mit den rechtlichen Eigenschaften einer Stiftung vereinbar und damit mit dem Institut der Stiftung wesenskonform ist. **Analogiefähig** ist eine Regelung nur dann, wenn die ihr nach dem Gesetz zugrundeliegenden massgeblichen Voraussetzungen und Wertungen mit jenen des nicht geregelten Falles im Wesentlichen übereinstimmen und, bezogen auf den vorliegenden Fall, das Schutzbedürfnis der Betroffenen vergleichbar ist.

Die analoge Anwendung wurde zB **verneint**:

- 17 — **Art 932a § 30 TrUG**: Kein treuhandrechtliches Spurfolgerecht im Stiftungsrecht (B 04.09.2003, 1 Cg 2001.379-43, LES 2004, 224); vgl dazu unten Art 552 § 38;
- **Art 932a § 50 Abs 2 TrUG**: Begünstigte haben kein gesetzliches Abberufungsrecht gegenüber dem Stiftungsrat, wenn es nicht in den Statuten vorgesehen ist (U 07.01.1969, J 598/199, ELG 1967 bis 1972, 116 [121]; U 28.07.1997, 4 C 248/96; U 04.09.2003, 1 CG 2002.47-33, LES 2004, 190); vgl dazu unten Art 552 § 5.

- 18 Die analoge Anwendung wurde in der Rsp dagegen zB **bejaht**:

- **Art 932a § 10 Abs 2 TrUG**: Keine rechtliche Gleichwertigkeit zwischen Statuten und Beistatuten einer Stiftung (U 05.06.2003, 4 Cg 2001.492-29, LES 2004, 67); vgl unten Art 552 §§ 16 und 17;

- **Art 932a § 17 Abs 2 Z 2 TrUG:** Auflösungsbeschluss aller Stiftungsbeteiligten (B 04.10.2001, 8 C 285/88, LES 2002, 162); vgl dazu unten Art 552 § 39;
- **Art 932a § 26 Abs 2 TrUG:** Analoge Anwendung des Nutzniessungsrechts auf Ertragsbegünstigungen bei Stiftungen (B 08.01.2010, 08 CG.2007.339, LES 2010, 205 und GE 2010, 4); vgl dazu unten Art 552 § 5;
- **Art 932a § 34 Abs 1 TrUG:** Pflicht der Stiftung zur Rechnungslegung (U 04.05.2005, 1 CG.2002.32, LES 2006, 191); vgl dazu unten Art 552 § 26;
- **Art 932a § 49 Abs 1 TrUG:** Im Zweifel ist als Stifter anzusehen, wer der Stiftung eine Vermögensleistung macht oder zusichert (StGH 30.08.1996, StGH 1996/8, LES 1997, 153); vgl dazu unten Art 552 § 4;
- **Art 932a § 54 Abs 2 TrUG:** Stiftungsstatuten können vorsehen, dass das Amt für Justiz oder eine andere Stelle Stiftungsräte voraussetzungslos abberufen kann (B 02.04.2009, 10 HG.2008.18, LES 2009, 253); vgl dazu unten Art 552 §§ 9, 24, 29;
- **Art 932a § 66 TrUG:** Pflicht des Stiftungsrates zur Vermeidung eines Interessenkonfliktes (U 04.06.2009, 03 CG.2006.354, LES 2010, 7); vgl dazu unten Art 552 §§ 24, 29;
- **Art 932a § 68 ff TrUG:** Auskunftsrechte von Begünstigten dem Grunde und dem Umfang nach (U 05.06.2003, 4 Cg 2001.492-29, LES 2004, 67 uam); vgl dazu unten Art 552 § 9;
- **Art 932a § 71 Abs 1 TrUG:** Anspruch des Stiftungsrates gegenüber der Stiftung auf Regress und Schadenersatz bei typischer Betriebsgefahr, zB infolge einer Haftung für ausländische Steuern (OG 25.07.2013, 05 HG.2012.355, S 33); vgl dazu unten Art 552 § 24 und 29;
- **Art 932a § 78 Abs 1 TrUG:** Als Begünstigter ist derjenige anzusehen, der, bezogen auf eine Stiftung, einen Vorteil aus dieser zieht wie als Anteil am Ertrag oder am Vermögen oder an beiden (B 06.03.2008, 6 CG.2005.232, LES 2008, 354); vgl dazu unten Art 552 § 5;
- **Art 932a § 86 TrUG:** Begünstigung kann bei Treuunwürdigkeit des Begünstigten rechtmässig widerrufen werden (U 03.12.2010, 08 CG.2009.106); vgl dazu unten Art 552 § 5.
- **Art 932a § 105 TrUG:** Im Zweifel wurde vermutet, dass der Stifter bzw des-

sen Erben als Begünstigte einer Stiftung anzusehen sind (StGH 30.08.1996, StGH 1996/8, LES 1997, 153); vgl dazu unten Art 552 § 4;

- **Art 932a § 122 TrUG:** Rechtsgeschäftliche Verfügungen der Begünstigten zu Lebzeiten und von Todes wegen über ihre Ansprüche (U 05.06.2003, 4 Cg 2001.492-29, LES 2004, 67); vgl dazu unten Art 552 § 5;
- **Art 932a § 150 TrUG:** Amtliche Belehrung von Stiftungsräten in Aufsichtsverfahren mit der Wirkung einer vollständigen Haftungsfreistellung (B 04.11.2004, 10 HG.2003.95-10, LES 2006, 410); vgl dazu unten Art 552 § 29.

19 Eine analoge Anwendung von Bestimmungen des Gesetzes über das Treuunternehmen ist darüber hinaus nur zulässig, wenn sie die **Stiftung in den ihr eigenen Wesenszügen bewahren und nicht zerstören** würde (B 07.11.1969, J 598/199, ELG 1967, 116).

20 Für **neurechtliche Stiftungen** entfällt die **Generalverweisungsnorm** zugunsten des TrUG (vgl Art 552 Abs 4 PGR aF). Ausschlaggebend für diese E des Gesetzgebers war der Umstand, dass die Verweisungstechnik des PGR fallweise zu Rechtsunsicherheit und zu Zweifelsfragen führte und somit das Gegenteil ihrer Zielsetzung erreichte, welche darin läge, dem Rechtsanwender die zum Zweck der Lückenfüllung erforderlichen anwendbaren Rechtsnormen verlässlich aufzuzeigen. Durch die „**Kappung**“ der **Verweissnorm des bisherigen Art 552 Abs 4 PGR** wurde es notwendig, manche Bestimmungen, die bisher unstrittig dem TrUG zu entnehmen waren, direkt im Stiftungsrecht neu zu regeln. Dies galt beispielsweise für die Rechtsstellung der Begünstigten. Diese Vorgehensweise sollte unmittelbar den Vorteil bieten, dem Rechtsanwender künftig eine bessere Orientierung über die anwendbaren Normen zu bieten (BuA 2008/13, 15). Es erscheint aber fraglich, ob in der Rechtsanwendung ohne Rückgriff auf das TrUG im Stiftungsrecht tatsächlich inskünftig das Auslangen gefunden werden kann oder man nicht vielmehr dennoch weiterhin – im Wege einer Analogie infolge **planwidriger Lücken** (vgl dazu etwa LES 2010, 350; 2006, 407; 2006, 283; 2005, 206; 2005, 149; 2005, 113; 2003, 243; 2003, 71; 1998, 275; 1998, 57; 1997, 211; 1997, 73; 1997, 30; 1995, 104; 1994, 12; 1994, 1; 1992, 144; 1992, 111; 1988, 45) – auf das TrUG zurückgreifen wird.

E. Gerichtsstand

21 Vorbehaltlich einer allfälligen Zuständigkeit von Schiedsgerichten aufgrund einer Schiedsklausel in den Statuten oder einer Schiedsvereinbarung, haben liechtensteinische Stiftungen ihren **allgemeinen Gerichtsstand** grundsätzlich in Liechtenstein (§ 30 JN). Gemäss Art 114 Abs 1 PGR sind für Verbandspersonen, vorbehaltlich besonderer gesetzlicher Bestimmungen, die Gerichte und

Verwaltungsbehörden **am Ort ihres Sitzes zuständig**. Der Gerichtsort ist Vaduz (vgl dazu *Motal*, Grundfragen des liechtensteinischen PGR, 338 ff mwN). Davon gibt es jedoch auch Ausnahmen. Die liechtensteinischen Gerichte sind zB für Besitzschutzklagen gegen im Inland wohnhafte Personen, wenn die Besitzentziehung bzw **Besitzstörung im Ausland** erfolgte, international nicht zuständig (§ 39 JN). In Besitzschutzstreitigkeiten sind die liechtensteinischen Gerichte vielmehr auch dann, wenn der Beklagte seinen allgemeinen Gerichtsstand im Inland hat, international nur zuständig, wenn die Besitzentziehung bzw die Besitzstörung im Inland erfolgte (sog **Doppelfunktionalität der Gerichtsstände**). Dies gilt auch für eine mit einer Besitzschutzklage verbundene, aus der Besitzstörung bzw Besitzentziehung abgeleitete, Schadenersatzklage (B 01.12.2017, 04 CG.2016.249, LES 2017, 31: Der Klägerin stand als Begünstigten die Nutzniessung am Stiftungsvermögen zu, im Wesentlichen Anteile an einer österreichischen GmbH, die wiederum ein Pferdegestüt und eine Kunstsammlung in Österreich verwaltet; der Stiftungsrat soll sich unrechtmässig Zugang zu diesen Räumlichkeiten verschafft haben, weshalb die Stiftung den ruhigen Besitz der Klägerin gestört haben soll).

A. Im Allgemeinen

I. Begriff und Zweck

§ 1

1. Umschreibung und Abgrenzung

- 1) Eine Stiftung im Sinne dieses Abschnittes ist ein rechtlich und wirtschaftlich verselbständigtes Zweckvermögen, welches als Verbandsperson (juristische Person) durch die einseitige Willenserklärung des Stifters errichtet wird. Der Stifter widmet das bestimmt bezeichnete Stiftungsvermögen und legt den unmittelbar nach aussen gerichteten, bestimmt bezeichneten Stiftungszweck sowie Begünstigte fest.
- 2) Eine Stiftung darf ein nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe nur dann ausüben, wenn es der Erreichung ihres gemeinnützigen Zwecks unmittelbar dient oder aufgrund einer spezialgesetzlichen Grundlage zulässig ist. Soweit es die ordnungsgemässe Anlage und Verwaltung des Stiftungsvermögens erfordert, ist die Einrichtung eines kaufmännischen Betriebes auch bei privatnützigen Stiftungen zulässig.
- 3) Liegt kein Fall des Abs 2 Satz 1 vor, so darf die Stiftung auch nicht unbeschränkt haftende Gesellschafterin einer personenrechtlichen Gemeinschaft sein, die ein nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe betreibt.

A. In General

I. Definition and Purpose

§ 1

1. Description and Delimitation

- 1) A foundation within the meaning of this Section is a legally and economically independent special-purpose fund which is formed as a legal entity (juristic person) through the unilateral declaration of will of the founder. The founder allocates the specifically designated foundation assets, stipulates the purpose of the foundation, entirely non-self-serving and specifically designated, and also stipulates the beneficiaries.
- 2) A foundation is only permitted to carry on business run along commercial lines if it directly serves the achievement of its common-benefit purpose or if this is permitted on a special statutory basis. Insofar as the orderly investment and management of the foundation assets require, the setting-up of a commercial operation is permissible, even for private-benefit foundations.
- 3) If there is no case of para 2), sentence 1, the foundation shall also not be permitted to be the shareholder with unlimited liability of a collective under personal law which runs a business along commercial lines.

Korrespondierende alte Fassung des Stiftungsrechts (anwendbar für Altstiftungen):

A. Umschreibung und Abgrenzung

Art 552 aF

I. Im Allgemeinen

- 1) *Zur Errichtung einer Stiftung durch Einzelpersonen oder Verbandspersonen oder Firmen bedarf es der Widmung eines Vermögens (Stiftungsgut) für einen bestimmt bezeichneten Zweck. Als Zwecke fallen insb in Betracht: kirchliche, Familien- und gemeinnützige Zwecke. Die Stiftung darf ein nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe nur betreiben, wenn es der Erreichung ihres nichtwirtschaftlichen Zweckes dient oder Art und Umfang der Haltung von Beteiligungen einen kaufmännischen Betrieb erfordern.*
- 2) *Vermögenswidmungen ohne Persönlichkeit (unselbständige Stiftungen, Zustiftungen) oder Zuwendungen mit Auflage einer besonderen Verwaltung unter besonderem Namen und der Verwendung für einen besonderen Zweck und dergleichen an*

schon bestehende Verbandspersonen oder Einzelpersonen oder Gesellschaften stehen unter den besonderen hierauf anwendbaren Vorschriften, wie über die Schenkung oder über das Erbrecht und ergänzend unter den Vorschriften über das stillschweigende Treuhandverhältnis.

- 3) *Inwieweit einem abgesondert verwalteten Vermögen (Fonds) privatrechtliche Selbständigkeit oder die Eigenschaft eines Treuhandgutes zukommt, ist vom Richter im Einzelfalle zu beurteilen.*
- 4) *Die Vorschriften über das Treuunternehmen mit Persönlichkeit finden auf Stiftungen, insb hinsichtlich der Stiftungsbeteiligten (Stifter, Stiftungsvorstand, Stiftungsgeniesser) entsprechende Anwendung, wenn und soweit sich aus den nachfolgenden Bestimmungen oder den Stiftungsstatuten oder aus den Vorschriften über die Anmeldungspflicht der Treuunternehmen nicht Abweichungen ergeben.*

Weiterführende Literatur:

Attlmayr/Rabanser, Kurzkommentar, 18 f; *Bösch*, Liechtensteinisches Stiftungsrecht, 183 ff; *Büch*, Wesen und Merkmale der juristischen Person liechtensteinischen Rechts im Kontext von Rechtsfähigkeit, Trennungsprinzip und Haftungsbeschränkung, LJZ 2016, 5; *Conrad/Pfeffer*, Die Stiftung als Instrument der Asset Protection nach Massgabe des Schweizer – sowie liechtensteinischen Rechts im Rahmen eines Rechtsvergleichs, LJZ 2017, 75; *Eberle*, Die strafrechtliche Verantwortlichkeit von juristischen Personen nach den §§ 74a ff StGB, LJZ 2013, 91; *Helbock*, Besondere Aspekte der Segmentierten Verbandsperson (PCC) in Liechtenstein, LJZ 2018, 22; *Hepberger*, Die Liechtensteinische Stiftung – Unter besonderer Berücksichtigung der Rechte des Stifters nach deren Errichtung; *Keicher*, Die privatrechtliche Stiftung im liechtensteinischen Recht; *Lungkofler*, Der Trust, PSR 2010/47; *Meyer/Bubalovic*, Liechtenstein: Protected Cell Company als Instrument für nachhaltige Investitionsstrukturen?, SteuerRevue 9/2018, 670; *Motal*, Grundfragen des liechtensteinischen Personen- und Gesellschaftsrechts: Die allgemeinen Vorschriften für juristische Personen und ihre Anwendung auf die Stiftung, Basel 2018; *Nierlich*, Die Absicherung des Stiftungszwecks in der österreichischen Privatstiftung und der liechtensteinischen Stiftung; *Roth*, Die Anstalt im liechtensteinischen Recht; *Schauer* in Schauer (Hrsg), Kurzkommentar zum liechtensteinischen Stiftungsrecht, 8 ff; *Schauer/Motal*, Die Anstalt als Instrument für Vermögensschutz, in Schurr (Hrsg), Handbuch des Vermögensschutzes, 2015, 268; *Schurr*, Der Liechtensteinische Trust als alternatives Gestaltungsinstrument zur Stiftung, in Schurr (Hrsg), Das neue liechtensteinische Stiftungsrecht – Anwendung, Auslegung und Alternativen, 133; *Schurr/Wohlgenannt*, Einführung der segmentierten Verbandsperson in das liechtensteinische Personen- und Gesellschaftsrecht (PGR), LJZ 2015, 23; *Zeiler*, Die Stiftung als Partei von Schiedsvereinbarungen im österreichischen Recht, in Schurr (Hrsg), Wandel im materiellen Stiftungsrecht und grenzüberschreitende Rechtsdurchsetzung durch Schiedsgerichte, Zürich/Basel/Genf 2013, 217.

Inhaltsverzeichnis	Rz
A. Definition	1
B. Neuer Regelungsgehalt	2
C. Bedeutung	3
D. Merkmale	4
I. Verselbständigtes Zweckvermögen mit Rechtspersönlichkeit	4
II. Stiftungserrichtung	5
III. Stiftung gehört sich selbst	6
IV. Stiftungszweck	7
V. Trennungsprinzip	8
VI. Erstarrungsprinzip	9
VII. Zulässiger Einfluss des wirtschaftlich Berechtigten	10
E. Arten	12
I. Allgemein	12
II. Gebrauchs- und Verbrauchsstiftungen	13
III. Unternehmensträgerstiftungen	15
(a) Grundbegriffe	15
(b) Unternehmerische Tätigkeit – oder: Die Stiftung als Konsumentin?	16
(c) PVS	19
(d) Unmittelbare Unternehmensträgerstiftung	20
(e) Mittelbare Unternehmensträgerstiftung	23
(f) Eintragungspflicht	25
IV. Segmentierte Stiftungen (Protected Cell Foundations)	26a
V. Unselbständige Stiftungen	27
F. Abgrenzung zu anderen Rechtsformen	29
I. Anstalt	29
II. Trust	31
III. Trust reg	32
G. Geheimnisschutz und Anonymität	34
H. Verzeichnis wirtschaftlicher Eigentümer	37a
I. Stiftung als Strafsubjekt	38
J. Sorgfaltspflichtrecht	39
K. Verfahrenshilfe für Stiftungen in gerichtlichen Verfahren	42

A. Definition

- 1 Die Stiftung liechtensteinischen Rechts ist in erster Linie als **Institution freier privatwirtschaftlicher Betätigung mit zurückgedrängter öffentlicher Aufsicht** konzipiert worden (U 29.01.1990, 02 C 264/87-29, LES 1991, 91). Sie entsteht privatrechtlich als **selbständiges Rechtssubjekt**, der das Stiftungsvermögen einerseits selbst gehört und an das sie andererseits gebunden ist. Grundsätzlich bleibt die privatrechtliche Stiftung ausserhalb der öffentlichen Aufsicht und erlangt das Recht der Persönlichkeit ohne Eintragung in das HR. Gemeinnützige Stiftungen sind im

HR einzutragen und unterliegen dagegen der öffentlichen Aufsicht. Von der Person des Stifters ist die Stiftung rechtlich schon gelöst, sobald sie durch das einseitige Rechtsgeschäft des Stiftungs-, Schöpfungs- und Bewidmungsaktes konstituiert ist. Der **Wille des Stifters** ist in den Stiftungsstatuten gleichsam **erstarret**. Hat sich der Stifter als zivilrechtlich Beteiligter oder als Verwaltungsorgan keinen Einfluss gesichert, was ihm freisteht, so lebt sein Wille in der Stiftung zwar fort, aber sonst hat er jeden rechtlichen Zusammenhang mit derselben verloren. Die Tatsache, dass er Stifter war, ist insoweit rechtlich belanglos geworden, als der **Stiftungsfonds** nunmehr **verselbständigt** wurde. Er schied aus seinem Vermögen aus und bildet fortan als fremdes Gut das Vermögen der von da ab selbst als Rechtssubjekt erscheinenden Stiftung. Der Stifter kann somit nach vollzogenem Stiftungsakt ebenso wenig Rechte oder Vorrechte hinsichtlich des Stiftungsvermögens in Anspruch nehmen als irgendein Dritter. Es hat bezüglich des Stiftungsvermögens nur das Geltung, was in den Statuten normiert ist, wenngleich die widmungsmässige Verwendung des Vermögens noch unter dem **souveränen Schutzrecht des Stifters** bleibt. Alle nach Errichtung der Stiftung vorgenommenen späteren Handlungen des Stifters können nur mehr zur Auslegung seines im Zeitpunkte der Stiftungserrichtung bestanden oder mutmasslichen Willens herangezogen werden. Auf den unveränderten Fortbestand, die festgelegte Organisation und den Stiftungszweck sind sie – abgesehen von einer eigenen späteren Organstellung des Stifters nach Massgabe der Statuten – stiftungsrechtlich ohne Einfluss. Dabei ist für das Stiftungsrecht die **Achtung vor dem Stifterwillen** von zentraler Bedeutung. Sie bildet die Richtschnur bei der Handhabung des Gesetzes. Dass das Stiftungsvermögen im Widerspruch zu einem erkennbaren Stifterwillen seinem Zwecke insb als vorweggenommener Nachlassregelung nicht entfremdet werden darf, ist der Grundgedanke (U 01.07.1996, 6 C 410/91-20, LES 1998, 97; U 14.12.1973, 2 C 62/70, ELG 1973–1978, 260; U 01.12.1961, J 549/298, ELG 1962–1966, 81; U 02.12.1966, J 566/4, ELG 1962–1966, 170).

B. Neuer Regelungsgehalt

Art 552 § 1 Abs 1 enthält zum einen die Legaldefinition der Stiftung und hebt sich dadurch bereits markant von der skizzenhaften Vorgängerbestimmung in Art 552 Abs 1 PGR aF ab. Zum anderen wird hier bereits die Trias der unverzichtbaren „*essentialia negotii*“ des Stiftungserrichtungsgeschäfts festgelegt. Denn das Stiftungsbegründungsgeschäft muss als einseitiges und nicht empfangsbedürftiges Rechtsgeschäft drei Willensäusserungen des Stifters enthalten, damit überhaupt eine Stiftung entstehen kann. Dabei müssen diese drei Willensäusserungen dem Willen des Stifters selbst entstammen, denn die Stiftung ist begrifflich eine dem Willen des Stifters entspringende juristische Person. Diese sind: (i) der **Wille des Stifters**, eine selbständige Stiftung errichten zu wollen; (ii) die **Widmung eines bestimmten Vermögens** (das zumindest dem gesetzlichen Mindestkapital entsprechen muss: Art 552 § 16 Abs 1 Z 3;

2

vgl U 29.01.1990, 02 C 264/87-29, LES 1991, 91: Bezeichnung des zu widmen- den Anfangsvermögens der Stiftung genügt); sowie (iii) die Umschreibung des **Stiftungszweckes** (vgl zum alten Stiftungsrecht U 01.07.1996, 6 C 410/91-20, LES 1998, 97). Ohne sie kommt es bei eingetragenen Stiftungen zum Vernichtbar- keitsverfahren, und hinterlegte Stiftungen entstehen erst, wenn die drei Vor- aussetzungen gemeinsam vorliegen (vgl dazu unten Art 552 § 14).

C. Bedeutung

- 3 Der signifikante **Vorteil** einer Stiftung ist, dass oft mit einem eigentümerlosen Vermögen (B 04.09.2015, 05 HG.2014.326, LES 2015, 210 = GE 2016, 116 mBVA) ein bestimmter Zweck besser, zielstrebig und auch dauerhafter verwirklicht werden kann, als wenn das Vermögen mit dem Schicksal des Stifters und dem seiner Rechtsnachfolger verbunden bliebe. Mit der Errichtung einer Stiftung soll die Verselbständigung des Vermögens erreicht und dessen Verwendung an den einmal erklärten Willen des Stifters gebunden werden. Durch ihre Errich- tung verliert grundsätzlich auch der Stifter den Zugriff auf das Vermögen (U 06.12.2001, 1 Cg 378/99-50, LES 2002, 41). Der liechtensteinische Gesetzgeber wollte mit der Stiftung ein Rechtsinstitut zur Verfügung stellen, welches die Möglichkeit schafft, dass wirtschaftlich denkende und handelnde Menschen in den Zeiten der Blüte ihrer Schaffenskraft einen Teil ihres Vermögens für besondere Zwecke reservieren, sei es, um für Familienangehörige Sicherheiten gegen die Wechselfälle des Lebens zu schaffen, sei es, um gemeinnützige oder wohltätige Ziele zu verfolgen oder um sicherzustellen, dass auch nach ihrem Tode karitative Leistungen und Institutionen mit ihrem Namen und Wirken verbunden bleiben (U 01.07.1996, 6 C 410/91-20, LES 1998, 97).

D. Merkmale

I. Verselbständigtes Zweckvermögen mit Rechtspersönlichkeit

- 4 Ein kennzeichnendes Merkmal einer Privatstiftung ist ua der Umstand, dass die Rechtsordnung dem „eigentümerlosen“ Vermögen **eigene Rechtspersönlichkeit** zuerkennt. Diese Rechtspersönlichkeit der Stiftung wird durch ihre Organe repräsentiert. Damit verfügt die Stiftung über ein von jenem des wirtschaftli- chen Stifters bzw Begünstigten zu trennendes Vermögen, über das mit rechtli- cher Wirksamkeit nur der Stiftungsrat disponieren kann (B 08.01.2004, 10 HG 2002.58-39, LES 2005, 174; B 05.10.1999, 1 C 282/96, LES 2000, 37). Dies gilt auch dann, wenn die Organe der Stiftung aufgrund eines Mandatsvertrages umfassend weisungsgebunden sind. Eine Stiftung ist ein **mitgliederloses und rechtlich verselbständigtes Zweckvermögen** und verfügt über keine Mitglieder, idR über keine Revisionsstelle und über kein von der Verwaltung verschiedenes oberstes Organ (U 07.01.2009, 1 CG.2006.303, LES 2009, 202). Diese **Verselb-**

ständigung des Vermögens, die fehlende Kontrolle durch einen Eigentümer und das Nichtvorhandensein von Gesellschaftern kann bei Vorliegen hinreichender Gründe sowohl im öffentlichen Interesse als auch im Interesse der Stiftung selbst eine effiziente Kontrolle auch der Stiftungsverwaltung durch die Stiftungsaufsicht erfordern (vgl. Art 552 § 29 PGR; B 08.01.2004, 10 HG 2002.58-39, LES 2005, 174). Eine Stiftung hat grundsätzlich die **gleichen Rechte wie die natürliche Person** (Art 109, 552 Abs 4 PGR aF iVm § 7 Abs 2 TrUG). Sie kann demnach in allen Verfahren als Partei durch ihre Vertreter auftreten und **Rechtsschutz verlangen** (B 05.10.1999, 1 C 282/96, LES 2000, 37; Art 109 Abs 3 PGR; *Höfling*, Die liechtensteinische Grundrechtsordnung 1994 S 241). Die vorstehend niedergelegten Grundsätze finden sowohl bei nicht treuhänderischen als auch bei treuhänderischen Stiftungserrichtungen gleiche Anwendung (U 01.07.1996, 6 C 410/91-20, LES 1998, 97).

II. Stiftungserrichtung

Nach liechtensteinischem Recht stellt die Errichtung einer Stiftung unter Lebenden keine Schenkung, sondern eine auf die Entstehung einer rechtsfähigen Stiftung gerichtete **einseitige, nicht empfangsbedürftige Willenserklärung** dar (U 07.03.2002, 1 Cg 145/99-74, LES 2003, 100). Die Stiftungserrichtung ist ein einseitiges Rechtsgeschäft und erfolgt durch die Errichtung einer Urkunde, auf der die Unterschriften der Stifter beglaubigt sind, durch letztwillige Verfügung oder durch Erbvertrag, ferner, soweit die Eintragung gesetzlich vorgesehen ist (Art 552 § 14 Abs 4), wie für gemeinnützige Stiftungen und privatnützige Stiftungen, die auf spezialgesetzlicher Grundlage ein nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe betreiben, durch die Eintragung in das **HR** (bis LGBI 2013/006 auch Öffentlichkeitsregister genannt). Aber auch eine von der Eintragungspflicht ausgenommene Stiftung kann in das HR eingetragen werden, wenn dies der Stifter will (Art 552 § 14 Abs 5). Da § 916 ABGB auf ein zweiseitiges Rechtsgeschäft abstellt, stellt die Stiftungserrichtung daher **nie ein Scheingeschäft** dar, und dies auch dann nicht, wenn die Stiftung durch einen liechtensteinischen Treuhänder für einen „wirtschaftlichen Hintermann“ errichtet wird (U 06.12.2001, 1 Cg 378/99-50, LES 2002, 41; vgl. aber U 29.01.1990, 02 C 264/87-29, LES 1991, 91, in der der OGH noch die Anwendung von § 916 ABGB für Stiftungen als zulässig erachtete).

III. Stiftung gehört sich selbst

Eigentümer des Stiftungsvermögens ist stets die Stiftung allein und nicht der Auftraggeber der Stiftungserrichtung (Stifter) oder ein Begünstigter (B 06.03.2008, 6 CG.2005.232, LES 2008, 354; B 14.02.2002, 4 Cg 198/2000-124, LES 2002, 302; LES 2002, 162; LES 2000, 37; LES 1998, 332). Auch den gesetzlichen oder testamentarischen **Erben des Begünstigten** kommt eine selbstän-

5

6

dige Stellung gegenüber der Stiftung nicht zu (B 02.12.1966, J 566/4, ELG 1962, 170). Für die Stiftung handelt der Stiftungsvorstand, der in Liechtenstein auch als **Stiftungsrat** bezeichnet wird. Der Stiftungsrat hat die Aufgabe, den **Stifterwillen**, der in den Statuten seinen Niederschlag gefunden hat, **zu schützen und zu respektieren**. Bei diesem Organ geht es nicht darum, dass sich ein Verbandswille bildet, vielmehr muss das Organ der Stiftung auf die Einhaltung des perpetuierten Stifterwillens („Erstarrungsprinzip“) Rücksicht nehmen. Denn die Stiftung ist auf den **dauerhaften Vollzug der ihr vom Stifter vorgegebenen Zwecke angelegt** (U 07.06.2019, 04 CG.2017.542, Erw 8.2.7.2; B 01.02.2019, 03 CG.2012.236, LES 2019, 36; StGH 10.12.2008, StGH 2008/056, GE 2010, 489; U 07.02.2007, 03 CG.2004.342, LES 2008, 29; LES 2002, 94; LES 1991, 106; U 29.11.1993, 4 C 32/88-31, LES 1990, 120).

IV. Stiftungszweck

- 7 Im Unterschied zum alten Stiftungsrecht (Art 552 PGR aF) sieht die neue Regelung die Widmung eines Vermögens für „den unmittelbar nach aussen gerichteten, bestimmt bezeichneten Stiftungszweck“ (ähnlich Art 80 ZGB: „für einen besonderen Zweck“) vor (vgl U 29.01.1990, 02 C 264/87-29, LES 1991, 91; B 26.01.1986, 3 C 96/86-36). Damit wird zum einen zum Ausdruck gebracht, dass der **Stiftungszweck** eine zumindest ansatzweise bzw minimale **Aussenorientierung** vorweisen muss, widrigenfalls eine (vernichtbare) **Selbstzweckstiftung** vorliegt, und zum anderen, dass der Zweck einen **minimalen Grad an Bestimmtheit** aufweisen und den Stiftungsorganen, deren Wirken nicht vollständig in ihr Belieben gestellt werden darf, mindestens Anhaltspunkte geben muss, was sie mit dem Stiftungsvermögen und dessen Erträgen anzufangen haben (U 06.03.2008, 1 CG.2006.71, LES 2008, 279; StGH 27.03.2012, StGH 2011/122 und B 06.07.2012, 05 CG.2010.53). Zum Stiftungszweck, dessen Grad der Bestimmtheit sowie zur Selbstzweckstiftung vgl unten Art 552 § 2.

V. Trennungsprinzip

- 8 Die Trennung zwischen Stifter und Stiftung einerseits bzw Stiftervermögen und Stiftungsvermögen andererseits ist ein das liechtensteinische Stiftungsrecht kennzeichnendes Prinzip, von dem die Rechtsordnung nur vereinzelt Ausnahmen zulässt. Das **Trennungsprinzip** kann nur im Aussenverhältnis im Falle eines sog Zurechnungs- oder Haftungsdurchgriffs relativiert oder durchbrochen werden. Im Innenverhältnis der Stiftung haben die an ihr Beteiligten wie ua die Stiftungsräte und die Begünstigten die von ihnen selbst geschaffene rechtliche Selbständigkeit der Stiftung hinzunehmen (U 07.01.2009, 1 CG.2006.303, LES 2009, 202). Zur Aufhebung des Trennungsprinzips durch **umgekehrten Haftungsdurchgriff** vgl unten Art 552 § 38 Rz 28. Vgl zum direkten Durchgriff Art 552 § 37 Rz 4.

VI. Erstarrungsprinzip

Neben dem Trennungsprinzip beherrscht das **Erstarrungsprinzip** das Stiftungsrecht. Demnach ist der Wille des Stifters mit der Errichtung der Stiftung in den Statuten gleichsam erstarrt und insofern stellt die Stiftung fortan ein eigenes Rechtssubjekt dar, für dessen Gestion grundsätzlich nur das Geltung haben kann, was in den Stiftungsurkunden normiert ist. Der Zweck der liechtensteinischen Stiftung ist auf die **Perpetuierung des Stifterwillens** ausgerichtet, was seinen plastischen Ausdruck in dem vom OGH in stRsp judizierten sog. „Erstarrungsprinzip“ findet (vgl. dazu U 07.06.2019, 04 CG.2017.542, Erw 8.2.7.2; B 01.02.2019, 03 CG.2012.236, LES 2019, 36; StGH 10.12.2008, StGH 2008/056, GE 2010, 489). Demnach löst sich die Stiftung mit ihrer Konstituierung von der Person des Stifters und der Wille des Stifters ist sodann im Stiftungsbrief und in den – allfälligen – Beistatuten gleichsam erstarrt. Bezüglich des Stiftungsvermögens und seines Zweckes hat nur das Geltung, was in der Stiftungsurkunde und in den Beistatuten festgelegt ist (U 06.09.2001, 6 Cg 195/99-49, LES 2002, 94). Dieses Erstarrungsprinzip wird einzig durch den Vorbehalt von Rechten gemäss Art 552 §§ 30 ff PGR (Art 559 Abs 4 PGR aF) durchbrochen (ELG 1973-1978, 263; ELG 1962-1966, 81 [83]; LES 1990, 120; LES 1991, 106; U 06.12.2001, 1 Cg 378/99-50, LES 2002, 41).

9

VII. Zulässiger Einfluss des wirtschaftlich Berechtigten

Ein wesentliches Alleinstellungsmerkmal der liechtensteinischen Stiftung ist, dass der (fortwährende) **Einfluss des Begünstigten** oder Stifters auf die Stiftung grundsätzlich aus rein stiftungsrechtlicher Sicht **unschädlich** ist (vgl. aber zum Einwand der Mentalreservation unten Art 552 § 38 Rz 41). Das geht so weit, dass auch eine fiduziarisch errichtete Familienstiftung, über deren Vermögen die wirtschaftliche Stifterin und Erstbegünstigte zu Lebzeiten faktisch gleich einer Eigentümerin verfügen kann, grundsätzlich den gesetzlichen Regelungen und formalen Ordnungsvorschriften unterliegt; sie wird in der Praxis als **Bankkontostiftung** bezeichnet (U 07.01.2009, 1 CG.2006.303, LES 2009, 202; vgl. das Bsp einer für rechtlich völlig zulässig anerkannten Stiftung in U 01.07.1996, 6 C 410/91-20, LES 1998, 97; Danach setzte sich der Stifter als das oberste Organ der Stiftung mit dem Recht der Einzelzeichnung ein. In seine Kompetenz fielen alle Rechte und Befugnisse, die gemäss Gesetz dem obersten Organ von Verbandspersonen zustehen. Als diese Rechte und Befugnisse des Stifters wurden insb der teilweise oder gänzliche Widerruf der Stiftung, die Änderung der Statuten und ihre Ergänzung, eventuell durch Beistatuten, die Bestellung der Mitglieder des Stiftungsrates sowie Bestimmungen betreffend die Rechtsnachfolge, Bestellung der Nutzniessung und Bestimmung der Art und des Ausmasses des Nutzgenusses, die Wahl der Kontrollstelle, die Genehmigung des Jahresergebnisses und die

10

Bestimmung über die Verwendung des Reingewinnes sowie die Auflösung der Stiftung und Verwendung des Vermögens bezeichnet und beigelegt, dass der Stifter seine Rechte nach Gesetz und Statuten an dritte natürliche oder juristische Personen übertragen kann; vgl aber zur Höchstpersönlichkeit solcher Rechte nach neuer Rsp und Rechtslage Art 552 § 30).

- 11** **Inkompatibilitätsbestimmungen** wie beispielsweise im österreichischen Privatstiftungsrecht, wo Begünstigte bzw deren nahe Verwandte (§ 15 Abs 2 öPSG), von diesen beherrschte juristische Personen (§ 15 Abs 3 öPSG) oder Personen, die von diesen mit der Wahrung ihrer Interessen beauftragt wurden (§ 15 Abs 3a öPSG idF BGBl I 2010/III; ÖOGH 16.10.2009, 6 Ob 145/09f; vgl aber auch ÖOGH 12.01.2012, 6 Ob 101/11p), nicht Mitglieder des Stiftungsvorstandes sein dürfen, **sind dem liechtensteinischen Recht fremd** (vgl etwa nur Art 932a § 66 Abs 4 PGR, wonach ein Treuhänder eines Trusts zugleich Begünstigter sein kann; die Bestimmung ist gemäss Art 552 Abs 4 PGR aF zumindest auf altrechtliche Stiftungen noch immer anwendbar). Dass dort nicht einmal mehr Vertraute des Stifters bzw Begünstigten Einsitz in den Stiftungsvorstand nehmen können, führt faktisch zu einer Enteignung und Entmündigung, die der historische Gesetzgeber des PGR der 1920er-Jahre schon nicht gewollt und auch das neue Stiftungsgesetz durch Nichtübernahme dieser fragwürdigen Bestimmungen bewusst ausser Acht gelassen hat. Der **Stifter darf** daher weiterhin in die **Geschäftsgebarung** (Mittelverwendung bzw Mittelverwaltung) **eingreifen**, sei es, dass er selbst Einsitz in den Stiftungsrat nimmt, sei es, dass er seine Treuhänder, Anwälte oder eine andere Vertrauensperson in das Organ entsendet. Weil aber damit – gleich wie bei vorbehaltenen Widerrufsrechten des Stifters – idR kein vollständiges Vermögensopfer erfolgt, kann sich dieser Einfluss auf die vom Stifter verfolgten Ziele (zB **asset protection** oder steuerliche Intransparenz) negativ auswirken; vgl dazu unten Art 552 § 38.

- 11a** Damit stellt sich die Frage nach der **Rechtsbeziehung zwischen Stifter und Stiftung bzw Stiftungsrat**. Zunächst ist diese nach dem Gesetz so konzipiert, dass der **Stifter seine Rechte** (einschliesslich jener, weiterhin Weisungen zu erteilen oder irgendeine Funktion welcher Art immer auszuüben) nach der Stiftungserrichtung sofort und dauerhaft **einbüsst**. Es ist idR kein Dauer-, sondern ein Zielschuldverhältnis, das sich mit dem und gleichzeitig im Errichtungsakt der Stiftung verwirklicht und erschöpft (zu den Gestaltungsmöglichkeiten *Schurr*, Mitsprache des Stifters, PSR 2012/4). Seit einiger Zeit und nach mancher Judikaturwende ist nunmehr auch unstrittig, dass bei der in der Praxis weiterhin typischen **fiduziarischen** bzw treuhändigen **Stiftungserrichtung** nicht Trustrecht (Art 897 ff PGR), sondern Auftragsrecht (§§ 1002 ff ABGB) die Rechtsbeziehung zwischen Stifter (Art 552 § 4 Abs 3; früher auch als wirtschaftlicher Stifter bezeichnet) und Berufstreuhand (Stellvertreter bzw früher auch rechtlicher Stifter) prägt, es sei denn, die Parteien hätten etwas anderes vereinbart (vgl zuletzt U 07.10.2016, 08

CG.2009.407, Erw 10.6.3., GE 2017, 164 = LJZ 2016, 86/I, mBVA bestätigt durch StGH 30.10.2017, StGH 2016/124, GE 2018, 292; Art 552 § 4 Rz 3 ff und Art 552 § 30 Rz 4). Der OGH hatte sich immer wieder mit dieser Rechtsbeziehung auseinanderzusetzen und erblickt darin ein **enges Vertrauensverhältnis**, das auch ein Mindestmass an wechselseitigen Sorgfaltspflichten (zB rudimentäre Kenntnisse des Berufstreuhanders von den privaten Verhältnissen des Stifters) bedingt und voraussetzt (vgl U 05.04.2019, 03 CG.2014.257, LES 2019, 102 in Bezug auf einen Trust; U 07.12.2011, 06 CG.2010.349; LES 2013, 84). Andererseits wurde darin aber „aus der Art des Geschäftes“ keine so höchstpersönliche Beziehung geschlossen, die es einem Kunden eines Berufstreuhanders, der eine Stiftung nach Massgabe der Anordnungen des Kunden gründen (bzw in casu: adaptieren) und dann verwalten soll, verbieten würde, seine daraus erfließenden Rechte (insb auf Auskunft und Rechnungslegung) an Dritte abzutreten (vgl B 04.05.2018, 08 CG.2016.51, LJZ 2018, 97/8 = GE 2018, 283).

Freilich kommt es in der Praxis oft vor, dass sich der **Stifter** dennoch **fortwährenden Einfluss auf die Stiftungsverwaltung** sichert; weniger durch in der Stiftungspraxis seltenere, sich selbst vorbehaltene Widerrufs- oder Änderungsrechte (Art 552 § 30), sondern typischerweise durch bestimmten Stiftungsorganen (idR dem Stiftungsrat selbst) vorbehaltene Änderungsrechte (Art 552 §§ 31 f). Dass der Stifter zugleich noch ein Amt als Stiftungsorgan übernimmt, ist hingegen eher selten. Stattdessen kommen in der Praxis noch eher **Mandatsverträge** vor, womit sich der Stifter weiterhin – wenn auch nur vertraglich – vorbehalten will, die Stiftungsverwaltung mehr oder weniger zu steuern. Mandatsverträge sind aber kritisch zu hinterfragen, gewähren sie doch nur eine trügerische Sicherheit der Kontrolle und Einflussnahme (vgl nur Art 552 § 4 Rz 18), während sie jedoch in der Aussenwahrnehmung genau dies vermitteln, mit tw ungewollten Folgen in der (ausländischen) Beurteilung dieser (vermeintlichen) Kontrollbefugnisse. Dies kann dazu führen, dass sowohl aus steuerlicher als auch aus zivilrechtlicher Sicht in- und ausländische Behörden und Gerichte der Stiftung die Anerkennung als unabhängiges und souveränen Rechtsträger versagen (vgl nur Art 552 § 38 Rz 6 ff, 20 ff und 28 ff).

11b

E. Arten

I. Allgemein

Anders als in anderen Rechtsordnungen bestehen nur wenige gesetzliche Beschränkungen für die Errichtung und zweckkonforme Verwaltung einer Stiftung. So sind **Unterhalts- und Genussstiftungen**, die zwecks **voraussetzungsloser** (BuA 2008/13, 42) Bestreitung des allgemeinen Lebensunterhaltes von Familienangehörigen des Stifters dauerhaft eingerichtet und verwaltet werden, nach liechtensteinischem Recht nicht nur zulässig (anders aber in der Schweiz: vgl Fideikommissverbot

12

gem Art 335 Abs 3 ZGB; BGE 71 II 86; B 01.09.2005, 5 VA.2004.14, LES 2006, 293), sondern geradezu wesentypisch und marktüblich (vgl BuA 2008/13, 42). Auch gibt es keine zeitlichen Beschränkungen für die Dauer der Einrichtung der Stiftung. Die **Dauer** kann daher **unbeschränkt** sein, was in ihren Wirkungen dem im liechtensteinischen Gesellschaftsrecht bekannten sowie zulässigen Fideikommiss gleichkommt (vgl Art 829 ff PGR; vgl B 02.12.1966, J 566/4, ELG 1962, 170). Auch hinsichtlich der Verwendung des Stiftungsvermögens und seiner Erträge besteht keine wesentliche Einschränkung. Es besteht also, beispielsweise wie mitunter im englischen Trust-Recht, **keine „rule against accumulations“**, sodass grundsätzlich Erträge des Stiftungsvermögens thesauriert werden können (vgl aber diesbezüglich das Verbot der Selbstzweckstiftung Art 552 § 2).

II. Gebrauchs- und Verbrauchsstiftungen

- 13** Je nachdem, ob sich die Begünstigung nur auf den Gebrauch (Nutzung) oder Verbrauch des Stiftungsvermögens erstreckt, kann ein Stifter entweder eine **Gebrauchs- oder Verbrauchsstiftung** einrichten (vgl U 07.09.2012, 6 CG.2010.366, PSR 2013/20; vgl dazu auch Art 552 § 2). Vgl zum Unterschied zwischen **Substanz- und Ertragsbegünstigungen** Art 552 § 5.
- 14** Zur Unterscheidung zwischen **Familien- und gemeinnützigen** sowie **gemischten Stiftungen** vgl unten Art 552 § 2.

III. Unternehmensträgerstiftungen

(a) Grundbegriffe

- 15** Eine Stiftung kann auch Trägerin eines Unternehmens sein. Dabei wird zwischen zwei Gestaltungsformen unterschieden. Die **unmittelbare Unternehmensträgerstiftung** betreibt das Unternehmen selbst; sie bedient sich dafür keiner zwischengeschalteten Kapitalgesellschaft oder anderen Verbandsperson. Die **mittelbare Unternehmensträgerstiftung** betreibt das Unternehmen nicht selbst, sondern hält Anteile an unternehmenstragenden Gesellschaften. Dahinter steht der grundsätzliche Gedanke, dass sich Stiftungen im Hinblick auf den Gläubigerschutz nur beschränkt zum unmittelbaren Betrieb eines Unternehmens eignen, weil es keine natürliche Person gibt, die in unbeschränkter Höhe haftet, und weil sie im Gegensatz zu Kapitalgesellschaften über keine zwingenden Kautelen zur Aufbringung und Erhaltung des Kapitals verfügen (vgl *Schauer*, Grundelemente des neuen liechtensteinischen Stiftungsrechts, PSR 2009/3, 22).
- 15a** Wenn einer Stiftung ein oder mehrere Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen gewidmet werden und der Stiftungszweck darauf gerichtet ist,

durch Erzielung möglichst hoher Gewinne dieser Unternehmen die Stifterfamilie zu fördern, so stellt sich das **Unternehmen als Mittel zur Erfüllung des Stiftungszweckes** dar. Stiftungen, denen Unternehmen oder Beteiligungen daran als Mittel zur Erreichung eines bestimmten Zweckes, zB der Förderung der Stifterfamilie, gewidmet werden, sind **zulässig** und als **Familienstiftungen** zu qualifizieren. Es ist in diesem Fall **Aufgabe des Stiftungsrates** dafür zu sorgen, dass die der Stiftung gewidmeten **Unternehmen erfolgreich geführt** werden und damit die **Mittel** zur Erfüllung des Stiftungszweckes **zur Verfügung stehen**. Kurz gesagt: Geht es dem Unternehmen gut, geht es auch den begünstigten Familienmitgliedern gut (U 11.04.2014, 10 CG.2006.379, GE 2014, 367).

Dass bei Unternehmensstiftungen der OGH seine frühere Rsp zu den Dokumentationspflichten des Stiftungsrates in Bezug auf Beteiligungsgesellschaften tw wieder zurücknahm (vgl Art 552 § 26 Rz 9 ff), bedeutet noch nicht, dass der Stiftungsrat nicht dennoch **Aufsichtspflichten** hat. Diese können aber durch entsprechende Organisationsreglemente unter den Mitgliedern intern oder auch extern, „*aber nicht nach unten*“ delegiert werden (B 20.08.2013, 05 HG.2011.217, LES 2013, 198 = GE 2013, 432 Erw 11.5. mwN zur Notwendigkeit der organisatorischen Trennung zwischen Beteiligungsverwaltung im Stiftungs- und Unternehmensbereich und möglichen Strukturierungsmöglichkeiten bei Unternehmensträgerstiftungen; B 07.06.2013, 05 HG.2011.161, LES 2013, 126 = GE 2013, 346).

15b

Ein **typischer Zweck** einer Unternehmensstiftung ist zB, „*durch geeignete Massnahmen einen Einfluss auf die Leitung der von der Stiftung direkt oder indirekt gehaltenen Unternehmen zu erlangen und auf diesem Wege den Fortbestand und den Ausbau des Vermögens zu fördern. Überdies besteht ihr Zweck darin, dass die Stiftung für die finanzielle Unterstützung und Förderung des bzw der Gründer der von der Stiftung direkt oder indirekt gehaltenen Unternehmen und dessen bzw deren Familienangehörigen, solange solche vorhanden sind, durch Vornahme von Ausschüttungen und Gewährung sonstiger wirtschaftlicher Vorteile Sorge zu tragen hat.*“ (U 09.01.2014, 04 CG.2012.438, GE 2014, 206).

15c

(b) Unternehmerische Tätigkeit – oder: Die Stiftung als Konsumentin?

Das neue Stiftungsrecht übernimmt nicht den in Art 552 Abs 1 PGR aF sowie in Art 557 Abs 3 PGR aF enthaltenen Begriff „*nach kaufmännischer Art geführte Gewerbe*“. Dies hing damit zusammen, dass zweifelhaft war, ob die blosser Verwaltung von Beteiligungen oder des sonstigen Vermögens überhaupt ein kaufmännisches Gewerbe darstellte (BuA 2008/13, 42). Der Begriff des Gewerbes findet sich zwar im PGR auch an anderen Stellen (Art 106 Abs 2, Art 107 Abs 2, Art 945 Abs 1), wird dort aber nicht definiert. Eine **Definition des Gewerbes** im liechtensteinischen Recht ist erst seit einigen Jahren in der HR-Verordnung enthalten (HRV LGBL 2003 Nr 66 idF LGBL 2013 Nr 12; vgl auch Bösch,

16

Stiftungsrecht, 216 ff). Gewerbe ist hiernach eine **selbstständige, auf den dauernden Erwerb gerichtete wirtschaftliche Tätigkeit, wofür die Gewinnstrebigkeit keine Voraussetzung** ist (Art 42 Abs 3 HRV). In ganz ähnlicher Weise definiert das österreichische Recht das Unternehmen in § 1 Abs 2 öKSchG und in § 1 Abs 2 UGB, wonach Unternehmen jede auf Dauer angelegte Organisation selbständiger wirtschaftlicher Tätigkeit ist, mag sie auch nicht auf Gewinn gerichtet sein. Unter der wirtschaftlichen Tätigkeit wird ebenfalls eine solche Tätigkeit verstanden, bei der jemand als Anbieter auf dem Markt auftritt (vgl *Krejci* in Rummel³, KSchG § 1 Rz 17; RV 1058 BlgNR 22. GP 19). Es ist davon auszugehen, dass dem liechtensteinischen Recht ein ähnliches Verständnis von Gewerbe und wirtschaftlicher Tätigkeit zugrunde liegt, sodass die Verwaltung von Beteiligungen und die Verwaltung des sonstigen Vermögens idR keine gewerbliche Tätigkeit bzw kein nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe darstellt. Wer also **nur eigenes Vermögen verwaltet** oder an der Börse – wenngleich regelmässig – **Spekulationsgeschäfte** abschliesst, betreibt grundsätzlich **kein Gewerbe** (BuA 2008/13, 42).

- 17 Die Auslegung des nach kaufmännischer Art geführten Gewerbes besitzt im Zusammenhang mit **land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen** eine gewisse Bedeutung. Zählt man diese Unternehmen zu den nach kaufmännischer Art geführten Gewerben, so wäre ihr Betrieb den gemeinnützigen Stiftungen vorbehalten; andernfalls könnten auch privatnützige Stiftungen unmittelbar ein land- oder forstwirtschaftliches Unternehmen betreiben. Art 42 Abs 3 und Art 43 Abs 3 lit a PGR sind offensichtlich den Art 52 Abs 3 und Art 53 Abs C der schweizerischen Handelsregisterverordnung (HRegV) 1937 nachgebildet. Nach der hierzu vorherrschenden Rsp stellt der Betrieb der landwirtschaftlichen Urproduktion idR kein nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe dar; anderes gilt nur, wenn er mit einem Grosshandel der gewonnenen Erzeugnisse verbunden ist (eingehend BGE 97 I 417; vgl auch BGE Ib 24). Legt man das Tatbestandsmerkmal der anderen nach kaufmännischer Art geführten Gewerbe im liechtensteinischen Recht in Übereinstimmung mit der schweizerischen Rezeptionsgrundlage aus, dann zählen land- und forstwirtschaftliche Unternehmen somit idR nicht dazu und **können auch von privatnützigen Stiftungen betrieben** werden (*Schauer*, aaO, PSR 2009/3, 22 f).

- 18 Unter anderem in Zusammenhang mit dem neuen liechtensteinischen **Schiedsverfahrensrecht** stellte sich zuletzt die Frage, ob Stiftungen als **Konsumenten** iSd KSchG zu qualifizieren sind. Würde dies bejaht, wären für Stiftungen ua besondere Formvorschriften für die Wirksamkeit von Schiedsabreden oder -klauseln einzuhalten (vgl § 634 ZPO). Gerade in Österreich wurde dazu tw die Ansicht vertreten, dass österreichische Privatstiftungen als Konsumenten zu qualifizieren seien (*Arnold*, PSG Kommentar³ Einl Rz 16; so auch öOGH 6 Ob 43/13m; ablehnend jedoch noch öOGH 6 Ob 240/11d). Nachdem § 634 ZPO aber auf gesellschaftsrecht-

liche Verhältnisse **keine Anwendung** findet, ist dies nicht weiter von Belang (vgl dazu *Blasy/Reithner*, Die Auswirkungen des neuen § 634 ZPO in Liechtenstein, in Schurr (Hrsg), Der Generationenwechsel in der Stiftungslandschaft, 134; *Zeiler*, Die Stiftung als Partei von Schiedsvereinbarungen im österreichischen Recht, in Schurr (Hrsg), Wandel im materiellen Stiftungsrecht und grenzüberschreitende Rechtsdurchsetzung durch Schiedsgerichte, Zürich/Basel/Genf 2013, 217). Seit 2017 ist jedoch nunmehr ausdrücklich im Gesetz klargelegt, dass Schiedsklauseln in Stiftungsurkunden oder in entsprechenden Zusatzurkunden unabhängig von einem allfälligen Bezug zu Konsumenten oder von einer Verbrauchereigenschaft einer Stiftung jedenfalls verbindlich sind und Bestand haben (§ 634 Abs 2 ZPO idF LGBL 2017/170). Vgl auch OG 15.II.2017, SO.2017.I, LES 2017, 216.

(c) PVS

Eine gewerbliche Tätigkeit ist auch Stiftungen, die sich steuerlich als **Privatvermögensstrukturen** („PVS“) qualifizieren wollen, nicht gestattet. Aus ihren Statuten muss sich ergeben, dass sie in der Verfolgung ihres Zwecks keine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben (vgl Art 64 SteG LGBL 2011 Nr 67).

19

(d) Unmittelbare Unternehmensträgerstiftung

Unmittelbare Unternehmensträgerstiftungen sind nur **ausnahmsweise zulässig**. Die diesbezügliche Rechtsgrundlage in Art 552 Abs 1 letzter Satz PGR aF wird mit geringfügigen Modifikationen in Art 552 § 1 Abs 2 PGR übernommen. Hiernach gilt, dass Stiftungen ein nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe nur dann ausüben dürfen, wenn es der Erreichung eines **gemeinnützigen Ziels** unmittelbar dient oder auf einer spezialgesetzlichen Grundlage zulässig ist. Neu ist va die Klarstellung, dass das Unternehmen von einer gemeinnützigen Stiftung nur dann betrieben werden darf, wenn es *unmittelbar* dem gemeinnützigen Ziel dienen soll. Dadurch soll die Verwendung der Stiftung als unmittelbare Unternehmensträgerin im Hinblick auf das von ihr ausgehende Potenzial der Gläubigergefährdung möglichst stark eingedämmt werden. Dem Gesetzgeber stand offenbar das Bild anstaltsartiger Stiftungen vor Augen. Dies zeigt das Beispiel in den Materialien. Der Betrieb eines Krankenhauses soll zulässig sein, damit bedürftige Begünstigte behandelt werden, nicht aber der Betrieb eines Handelsunternehmens, um die ausgeschütteten Gewinne gemeinnützigen Zwecken zuzuführen (BuA 2008, 45; *Schauer*, aaO, PSR 2009/3, 22).

20

Zur Zulässigkeit unmittelbarer Unternehmensträgerstiftungen aufgrund einer **spezialgesetzlichen Grundlage** nennen die Gesetzesmaterialien etwa Art 7 Abs 1 lit a Pensionsfondsgesetz (PFG, LGBL 2007 Nr 11 idgF), wonach eine Einrichtung der betrieblichen Altersvorsorge in der Rechtsform einer eingetragenen Stiftung betrieben werden darf. Umgekehrt sind aber auch negative Rechts-

21